



Geschichte und Perspektiven regionaler Gedenkstättenarbeit.
10 Jahre KZ-Gedenkstätte Moringen

DOKUMENTE

Rundbrief der Lagergemeinschaft und Gedenkstätte KZ Moringen e.V. – Themenheft



Impressum

Dokumente Nr. 22
Themenheft: Geschichte und Perspektiven regionaler Gedenkstättenarbeit.
10 Jahre KZ-Gedenkstätte Moringen
Rundbrief der Lagergemeinschaft und Gedenkstätte KZ Moringen e.V.
ISSN 1618-0658

KZ Gedenkstätte Moringen
Lange Straße 58
37186 Moringen

Postanschrift:
Postfach 1131
37182 Moringen

www.gedenkstaette-moringen.de
info@gedenkstaette-moringen.de
Telefon 05554-2520
Telefax 05554-8807

Bankverbindung:
Kreissparkasse Northeim
Konto-Nr. 25 00 66 02
BLZ 262 500 01

Redaktion: Dr. Dietmar Sedlaczek,
PD Dr. Ingrid Tomkowiak
Layout: Micha Christ
Druck: Partner-Druck, Northeim

Umschlagfoto: KZ-Gedenkstätte

Moringen im April 2003



4 EDITORIAL

Herbert Obenaus

7 MORINGEN –
EIN ORT DES GEDENKENS AN DIE ZEIT DER NATIONALSOZIALISTISCHEN DIKTATUR

Vom vergessenen Lager zur Gedenkstätte

Detlef Garbe

10 VERGESSENE OPFER - VERGESSENE LAGER

Zu den Anfängen der Gedenkstättenbewegung in den achtziger Jahren

Wolf-Dieter Haardt

14 „WAS DENN, HIER – IN MORINGEN?“

Die Suche nach dem vergessenen KZ 1973 – 1983

Rolf Wernstedt

19 DAS KONZEPT DER REGIONALEN GEDENKSTÄTTENARBEIT IN NIEDERSACHSEN

Ursula Gerecht

21 DIE ERSTEN JAHRE DER KZ-GEDENKSTÄTTE MORINGEN 1994-1999

Erfahrungen der zweiten und dritten Generation

Josef Pröll

26 „ABER, DAS IST DOCH SCHON SO LANGE HER...“

Hugo Rübesamen

28 EIN KZ IN MORINGEN

Über familiäre und persönliche Nachwirkungen in siebzig Jahren

Justine Wazanski-Krack

32 „WIE HEIßT DU? KRACK? WO KOMMST DU HER? AUS MORINGEN? –
BEI DEINEM GROß VATER WAR ICH IM KZ GESESSEN!“

Perspektiven regionaler Gedenkstätten

Thomas Lutz

35 VERNETZUNG DEZENTRALER ARBEIT

Die Bedeutung von Kooperationen für die Gedenkstätten in Deutschland

Habbo Knoch

38 DIE NATIONALE BEDEUTUNG DEZENTRALEN ERINNERNS

Perspektiven von Gedenkstätten in freier Trägerschaft

45 EREIGNISSE IN DER GESCHICHTE DER LAGERGEMEINSCHAFT UND DER GEDENKSTÄTTE

52 PRAKTIKANNTINNEN

52 FILME, LITERATUR ZU MORINGEN

Editorial

Als am 25. April 1993 die KZ-Gedenkstätte Moringen eingeweiht wurde, war dies ein großer Erfolg für jene Akteure einer lokalen Erinnerungsbewegung, die sich in der 1989 gegründeten Lagergemeinschaft zusammengefunden hatten. Hinter ihnen lag ein langer Kampf um die Auseinandersetzung mit der Geschichte dreier Konzentrationslager in der Kleinstadt Moringen in Niedersachsen.

In Moringen wurde im April 1933 eines der ersten Konzentrationslager (1933) des NS-Staates errichtet. Im Herbst desselben Jahres entstand hier das erste Frauenkonzentrationslager (1933–1938) und 1940 folgte ein Konzentrationslager für männliche Jugendliche (1940–1945). Für viele seiner Häftlinge endete die Haftzeit erst mit der Zerschlagung des NS-Staates. Nur wenige Haftorte des Regimes bestanden über einen so langen Zeitraum. Nach der Befreiung von der Nazi-Diktatur wurde das Lagergelände zunächst als Lager für displaced persons genutzt. Nach unterschiedlichen Folgenutzungen des Gebäudekomplexes wurde hier 1952 ein Landeskrankenhaus für forensische Psychiatrie eingerichtet.

Gegen eine Mauer des Schweigens und trotz wiederholter Verleumdung suchten die damaligen Akteure nach den Spuren dieser Geschichte. Sie fanden sie in Archiven und in den Zeugnissen ehemaliger Häftlinge. In den 80er Jahren wurden die ersten Treffen ehemaliger Häftlinge in Moringen organisiert. Diese waren eingebunden in den Prozeß der historischen Aufarbeitung und der Planung einer angemessenen Dokumentationsstätte für die hier verübten Verbrechen. Die Verbindung beider Absichten, Interessenvertretung der ehemaligen Häftlinge zu sein und eine Gedenkstätte aufzubauen, drückt sich programmatisch im Namen des Vereins „Lagergemeinschaft und Gedenkstätte KZ Moringen“ aus, der folgerichtig auch Träger der Gedenkstätte wurde und immer noch ist.

Der Rückblick auf die vergangenen zehn Jahre erfolgt nicht ohne Freude auf das Erreichte. Konsequenz wurde die Gedenkstätte zu einem vielseitigen Lernort ausgebaut. Sie erhielt zunächst

eine attraktive ständige Ausstellung zum Jugend-KZ, die zugleich in einer zusätzlichen Version in zwei Exemplaren als Wanderausstellung gezeigt wird. Es folgte eine Erweiterung, die die Geschichte von Männer- und Frauen-KZ mit einbezieht. Ein Forschungsprojekt lieferte die hierfür nötigen Ergebnisse. Parallel dazu wurde die mediale Ausstattung der Gedenkstätte erweitert und ständig modernisiert.

Die KZ-Gedenkstätte Moringen ist ein in der Region verankerter Lernort der historisch-politischen Bildung. Sie hält für die verschiedenen Besuchergruppen differenzierte pädagogische Angebote zu den drei Moringener Konzentrationslagern bereit. Diese reichen von Führungen und Projekttagen bis hin zu Zeitzeugengesprächen. Die Gedenkstätte nimmt sich darüber hinaus solcher Themen an, die mit der Geschichte des Nationalsozialismus in der Region zusammenhängen. So leitete ein der Gedenkstätte angegliederter Arbeitskreis, bestehend aus Mitarbeitern von Archiven und Museen des Landkreises, im Jahr 2002 ein umfangreiches Rechercheprojekt zur Dokumentation von NS-Zwangslagerarbeit auf dem Gebiet des heutigen Landkreises Northeim.

Die KZ-Gedenkstätte Moringen befindet sich darüber hinaus in engen Kooperationen und partnerschaftlichen Beziehungen mit einer großen Zahl unterschiedlicher Einrichtungen, um sich an der Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus und der Erinnerung an die hier verübten Verbrechen und deren Opfer wirksam zu beteiligen. Aktuelles Beispiel hierfür ist die im April 2003 gemeinsam mit der Göttinger Geschichtswerkstatt und anderen Partnern durchgeführte Ausstellung und Veranstaltungsreihe zum Themenkomplex Euthanasie. Bereits seit 1997 arbeitet die Gedenkstätte in dem Göttinger Veranstaltungsbündnis „Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus – 27. Januar“ mit, das seitdem mit über Hundert Veranstaltungen mehrere Tausend Besucher erreicht hat. Seit einem Jahr arbeitet unter Federführung des DGB-Ortsverbands Northeim-Moringen und der KZ-Gedenkstätte Moringen ein ähnliches Veranstaltungsbündnis in Northeim.

Die pädagogische Arbeit in der Gedenkstätte unterliegt besonderen Bedingungen: der historische Ort kann nur sehr eingeschränkt einbezogen werden, zudem existieren nur wenige materielle Relikte. Die Attraktivität des Lernortes Moringen macht daher etwas anderes aus: „Die Konfrontation mit der nahen Tat“ (Habbo Knoch), die nicht an fernen Orten geschah, sondern in der Nachbarschaft, im Zentrum einer Kleinstadt. Sehr eindringlich läßt sich beispielsweise gerade in Moringen das rassistische und biologistische Ideengebäude der Nationalsozialisten erläutern, das eben nicht nur auf die Verfolgung von Jüdinnen und Juden, von Sinti und Roma ausgerichtet war, sondern auch auf jene, die als „gemeinschaftsfremd“ oder „asozial“ stigmatisiert, ausgegrenzt und schließlich verfolgt wurden. Ein wichtiges Instrument dieser Politik war das Moringer Jugend-KZ. Hier sollte eine scheinbar wissenschaftliche Beweisführung die Vererbbarkeit von vermeintlicher „Kriminalität“ und „Asozialität“ aufzeigen und so den Weg zu einer `sauberen` und `reinen` Gesellschaft weisen. Opfer dieser Politik waren Kinder und Jugendliche, die in Moringen unter den extremen Bedingungen unzureichender Ernährung, mangelnder Hygiene und Gesundheitsfürsorge sowie brutaler Strafen in einer Vielzahl von Kommandos Zwangsarbeit wie Erwachsene zu leisten hatten.

Moringen ist daher vor allem ein Lernort für Jugendliche. Jugendliche stoßen hier auf sehr direkte Zugänge zur NS-Geschichte, die sich unmittelbar ausgehend von ihrer eigenen sozialen Situation eröffnen. An der Geschichte des Jugend-KZ kann die Entstehung und Wirkung von Vorurteilsstrukturen und Ausgrenzungsmechanismen beschrieben werden. Die Gedenkstätte ist aber auch ein Lernort für jene, die berufsmäßig mit Jugendlichen umgehen. Verstärkt gehören beispielsweise Gruppen angehender Sozialpädagogen zu den Besuchern der Gedenkstätte. Diese kommen vor allem von den entsprechenden Fachhochschulen in Kassel und Fulda.

An dieser Stelle werden aber auch die Grenzen einer konsequenten Weiterentwicklung der KZ-

Gedenkstätte Moringen zu einem Lernort mit Bildungsangeboten deutlich, die umfassender sind und noch konkreter auf die Bedürfnisse von Gruppen zugeschnitten, als eine Führung dies sein kann. Die beengte räumliche Situation der Gedenkstätte erlaubt weder die Aufnahme größerer Gruppen noch eine seminarartige Arbeitsweise.

Die Einbeziehung der ehemaligen Häftlinge wie auch das bürgerschaftliche Engagement gehören bis heute zu den Kennzeichen der KZ-Gedenkstätte Moringen. Beide Elemente sind geradezu konstitutiv für ihre Arbeit (aber auch für die Arbeit vieler anderer KZ-Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland, die sich in freier Trägerschaft befinden). Erst das Engagement vieler ehrenamtlicher MitarbeiterInnen und UnterstützerInnen ermöglicht die Erfüllung der vielschichtigen Aufgaben. Daß es immer wieder gelingt, neue Menschen für die Übernahme einer Aufgabe zu gewinnen, ist Ausdruck der Lebendigkeit von Verein und Gedenkstätte.

Die KZ-Gedenkstätte Moringen ist mehr als ein Arbeitszusammenhang: sie ist ein Ort der Identifikation, sowohl für die ehemaligen Häftlinge als auch für die ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitarbeiter. Die Gedenkstätte versteht sich auch als ein Identifikationsangebot an die Moringer Bevölkerung. Möge der Name Moringen nicht nur ein Symbol für Verdrängung und Leugnung nationalsozialistischer Verbrechen sein, sondern auch dafür stehen, daß hier eine Auseinandersetzung mit Schuld und Verstrickung, mit Gleichgültigkeit und Schweigen stattfindet, ohne die Gegenwart und Zukunft nicht zu meistern sind.

Bei aller Betonung des bürgerschaftlichen Engagements darf nicht übersehen werden, daß KZ-Gedenkstätten eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe erfüllen, die aus diesem Grunde auch der öffentlichen Unterstützung und Finanzierung bedarf. Dem Land Niedersachsen und dem Landkreis Northeim verdankt die Gedenkstätte ihre finanzielle und personelle Ausstattung. muss hier nicht auch noch das haus erwähnt werden,

das die Stadt Moringen geschenkt hat? Das Land Niedersachsen finanziert eine halbe Leiterstelle und zwei für jeweils 4,5 Stunden freigestellte Lehrer, und der Landkreis Northeim gewährt einen jährlichen Zuschuß zu Geschäftsführung und Betriebskosten in Höhe von 18.000 Euro. Die Stadt Moringen hatte Anfang der neunziger Jahre dem Verein das Haus übertragen. Der Bund beteiligt sich nicht an der Finanzierung der Gedenkstätte.

Während die Gedenkstätte auf der einen Seite in lokale und regionale Arbeitszusammenhänge integriert ist und ihre Angebote entsprechend ausrichtet, hat sie darüber hinaus eine Aufgabe, die weit über die Region hinausweist. Die in den Moringener Konzentrationslagern anzutreffenden Verfolgungskomplexe machen die besondere Stellung dieser Lager innerhalb des NS-Verfolgungsapparates und seines Lagersystems deutlich. Die historische Bedeutung, vor allem des Jugend-KZ, läßt sich nicht auf eine lokal oder regional begrenzte reduzieren. Der hier sichtbare Verfolgungskomplex ist spezifisch und an keinem anderen Ort dokumentiert. Somit kommt der Moringener Gedenkstätte eine bundesweite Bedeutung zu. Einen wesentlichen Beitrag dazu, dies in der Öffentlichkeit deutlich zu machen, leistet dabei die Wanderausstellung zum Jugend-KZ.

Mit diesem Themenheft möchten wir über Geschichte und Entstehung sowie über die Arbeit der Moringener Gedenkstätte in den vergangenen zehn Jahren informieren. Die Beiträge sollen die Geschichte der Moringener Gedenkstätte aber auch in einen größeren Zusammenhang einordnen, indem sie die gesellschaftliche Ausgangssituation und die Entstehungsbedingungen für die Herausbildung regionaler Gedenkstätten sichtbar machen. Darüber hinaus möchten wir mit diesem Heft einen Beitrag zu einer notwendigen Debatte über Aufgaben und Selbstverständnis regionaler Gedenkstätten leisten. Angesichts des vorherrschenden Differenzierungsprozesses innerhalb der bundesrepublikanischen KZ-Gedenkstätten – in 'große' und 'kleine', in staatliche und freie, in zentrale und regionale, in 'reiche'

und 'arme' – erscheint uns eine solche Debatte dringend geboten.

Beinahe ausnahmslos sind all jene, die wir angesprochenen hatten, einen Beitrag zum 10jährigen Bestehen der KZ-Gedenkstätte Moringen zu schreiben, unserer Bitte gefolgt. Allen BeiträgerInnen dieses Heftes gilt daher unser herzlicher Dank. Unser Dank geht auch an das Land Niedersachsen für die Finanzierung dieses Heftes aus dem Gedenkstättenfonds.

***Dietmar Sedlaczek, Leiter der Gedenkstätte /
Annegrit Berghoff, Vorsitzende der
Lagergemeinschaft***

Moringen – ein Ort des Gedenkens an die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur

Vergleicht man die heutige Situation der Gedenkorte für die Opfer des Nationalsozialismus mit der in den frühen Jahren der Bundesrepublik, so ist der Unterschied unübersehbar. Werden die Gedenkorte und die bei ihnen entstandenen Gedenkstätten heute von einem breiten Konsens der politischen Kräfte und Parteien getragen, so war dies ursprünglich keineswegs so. Die Erinnerung an die nationalsozialistische Herrschaft und Verfolgung war von gegenseitigen Schuldzuweisungen zwischen den politischen Richtungen des Widerstands gegen das Regime bestimmt, die eine gemeinsame Arbeit und überhaupt Gemeinsamkeiten nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs erschwerten oder unmöglich machten. Wichtig war der Gegensatz zwischen den konservativen Gruppierungen und den Parteien der Arbeiterbewegung. Noch wichtiger war die Spaltung der Arbeiterbewegung in eine kommunistische und eine sozialdemokratische Richtung, die bereits die Übernahme der Herrschaft durch die Nationalsozialisten begünstigt hatte. Sie vertiefte sich nach 1945, da die Kommunisten sich als entscheidende politische Kraft in der Deutschen Demokratischen Republik etablierten. In der Bundesrepublik wurde der Vorwurf der nationalen Spaltung gegen die Kommunisten erhoben – der Kalte Krieg zwischen Ost und West, der die internationale Politik bestimmte und die Staaten der Antihitlerkoalition spaltete, verschärfte den Gegensatz zwischen den Kommunisten und den anderen Gegnern des Nationalsozialismus noch weiter.

Die Veränderung, die gegenüber dieser Situation der Gedenkorte für die Opfer des Nationalsozialismus in den Anfängen der Bundesrepublik stattgefunden hat, ist ganz wesentlich durch den Charakter der Gedenkstättenarbeit verursacht worden, wie er sich seit den siebziger und achtziger Jahren herausgebildet hat: Gedenkstättenarbeit entfaltete sich als Bürgerbewegung, die eine Fülle von Möglichkeiten eröffnete. Die Gedenkstättenbewegung war in der Lage, soziale und parteipolitische Grenzen zu überschreiten, das Individuelle mit dem Kollektiven zu verbinden, Phantasie und Kreativität zu entwickeln, vor allem aber gesellschaftliche Kräfte und Initiativen freizuset-

zen und für die Ziele einer demokratischen Erinnerungskultur zu mobilisieren.

Die Erinnerungsarbeit in Moringen war anfänglich von den Schwierigkeiten betroffen, die die Bemühungen um eine Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus in der Bundesrepublik allgemein bestimmt haben. Auch sie wurde dann von der Gedenkstättenbewegung getragen, die die Auseinandersetzung mit den zwei Konzentrationslagern und dem „Jugendschutzlager“ im Provinzialwerkhaus von Moringen eingefordert hat – mit dem frühen Konzentrationslager für Männer, das seit April 1933 für die Provinz Hannover eingerichtet worden war und in das zuerst Kommunisten, dann auch Sozialdemokraten eingeliefert wurden. Bis Ende November 1933 wurde das Lager von den Männern geräumt. Zurück blieben in Moringen 75 weibliche Häftlinge, die ein Frauenkonzentrationslager bildeten, dessen Zuständigkeit nach regionalen Anfängen ab 1937 auf das ganze Deutsche Reich ausgedehnt wurde. Es wurde Anfang 1938 zugunsten des KZ Lichtenburg aufgelöst. In Moringen folgte von 1940 bis 1945 ein „Jugendschutzlager“, das in vieler Hinsicht mit einem Konzentrationslagern gleichzusetzen ist. Nicht zufällig bestanden zwischen dem Jugendschutzlager Uckermark und dem benachbarten Konzentrationslager Ravensbrück enge organisatorische Verbindungen.

1989 wurde der Verein „Lagergemeinschaft und Gedenkstätte KZ Moringen“ gegründet, der dann 1993 das Torhaus von Moringen für seine Arbeit öffnen konnte. In den Texten des Rundbriefs, der aus Anlass des zehnjährigen Bestehens der Gedenkstätte erscheint, werden die Probleme geschildert, die es zu bewältigen galt, um in Moringen Geschichtsarbeit zur Erinnerung an die drei genannten Lager zu leisten und der Opfer zu gedenken. Das Torhaus war günstig gelegen, seine Räume waren aber nicht für die Gedenkstättenarbeit geschaffen. Andererseits war die ursprüngliche Situation der drei Haftlager auf dem Gelände des Provinzialwerkhauses durch die inzwischen durchgeführte Bebauung nicht mehr erkennbar. Hier wurden sinnvolle Lösungen gefunden, insbeson-

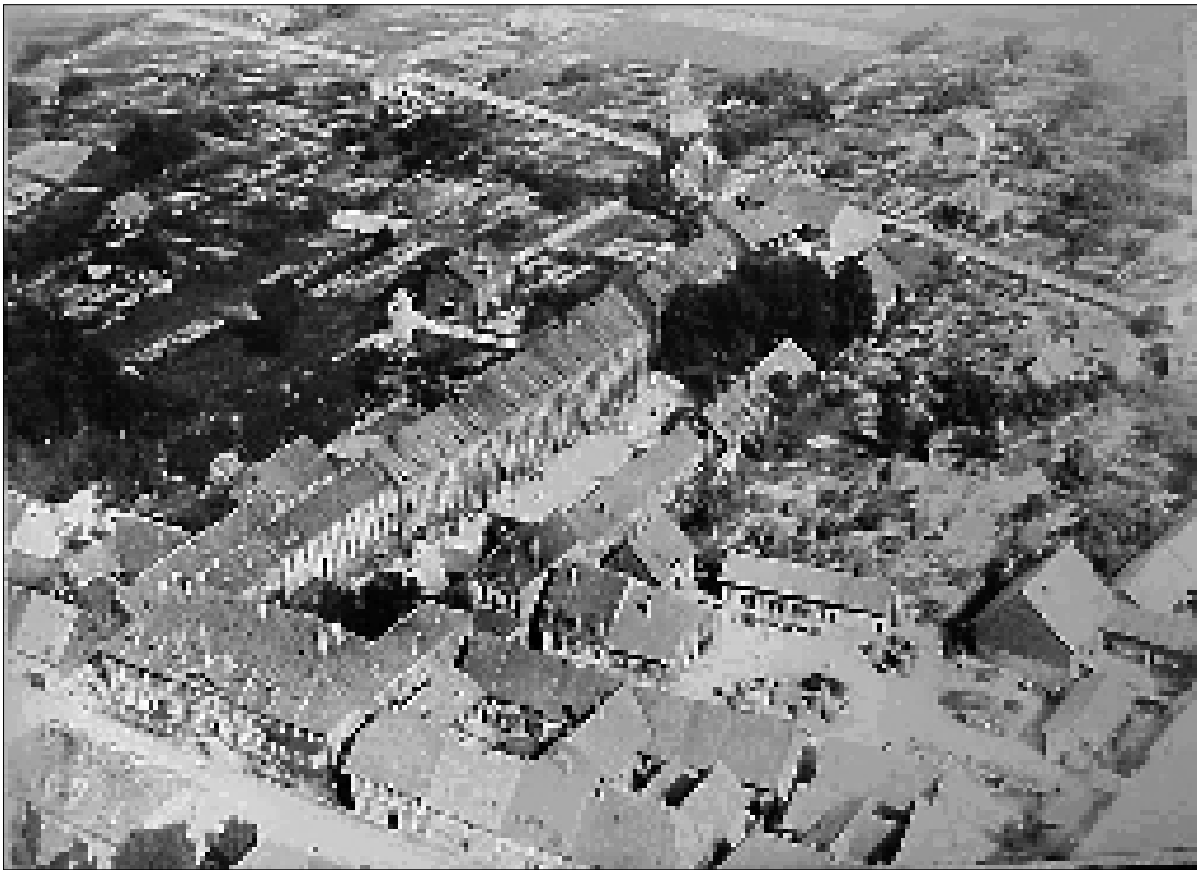


Foto:

dere durch die Nutzung der Möglichkeiten, die die Neuen Medien mit Touchscreen-Station und CD-Rom boten. Dabei wurde die Chance genutzt, mit anderen Gedenkstätten zu kooperieren, insbesondere erwies sich der Kontakt mit der Topographie des Terrors in Berlin als außerordentlich hilfreich. Mit Recht wird darüber hinaus im Rahmen dieses Rundbriefs auf die große Bedeutung der regionalen Vernetzung gerade für die lokalen und auf Vereinsbasis arbeitenden Gedenkstätten hingewiesen. Die kleinen Gedenkstätten im Lande bedürfen der gegenseitigen Kooperation und Beratung.

Das Land Niedersachsen hat sehr früh die Chance erkannt, die das gesellschaftliche Engagement der Gedenkstättenbewegung bot. Der Landtag hat sich bereits 1983, gestützt auf eine interfraktionelle Entschließung, für die Unterstützung der lokalen Aufarbeitung der NS-Herrschaft ausgesprochen. Auf der Basis dieser grundsätzlichen Übereinstimmung ist dann 1990 der niedersächsische Gedenkstättenfonds eingerichtet worden, aus dem auch die Gedenkstätte Moringen gefördert wird. Allerdings sind die bereitgestellten Mittel immer begrenzt gewesen. Soweit aus diesem Fonds Personalmittel zur Verfügung gestellt wurden, musste immer wieder die Erwartung nach einer ergänzenden Förderung aus den Mitteln der Kommunen und Landkreise bekräftigt werden.

Ursprünglich war die Ablehnung der Beschäftigung mit den Stätten der Verfolgung im lokalen Raum verbreitet, bekannt sind die Bemühungen der Stadt Dachau, sich der Geschichte und Wirkung des früheren Konzentrationslagers am Ort zu entziehen, die Erinnerung an das Konzentrationslager Dachau zu verdrängen, der Erinnerungsarbeit der KZ-Gedenkstätte die Unterstützung zu verweigern. Tendenzen zu einer Ablehnung der Gedenkstätte für die Haftlager der Nationalsozialisten am Ort hat es auch in Moringen gegeben. Die intensive und ernsthafte Geschichtsarbeit der Gedenkstätten hat inzwischen derartige Ausgrenzungstendenzen überwunden und eine neue Situation geschaffen.

Die Anfänge der Erinnerungsarbeit für die Verfolgten und Gegner des Nationalsozialismus sind nun ihrerseits historisch geworden, sie haben aber Spannungen und Gegensätze erzeugt, die auch nicht vergessen werden dürfen. Der Rundbrief enthält den Bericht von Hugo Rübesamen, des Enkels eines Häftlings, der als Mitglied der KPD im Juni 1933 in das KZ Moringen eingeliefert worden war und 1943 an den Folgen der Verletzungen starb, die ihm dort zugefügt worden waren. Sein Sohn schloss sich nach dem Krieg der Kommunistischen Partei an und kam nach dem KPD-Verbot von 1956 in politische Schwierigkeiten. Er wurde Ende 1957

etwa einen Monat lang in Untersuchungshaft genommen. Nach seiner Entlassung entschloss er sich, in die DDR zu gehen. Hugo Rübesamen, sein beim Grenzübertritt elfjähriger Sohn, wuchs in der DDR auf und wurde dort später Lehrer.

Die biographische Skizze von Hugo Rübesamen öffnet den Blick für die politischen Spannungen, die der Kalte Krieg in West- und Ostdeutschland erzeugte. Sie zeigt aber auch auf, welche Möglichkeiten Gedenkstättenarbeit bieten kann. Hugo Rübesamen beteiligte sich 1996 an einer Projektgruppe Gedenkstättenarbeit, die in Mecklenburg-Vorpommern eingerichtet worden war und durch die er mit der Gedenkstätte in Moringen in Kontakt kam. Gedenkstättenarbeit stellte damit die Verbindung einer Familie mit dem Ort ihrer politischen Verfolgung her. Auch der Bericht von Josef Pröll, dessen Mutter wegen ihrer Zugehörigkeit zur KPD in Moringen inhaftiert war, berichtet von den psychologischen Zwängen, die die Verfolgung in der nachwachsenden Generation ausübt. „Das KZ bleibt,“ so schreibt er, „es überträgt sich. Du lernst fühlen, wie ein Verfolgter.“ Erkennbar wird, dass die Erinnerungsarbeit mit den politisch Verfolgten inzwischen auch die nachfolgenden Generationen einschließen muss. Das gleiche gilt zweifellos auch für die aus anderen, z. B. aus rassistischen Gründen Verfolgten. Die nachfolgenden Generationen müssen da, wo eine entsprechende Bereitschaft besteht, in den Kommunikationszusammenhang der Gedenkstätte und ihrer Geschichtsarbeit einbezogen werden. Denn der Gedenkort ist für sie zugleich der Ort der familiären Erinnerung, der mit bitteren Erfahrungen verbundenen Geschichte der Eltern und Großeltern.

Gedenkstättenarbeit bedarf also der Zuwendung zu den Opfern und ihren Nachkommen, sie hat zugleich die Aufgabe, das Wissen um das den Opfern zugefügte Unrecht der jungen Generation zu vermitteln, um so für die Zukunft eine Wiederholung zu verhindern. Gedenkstättenarbeit ist insofern von großer Vielfalt, sie muss sich in ihrer Vermittlungsaufgabe immer wieder auf die Besucher und Interessenten einstellen. Mit Vorrang ist die Arbeit der Gedenkstätte auf die Arbeit mit Jugendlichen ge-

richtet. Gedenkstätten sind Einrichtungen der historisch-politischen Bildung, die enge Verbindungen zu den Bildungseinrichtungen der Region zu pflegen haben. Die Kooperation mit diesen Einrichtungen hat eine zentrale Bedeutung. Dies alles erfordert Einfühlungsvermögen, Kraft und Konzentration, die der Gedenkstätte, den Mitarbeitern und dem sie tragenden Verein für die kommenden Jahre zu wünschen sind. Zugleich ist für die zehnjährige, oft mühevoll und belastende Arbeit zu danken, die im Torhaus von Moringen geleistet worden ist.

***Herbert Obenaus, Vorsitzender des
Wissenschaftlichen Beirats für
Gedenkstättenarbeit in Niedersachsen***

Vergessene Opfer - vergessene Lager

ZU DEN ANFÄNGEN DER GEDENKSTÄTTENBEWEGUNG IN DEN ACHTZIGER JAHREN

Dr. Detlef Garbe, gebürtig aus Moringen, ist seit 1989 Leiter der KZ-Gedenkstätte Neuengamme

Das zehnjährige Bestehen der KZ-Gedenkstätte im Torhaus Moringen gibt Anlass, auf die Anfänge einer von bürgerschaftlichem Engagement getragenen Gedenkstättenarbeit zurück zu blicken.

Betrachtet man den mittlerweile selbst zur Geschichte gewordenen Werdegang der Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland, so zeigt sich, dass die verschiedenen Entwicklungsphasen in enger Korrelation mit den jeweiligen politisch-gesellschaftlichen Gesamtverhältnissen standen.

In den allerersten Nachkriegsjahren erfolgte unter der Ägide der Besatzungsmächte und zumeist auf Initiative von Nazi-Verfolgten eine große Zahl von Denkmalsetzungen, und zwar in der Regel unmittelbar an den Stätten des Martyriums, in Konzentrations- und Kriegsgefangenenlagern oder dort, wo Erschießungen (z. B. auf den Evakuierungsmärschen) stattgefunden hatten. Die dem nationalsozialistischen Terror Entronnenen ehrten ihre zu Tode gebrachten Leidensgenossen mit Obelisksen, Kreuzen und Gedenktafeln, mit der Anlage von Kapellen und würdig gestalteten Grabanlagen. Die Dokumentation der Geschehnisse des jeweiligen Ortes war in jenen Jahren hingegen von nachgeordnetem Interesse: Für die Betroffenen selbst bedurfte es weder Ausstellungen noch baulicher Zeugen als Anschauungsobjekte; der Ort als solcher genügte, um vor ihrem inneren Augen die Bilder des Schreckens zu evozieren bzw. hervorzurufen.

Die Zeit für Mahnmale und Gedenksteine hielt jedoch im Nachkriegsdeutschland nicht lange an. Wenige Jahre später zeigte sich ein verändertes Bild: Verdrängungswünsche der sich von dem Schock der Niederlage langsam erholenden und sich aufgrund des Wirtschaftsaufschwungs und der Restauration im Kalten Krieg zunehmend stabilisierenden westdeutschen Gesellschaft ließen in den fünfziger Jahren die vielen Stätten des NS-Terrors der Vergessenheit anheimfallen. Nur ein Jahrzehnt nach Ende der nationalsozialistischen Herrschaft war vielfach aus dem öffentlichen Bewusstsein getilgt, dass sich hinter den an den Straßenrändern angebrachten unscheinbaren Wegweisern mit der Beschriftung „Kriegsgräberstätte“ nicht selten ein Friedhof mit KZ-Opfern verbarg.

Soweit die Gebäude und Lagereinrichtungen erhalten geblieben waren, wurden im Nachkriegsdeutschland die ehemaligen Stätten des NS-Terrors und im besonderen die Konzentrationslager, von denen die größeren für einige Jahre den Besatzungsmächten als Internierungslager dienten (im Westen: Neuengamme und Dachau; im Osten: Buchenwald und Sachsenhausen), ungeachtet ihres historischen Symbolwerts und teilweise auch ohne Berücksichtigung ihrer Friedhofswürde einer der vorhandenen Anlage und den jeweiligen Bedürfnissen des Eigners entsprechenden Nutzung zugeführt. Sie beherbergten nunmehr Strafanstalten (etwa in Neuengamme oder Meppen-Versen), Polizeischulen (so die SS-Lager in Dachau und in Sachsenhausen) oder Militäreinrichtungen (zum Beispiel Esterwegen und Ravensbrück). Oftmals dienten die Lagerbaracken – wie in Moringen auch – in den Nachkriegsjahren zur Unterbringung von Flüchtlingen und Vertriebenen. Wo sich die Nationalsozialisten vorhandener Einrichtungen mit einer massiven Bausubstanz bedient hatten, wurden diese nach 1945 als Strafanstalten, Werkhäuser oder Heilanstalten fortgeführt.

Sofern keine Nachnutzungen erfolgten oder diese aufgegeben wurden, verschwanden die sichtbaren Relikte der NS-Terrorstätten in aller Regel sehr schnell: Die Lagerbaracken und andere Gebäude wurden abgerissen, dienten oftmals der ortsansässigen Bevölkerung als Materialdepot und Brennstoff oder verfielen. Die Bewahrung der „Denkmale aus der Zeit“, der Lagerorte als *corpus delicti*, wurde im Nachkriegsdeutschland nicht als gesellschaftliche Aufgabe empfunden.

Zwar gab es die erwähnten Nachnutzungen der ehemaligen Lagerstätten und die Minimalisierung der Relikte in Ost wie West, doch gewannen die ehemaligen Stätten des NS-Terrors für die Politik der DDR eher an Bedeutung als in der Bundesrepublik. 1958 bis 1961 entstanden in Buchenwald, Sachsenhausen und Ravensbrück die drei großen zentralen „Nationalen Mahn- und Gedenkstätten“, derer sich die DDR als Instrument der Systemauseinandersetzung mit dem seiner restaurativen Tendenzen wegen gescholtenen Westdeutschland und zum Zwecke der Selbstlegitimierung als das antifaschistische, bessere

Deutschland bediente. Die Gedenkstätten waren ein zentrales Element für den Gründungsmythos der DDR: Weihestätten, in denen die „Erfüllung des antifaschistischen Vermächtnisses“ feierlich zelebriert wurde.

In der frühen Bundesrepublik hingegen mussten in den fünfziger und sechziger Jahren die Verfolgten des Naziregimes die Erinnerung an die NS-Vergangenheit selbst wach halten. Hier standen Heimkehrer- und Vertriebenen Denkmale im Vordergrund. Zudem lieferten neue historische Ereignisse wie die Blockade Berlins oder die deutsche Teilung Anlässe zum öffentlichen Gedenken und für Mahnmalsetzungen. Erst nachdem die DDR in Buchenwald, Ravensbrück und Sachsenhausen große Gedenkstätten geschaffen hatte, entstanden im Westen Deutschlands Mitte der sechziger Jahre mit dem Museum in Dachau und dem Dokumentenhaus in Bergen-Belsen erste Ausstellungen an Orten ehemaliger Konzentrationslager, wobei diese gemessen an der Ausstattung ausländischer KZ-Gedenkstätten wie Majdanek oder Mauthausen weit hinter den Erwartungen der Verfolgtenverbände zurückblieben.

Es sollten weitere 15 Jahre vergehen, ehe es in der Bundesrepublik zur Einrichtung weiterer Gedenkstätten kam, die am authentischen Ort durch erhaltene Gebäude und mittels Dokumentationen an die verübten Verbrechen erinnern. Stellvertretend seien genannt: das Dokumentenhaus Neuengamme (1981), das Museum in der Wewelsburg (1982) und das Dokumentations- und Informationszentrum Emslandlager (1983). Vorausgegangen waren in aller Regel langwierige öffentliche Auseinandersetzungen, die von Jugendverbänden und Gewerkschaftsgliederungen, von kirchlichen oder politischen Initiativgruppen initiiert wurden. Die in Moringen Mitte der siebziger Jahre begonnenen Bemühungen um eine Gedenkstättenarbeit vor Ort sind in diesen Zusammenhang einzuordnen.

Bei einem ersten bundesweiten Treffen von Gedenkstätteninitiativen, das im Oktober 1981 in Hamburg stattfand, entstand die Idee zu einem Buch über die Nachkriegsgeschichte der Lagerstätten, das gleichermaßen „eine Chronik des Schweigens nach 1945 und eine Dokumentation über die vielerorts beginnende Aufarbeitung der Vergangenheit“ sein

sollte. Eineinhalb Jahre später erschien das Buch „Die vergessenen KZs? Gedenkstätten für die Opfer des NS-Terrors in der Bundesrepublik“ (Bornheim-Merten 1983). Neben Beiträgen zu Dachau, Neuengamme, Ladelund, Stukenbrock, Ulm (Oberer Kuhberg) und Wewelsburg sowie zu den Außenlagern des KZ Sachsenhausen in West-Berlin und den Emslandlagern berichtete unter dem Titel „Was denn, hier – in Moringen? Die Suche nach einem vergessenen KZ“ auch der damalige evangelische Gemeindepastor Wolf-Dieter Haardt über die Anfänge der Gedenkstättenarbeit in Moringen.

Das Buch verstand sich als ein Versuch, „die historische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus nicht auf die zwölf Jahre der Naziherrschaft zu beschränken, sie nicht mit dem Jahre 1945 enden zu lassen“. Denn der Nationalsozialismus sei keine in der Vergangenheit isolierbare Epoche, sondern durch die Art und Weise, wie in unserem Lande Vergangenheit „bewältigt“ wurde, sei er Teil der Lebenserfahrung auch der nach 1945 Geborenen. Und gerade die Nachgeschichte der ehemaligen Konzentrationslager offenbare zahlreiche Musterbeispiele für das Vergessen und Verdrängen, wie die historische Bestandsaufnahme der Gedenkstätteninitiativen belege: „Nicht nur, dass häufig nicht einmal ein Gedenkstein auf hundert- oder tausendfaches Leid hinwies; nicht nur, dass das Gelände ehemaliger KZs und die Gebäude, in deren Mauern unschuldige Menschen ausgebeutet, geschunden und ermordet wurden, funktionalisiert wurden wie irgendwelche beliebigen Gemäuer; nein, man war sogar so taktlos, in ehemaligen Lagern Strafanstalten, Bundeswehreinrichtungen oder Bereitschaftspolizeikasernen einzurichten. Tränengas-Übungen in Neuengamme und CS-Gasversuche in Dachau, so liest sich die Bankrotterklärung angeblicher Vergangenheitsbewältigung. [...] Die Anschauung, die Stätten des NS-Terrors mit ihren Lagereinrichtungen hätten vermitteln können, wurde und wird nicht genutzt, um begreifbar zu machen, was sich in den Jahren 1933 bis 1945 in der Mitte Europas zutrug. So wurde den Nachgeborenen eine Möglichkeit genommen, aus der Geschichte zu lernen.“ (Einleitung, S. 24f.).

Solche Formulierungen der Betroffenheit dokumentieren den Zeitgeist einer Generation, die im Anschluss an die durch die Studentenbewegung hervorgerufene Delegitimierung der gesellschaftlichen Autoritäten zutiefst über das Maß der Erinnerungsverweigerung ihrer Mütter und Väter erschrak und die sich bei dem Versuch, die Spuren zu sichern und das Verdeckte aufzudecken, mit den Vorwürfen der „Nestbeschmutzung“ konfrontiert sah.

Wie andere, die in jener Zeit die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit anmahnten, prägte die Akteure der Gedenkstätteninitiativen zugleich der Wunsch nach Empathie mit den ehemals Verfolgten, die damals noch in größerer Zahl lebten. Im Gespräch mit Zeitzeugen und bei der Beschäftigung mit den verschiedenen Gruppen von NS-Opfern wurde offenbar, wie stark diese Menschen noch unter den Folgen der Verfolgung litten und dass ihnen oftmals im Nachkriegsdeutschland keine Gerechtigkeit widerfahren war. Nun traten auch Betroffene selbst an die Öffentlichkeit, um auf ihr Schicksal aufmerksam zu machen. So veranstaltete im Oktober 1979 der „Verband deutscher Sinti“ und die „Romani-Union“ mit Unterstützung der „Gesellschaft für bedrohte Völker“ auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Bergen-Belsen eine Gedenkumgebung, in der der Verfolgung und Ermordung der Sinti und Roma in der Zeit des Nationalsozialismus gedacht und zugleich ihre fortgesetzte Missachtung und Diskriminierung angeprangert wurde.

Soweit bekannt, traten Vertreter unterschiedlicher Verfolgtengruppen erstmals gemeinsam bei einer Kundgebung auf, die unter dem Titel „Verfolgte von gestern – was sagen sie uns heute?“ im Rahmen des 19. Deutschen Evangelischen Kirchentages im Juni 1981 auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Neuengamme stattfand. Der Rabbiner Prof. Dr. Albert Friedlander, die kommunistische Widerstandskämpferin Katharina Jacob (VVN), Helmut Zander (Homosexuelle Aktion Hamburg), Udo Sierk (Behinderten-Gruppe Hamburg) und Romani Rose (Verband Deutscher Sinti) machten darauf aufmerksam, dass bei aller Verschiedenheit der Verfolgenschicksale sie das Erleben fortwirkender gesellschaftlicher Stigmatisierung und Intoleranz

einte. In den Redebeiträgen wurde deutlich, dass sie im Nachkriegsdeutschland allen Wiedergutmachungsbeteuerungen zum Trotz Ausgrenzung und Ablehnung erfuhren. In dem durch die Alliierten vom Nationalsozialismus befreiten Deutschland war der Geist der Volksgemeinschaftsideologie, des Rassismus und Sozialdarwinismus noch lange nicht überwunden. Der Antisemitismus lebte unterhalb der Ebene amtlicher Verlautbarungen fort, der Bundesgerichtshof rechtfertigte die Verfolgung der „Zigeuner“ als Teil einer „vorbeugenden Verbrechensbekämpfung“, der § 175 wurde in seiner Nazi-Fassung bis 1969 zur Aburteilung von Homosexualität herangezogen, Gutachter erklärten in unzähligen Fällen erlittene Zwangssterilisationen als medizinisch geboten und rechtens, Deserteure galten generell als verachtenswürdige „Feiglinge und Verräter“, und selbst zurückkehrenden Emigranten blieb der Vorwurf des „Landesverrats“ nicht erspart. Im Blick auf die Kommunisten wuchs im Kalten Krieg ein geistiges Klima, in dem die antibolschewistischen Propagandafloskeln der Nazi-Zeit zu neuer Blüte gelangten.

Erst zu Beginn der achtziger Jahre wurde in der Öffentlichkeit das fortwirkende Unrecht thematisiert, das den ehemals Verfolgten in der Bundesrepublik, die in den Nachkriegsjahren die leidenschaftlichen Antidemokraten von einst fast vollständig integriert hatte, begegnete. Ralph Giordano fasste dieses später unter den Begriff der „zweiten Schuld“. Nun erst begann die Aufarbeitung der unterschiedlichen Verfolgenschicksale. So gründete sich in Hamburg 1982 unter Beteiligung von Opferverbänden eine „Projektgruppe für die vergessenen Opfer des NS-Regimes“, die mit einer vielbeachteten Wanderausstellung und Publikationen auf bislang unbekannte Verfolgenschicksale aufmerksam machte.

Seit Anfang der achtziger Jahre und damit innerhalb von nur zwanzig Jahren hat sich in der Bundesrepublik ein deutlich anderer Umgang mit den Stätten des NS-Terrors herausgebildet. In diesen zwanzig Jahren konnte mit der von Vertretern einer unbefangeneren Generation eingeschlagenen Orientierung auf die Sozial-, Alltags- und Regionalgeschichte des „Dritten Reichs“ der zur „zweiten Schuld“ gehörende Verschweigens- und Verdrängungsprozess durchbro-

chen werden. In dem Maße, in dem ins öffentliche Bewusstsein kam, dass ganz Deutschland in den Kriegsjahren von einem Netz der Konzentrations- und Zwangsarbeiterlagern überdeckt war, entstand eine – wenn auch zahlenmäßig niemals sehr große, aber angesichts ihrer Erfolge doch recht nachhaltige – „Gedenkstätten-Bewegung“ und mit ihr eine von Bürgerengagement getragene und zunehmend in der Gesellschaft verankerte Erinnerungskultur.

Von zentraler Bedeutung für die Vernetzung der Gedenkstätten waren die seit 1982/83 mit Unterstützung der Bundeszentrale für politische Bildung regelmäßig stattfindenden Gedenkstättenseminare, die Einrichtung einer hauptamtlichen Koordinatorenstelle bei der Aktion Sühnezeichen (1993 ging das Gedenkstättenreferat in die Trägerschaft der Stiftung „Topographie des Terrors“ über) und die von dieser koordinierten „GedenkstättenRundbriefe“, von denen inzwischen über 100 Ausgaben erschienen sind.

Zunehmend fanden die Gedenkstätten und ihre Anliegen öffentliche Aufmerksamkeit und Unterstützung. Nun stieg ihre Zahl stark an. Existierten Mitte der achtziger Jahre in der Bundesrepublik ein Dutzend Gedenkstätten mit Dauerausstellungen und ungefähr einhundert Initiativen, so zählte man zehn Jahre später sechzig mit Dokumentationen versehene Gedenkstätten, von denen die größeren den Standards zeitgeschichtlicher Museen entsprechen, über zweihundert Initiativen und viele Hunderte durch Bürgerengagement initiierte Denkmale und Gedenksteine. Auch die deutsche Vereinigung hat diese Entwicklung – anders als oftmals befürchtet – eher befördert als abgeschwächt, denn die von breiter politischer Unterstützung getragene Einrichtung von Gedenkstätten, die an das Unrecht des SED-Regimes erinnern, weckte das Bewusstsein dafür, dass es auch eine bundespolitische Verantwortung für die an die Nazi-Verbrechen erinnernden Gedenkstätten gibt. Die 1999 beschlossene Gedenkstättenkonzeption des Bundes bekennt sich ausdrücklich zu einer dezentralen Erinnerungskultur und sieht deshalb auf dem Weg der Projektförderung erstmals auch die Unterstützung von Gedenkstätten vor, die sich in kommunaler oder privatrechtlicher Trägerschaft befinden.

In unserem Land, von dem die historisch beispiellosen Nazi-Verbrechen ausgingen, bewahren Gedenkstätten am authentischen Ort die Erinnerung an die Opfer von Terrorherrschaft, Konzentrationslager und Völkermord. Sie dokumentieren und informieren. Als Lernorte, die Funktionsmechanismen von Tat und Tätern benennen, stellen sie sich der zentralen Frage, wie das alles möglich war – vor nur sechzig Jahren, inmitten von Europa, ausgehend von einer Kulturturnation, die zuvor den Geist der Aufklärung, Demokratie und Menschenrechte kennen gelernt hatte. Die Suche nach Antworten hat nichts von ihrer aktuellen Bedeutung verloren, denn Nationalismus, Ausländerhass, Rassismus und Antisemitismus sind bekanntlich Phänomene, die weiterhin Gefahren darstellen, denen eine demokratische Gesellschaft um ihrer selbst willen offensiv begegnen muss. Deshalb gilt es, das Bewusstsein in unserer Gesellschaft dafür zu stärken, dass Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit und freiheitliche Demokratie keine selbstverständlichen Setzungen sind, sondern zivilisatorische Errungenschaften, die angenommen, gelebt und fortentwickelt werden müssen. Unterbleibt dies, sind sie gefährdet. Es bedarf deshalb der politischen Vorsorge und institutioneller Sicherungen, es bedarf des demokratischen Engagements, der Erziehung zur Mündigkeit und der Ausbildung sozialer Verantwortung.

Gedenkstätten können hierzu nur einen kleinen Teil beitragen. Indem sie anhand des historischen Geschehens, das sich vor Ort zugetragen hat, Kommunikation ermöglichen, können sie allerdings gegenwärtigem Unrecht und zukünftigen Gefahren gegenüber sensibilisieren. Sie müssen dies auch, denn heutige Jugendliche, die inzwischen in der Regel über keine biographischen Anknüpfungspunkte mehr verfügen und die die Beschäftigung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit als Teil der kulturellen Hegemonie empfinden und deswegen zunächst eher zurückweisend oder vielleicht gar trotzig reagieren, werden den Wert des Gedenkens an dessen Glaubwürdigkeit messen.

Detlef Garbe, Hamburg

„Was denn, hier – in Moringen?“

DIE SUCHE NACH DEM VERGESSENEN KZ 1973 – 1983

Wolf-Dieter Haardt war von 1973-1989 Pastor in Moringen

Dieser Beitrag ist die leicht gekürzte Fassung eines Aufsatzes von Wolf-Dieter Haardt in: Detlef Garbe (Hg.): Die vergessenen KZs? Gedenkstätten für die Opfer des NS-Terrors in der Bundesrepublik. Bornheim-Merten 1983, S. 97-108.

„Was denn, hier – in Moringen?!“ „Aber sicher! Wußtest du das nicht?“ – „Nein, sag mal genau ...“ – So oder ähnlich fängt eines Tages das Gespräch zwischen meinem Kollegen im Moringener Pfarramt und mir – irgendwann im Sommer 1973 – an. Wir sitzen zusammen und wollen einen Plan für die Gemeindearbeit aufstellen, für das Herbst- und Winterhalbjahr. Da erwähnt er plötzlich das „KZ Moringen“. Ganz beiläufig. Ich bin vollkommen überrascht. Ist es doch erst knapp drei Wochen her, daß ein Mitarbeiter der Evangelischen Jugend Moringen mit einer Gruppe der Aktion Sühnezeichen nach Auschwitz gefahren ist. Auschwitz – das größte Konzentrations- und Vernichtungslager der Nazi-Herrschaft.

Da fährt einer von uns nach Auschwitz – und dann höre ich, daß es hier in Moringen, in der Gemeinde also, in der ich seit Januar 1973 als Pastor bin, ein KZ, ein Konzentrationslager, gegeben hat. Mein Kollege hat schon vorher – er war hier 1971/72 Vikar – etwas davon gehört. Von seinem Vikariatsleiter. Von dem stammt auch der Hinweis, daß der Friedhofsverwalter weitere Informationen habe.

Das interessiert mich! Also hin zum Friedhofsverwalter. „Ja“, sagt der, „da liegen ungefähr 40 bis 50 Jungs auf dem Friedhof.“

„Was für Jungs?“

„Na – aus dem Jugendschutzlager.“

„?“

„Während des Krieges war doch hier so ein Jugend-KZ. Genannt Jugendschutzlager.“

Ich bin platt. Er zeigt mir die Stellen, wo die Gräber der Jugendlichen waren. Nur Gras. Keine Kreuze, keine Steine, keine Einfassung. Aber die Stellen weiß er genau. „Ja, die stehen alle in unserer Gräberliste. Hat damals mein Großvater alles genau eingetragen.“ Die Liste findet sich nicht gleich. Er verspricht, sie herauszusuchen.

Wie sind die gestorben, frage ich mich. 40 bis 50 Jugendliche. Das kann doch kein Zufall gewesen sein! Hat man sie ermordet? Hat man eine schlimme Krankheit nicht behandelt? Auf der Flucht er-

schoffen? Zu Tode geprügelt? Keiner weiß es. Wenn ich bei meinen Hausbesuchen davon anfangen und nach dem KZ frage, oft die gleiche Reaktion: man spricht nicht (gern) darüber. Trotzdem bekomme ich nach und nach einiges heraus: Etliche der damals als „Jugendschutzlager“ genutzten Gebäude stehen noch. Heute ist dort das Niedersächsische Landeskrankenhaus.

Im Moringener Volksmund heißt die psychiatrische Klinik weiterhin „Werkhaus“. Damit wird auf die Funktion des Hauses im 19. Jahrhundert und dem ersten Drittel des 20. Jahrhunderts angespielt. In der örtlichen Moringener Zeitung wurde 1973 zur Geschichte des Landeskrankenhauses gesagt: „Diese Häuser in Moringen haben Zeiten und Menschen gesehen. Zunächst dienten sie als Waisenhaus, ab 1800 wurden hier Leichtkriminelle inhaftiert, die mittels Arbeit wieder „anständige Untertanen“ des Königs von Hannover werden sollten. Der König ging, das „Provinzialarbeitshaus“ in Moringen blieb bestehen. Erst 1952 wurde die Einrichtung umstrukturiert. Seitdem beherbergt das Haus straffällig gewordene psychisch Kranke, die aus dem gesamten Bundesland Niedersachsen hier zentral eingewiesen werden.“¹

Was in dieser kleinen Chronik fehlt, sind die ersten Nachkriegsjahre, in denen der Gebäudekomplex und die errichteten Barackenlager als „Polenlager“ dienten, also als Stätte für die während des Zweiten Weltkrieges verschleppten und nun als „displaced persons“ bezeichneten Fremdarbeiter. Bezeichnenderweise fehlen auch die zwölf Jahre der Nazi-Herrschaft.

Schon vor dem Zweiten Weltkrieg gab es KZ-Häftlinge in Moringen. Erwachsene. Hauptsächlich Frauen. Die Informationen darüber sind aber noch spärlicher. Viele, die damals gelebt haben, sagen: „Nie gehört.“ Anscheinend ist nach 1945 die KZ-Vergangenheit in Moringen tot geworden. Anders kann ich mir nicht erklären, daß zum Beispiel ein namhafter Moringener Bürger, als er mit einer Schulklasse eine Reise nach München unternahm, beim Besuch der Gedenkstätte des KZ Dachau zum ersten Mal „Moringen“ unter den Konzentrationslagern (auf der großen

¹ Andreas Stephanski: Sanierung kommt um Jahre zu spät. In: Moringener Zeitung, Nr. 299/1973.

Gedenktafel) entdeckte. Er soll schockiert gewesen sein ...

Die Moringen Pastoren wollten mehr wissen. Was war damals wirklich geschehen? Wir schrieben an das Institut für Zeitgeschichte in München. Dort verwies man auf einen Aufsatz von Dr. Ina Arndt: „Das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück“² In dieser Untersuchung wird Moringen auf den Seiten 93 bis 99 als ein Vorläufer des berühmten Frauen -KZ Ravensbrück beschrieben.

Was aber war mit dem Jugend-KZ?

Im Jahre 1974 fuhr ich in Zusammenarbeit mit der Aktion Sühnezeichen zum ersten Mal mit 25 Jugendlichen (die meisten aus Moringen) nach Auschwitz. Unsere besondere Motivation ergab sich aus der Tatsache, daß in unserem Wohnort ein KZ gewesen war. In Auschwitz im Archiv fanden wir unter anderem Dokumente des Reichssicherheitshauptamtes und des Wirtschafts- und Verwaltungshauptamtes Berlin. Darunter Rundschreiben an die Kommandanten der Konzentrationslager. In der Anschrift kam meistens auch Moringen vor. So stand der Name in einer Reihe mit den anderen bekannten Konzentrationslagern, fein säuberlich nach dem ABC geordnet.

Aus Auschwitz zurück, gingen unsere Nachforschungen weiter. 1975 kam der Kontakt mit einem früheren Mitarbeiter des Bundesarchivs Koblenz zustande: zu Herrn Dr. Heinrich Muth aus Bendorf/Rhein, der bei seinen Forschungen unter anderem an einer Geschichte des „Jugendschutzlagers Moringen 1940-1945“ arbeitet.

Dr. Heinrich Muth schrieb 1976 dem Pfarramt Moringen: „ Der gegenwärtige Stand meiner Quellsammlung läßt eine gewisse generelle Charakterisierung des Lagers zu, die in einigen wesentlichen Punkten allerdings von den zur Zeit noch in Moringen umlaufenden Meinungen abweicht. Richtig ist, daß das Lager zu den Konzentrationslagern gerechnet werden muß. Die Bezeichnung „Konzentrationslager“ oder „Jugendkonzentrationslager“ taucht in den Akten des Reichs-

justizministeriums gelegentlich auf. Seit der organisatorischen Umgliederung der SS-Führung im Sommer 1942 hat es auch der Verwaltung der Konzentrationslager unterstanden. Sachlich unterstand es der „Zentralstelle zur Bekämpfung der Jugendkriminalität“ im Reichskriminalpolizeiamt (RKPA). Als Amt V war das RKPA dem Reichssicherheitshauptamt (RSHA) eingegliedert, unterstand also letztlich der Oberleitung von zunächst Heydrich und später Kaltenbrunner.“ Eingeliefert wurden Jugendliche zwischen 16 und 21 Jahren, die Zahl wurde 1942 von 400 auf 800 verdoppelt und erreichte im Jahre 1944 mit 1231 Zöglingen den Höchststand. Nur etwa 5 Prozent wurden im Laufe der Zeit wieder entlassen. Die Jugendlichen mußten in der Landwirtschaft, in Volpriehausen im Schacht (Herstellung von Munition) oder bei der Firma Piller (Metallverarbeitung) arbeiten. Zu den Bedingungen im Jugend-KZ schreibt Dr. Muth. „Als typisches Konzentrationslager zeichnete sich Moringen durch militärischen Drill und durch ein barbarisches Lagerstrafensystem aus. Im Grunde war alles verboten, was nicht ausdrücklich erlaubt oder befohlen war. Jede Disziplinwidrigkeit wurde genauestens registriert und hart bestraft, anfänglich wohl meist mit fünf bis 15 Stockhieben, später kamen „Strafdienst“, „verschärfter Strafdienst“, „hartes Lager“, und „Strafstehen“ dazu, Arrest war wohl seltener. Konzentrationslagermäßig war auch die strenge Bewachung im Lager und am Arbeitsplatz, ebenso auch die Einteilung der Häftlinge nach verschiedenen „Blöcken“ deren Insassen durch verschiedenfarbige Ärmelstreifen gekennzeichnet waren.“

54 der damals Inhaftierten haben diese Verhältnisse nicht überlebt. Sie sind auf dem Moringen Friedhof beerdigt- Wir wissen nicht genau, wie sie gestorben sind. 1942 waren 16 Beerdigungen, 1943 zwei, 1944 neun und 1945 27. Wahrscheinlich wurden sie nicht erschossen, sondern sind aufgrund der drakonischen Strafen und/oder der mangelhaften medizinischen Versorgung ums Leben gekommen.

Anlässlich der Einweihung des Neubaus von Teilen des Landeskrankenhauses (LKH) wurde im April

² Dr. Ino Arndt: Das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück, Vorläufer: Moringen und Lichtenburg. In: Studien zur Geschichte der Konzentrationslager. Schriftenreihe der Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte, Nr. 21, Stuttgart 1970, S. 93-99.



Foto:

1978 eine Festschrift vom Niedersächsischen Sozialminister herausgegeben. Über die zweihundertjährige Geschichte der Gebäude wurde vom Leitenden Medizinaldirektor des LKH berichtet. Hier wurden nun die zwölf Jahre zwischen 1933 und 1945 nicht vergessen. Zwar heißt es lapidar: „Während der nationalsozialistischen Aera wurde das Werkhaus ... auf verschiedenste Weise zweckentfremdet“³, aber es schließt sich eine knappe Erwähnung dieses „Zweckentfremdung“ an. „Nach den spärlichen noch vorhandenen Aufzeichnungen wurde ein Teil des Werkhauses von März bis November 1933 als Konzentrationslager für Männer, von Oktober 1933 bis März 1938 für Frauen verwendet. Im Anschluß daran wurde in der Einrichtung und seiner unmittelbaren Umgebung ein „Jugendschutzlager“ eingerichtet. Es soll mit etwa 1200 Zöglingen belegt gewesen sein und wurde am 6. April 1945 vor dem Einrücken der Amerikaner geräumt.“⁴

Diesen Absatz gab ich im Februar 1979 in unserem kirchengemeindlichen Mitteilungsblatt wieder. Einen Monat zuvor hatte die Erstausstrahlung der vierteiligen Serie „Holocaust“ über das Schicksal der jüdischen Familie Weiß im „Dritten Reich“ die Nation und auch unsere Gemeinde in Bewegung gebracht. In dem Artikel im Kirchenblatt schrieb ich unter anderem: „Die Moringer wußten jedenfalls recht gut, wie das Nazi-Regime mit seinen Gegnern umging: von 1933 bis 1945 war mitten in Moringen ein KZ.“ Der Beitrag endete folgender-

maßen: „Natürlich war das KZ in Moringen kein Vernichtungslager. Juden wurden hier nicht vergast. Daß man aber mit den Insassen nicht zimperlich umging, beweist die Tatsache, daß – nach exakten Aufzeichnungen des damaligen Friedhofsverwalters – 54 Häftlinge des SS-Jugendschutzlagers, meist im Alter von 18 bis 20 Jahren, auf dem Moringer Friedhof liegen. Ich finde, die junge Generation muß wissen, was geschehen ist. Nur dann läßt sich womöglich eine Wiederholung derartiger Verbrechen verhindern.“

Unser Gemeindebrief geht an alle Haushalte. Eine lebhafteste Debatte, die 34 Jahre lang ausgeblieben war, entzündete sich in Moringen – hauptsächlich an Stammtischen in Kneipen. Immer wieder tauchte der Vorwurf der „Nestbeschmutzung“ auf, als ob das Nest durch die Spurensuche, das Erinnern und Gedenken beschmutzt würde und nicht durch die auch hier in Moringen geschehenen Verbrechen der Nazi-Zeit.

Im Laufe des Jahres 1979 beschloß der Kirchenverstand nach kontroverser Diskussion, auf dem kirchlichen Friedhof in Moringen einen Gedenkstein für die dort begrabenen, ehemaligen Häftlinge des „Jugendschutzlagers“ aufzustellen. Die Einweihung des Steins mit der Aufschrift „Zum Gedenken an die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Moringen“ fand am 16. November 1980 statt – innerhalb der ersten Moringer Friedenswoche. Dabei hielt Frau Dr. Hannah Vogt

³ Ltd. Med. Dir. Dr. Hartmut Rost. In: Niedersächsisches Landeskrankenhaus Moringen, hg. vom Niedersächsischen Sozialminister, April 1978, S. 9.

⁴ ebenda.

aus Göttingen, die am 3. Juni 1933 als eine der ersten beiden weiblichen Schutzhäftlinge ins KZ Moringen kam, eine Gedenkrede.

Nach der Gedenkstunde am 16. November 1980 kam ein ungefähr 50jähriger Mann auf mich zu. Er komme aus Göttingen, der nur 25 Kilometer von Moringen entfernten Universitätsstadt, aber er sei heute zum ersten Mal seit 35 Jahren wieder in Moringen. 1945 habe er sich nach seiner Befreiung aus dem „Jugendschutzlager“ geschworen, nie wieder dieses „verfluchte Nest“ zu betreten. Doch nun, als er in der Göttinger Zeitung von der Errichtung des Gedenksteines gelesen hatte, sei ihm dieser Schritt wieder möglich geworden.

Ähnlich ein Brief, der uns aus Polen erreichte. Dort heißt es: „Es machte mich manchmal traurig, daß man uns vergaß (...) Wie mir bekannt wurde, wurde dort ein Gedenkstein an die Opfer der Gewalt Herrschaft errichtet. Ich möchte mich darüber sehr bedanken, daß nach so vielen Jahren sich Leute fanden und den Mut hatten, einen Gedenkstein dort aufzustellen.“

Dieser Schritt ist jedoch bei den Moringern nicht auf ungeteilte Zustimmung gestoßen. Ein Beispiel dafür ist die Auseinandersetzung um die Ansprache meines Kollegen am Volkstrauertag 1982 am Moringer Ehrenmal für die Gefallenen der beiden Weltkriege. Er wies auf die Notwendigkeit hin, sich aller Opfer zu erinnern und so auch der im Lager Moringen umgekommenen Jugendlichen. Dazu wäre es ein Schritt in die richtige Richtung, wenn im nächsten Jahr kurz vor der Feier am Ehrenmal auch ein Kranz des Volksbundes am neuen Gedenkstein niedergelegt würde. Diese Anregung rief vielfältigen Protest hervor. Leserbriefe und Anzeigen, die Lernunfähigkeit und wohl auch Lernunwilligkeit dokumentieren, wurden von einzelnen und von Moringer Vereinsvorständen initiiert.

Seit der Errichtung des Gedenksteines hat sich in Moringen aber auch einiges andere getan:

Kontakte zu einigen ehemaligen Häftlingen entstanden.

Gruppen der Kreisjugendpflege Göttingen besuchten auf ihren „alternativen Stadt- und Landrundfahrten zu Stätten der NS-Herrschaft in Südniedersachsen“ das ehemalige KZ Moringen.

Eine Kundgebung der Evangelischen Erwachsenenbildung mit Berichten und Briefen über das KZ-Lager Moringen fand am Bußtag 1982 mit 500 Teilnehmern in der Kreisstadt Northeim in der Sixti-Kirche statt.

Frau Dr. Vogt erarbeitete eine umfangreiche Dokumentation über alle drei Stufen des Moringer Lagers (Männer-KZ, Frauen-KZ, Jugendschutzlager).

Wieder einmal mußten damit die Opfer des Nationalsozialismus die Geschichte von Widerstand und Verfolgung selbst schreiben, denn auch im Falle von Moringen hatte die Geschichtswissenschaft dieses Thema geflissentlich gemieden. In einer Untersuchung des Historischen Museums Hannover über die nationalsozialistische Machtergreifung 1933 in der heutigen niedersächsischen Landeshauptstadt muß deshalb Dr. Klaus Mlynek feststellen: „Die Geschichte des Lagers, das zu den ältesten in Deutschland gehörte, ist bisher von der zeitgeschichtlichen Forschung völlig vernachlässigt worden.“⁵

35 Jahre lang war versucht worden, daß KZ Moringen der Vergessenheit preiszugeben. Damit wäre beinahe die Rechnung der SS aufgegangen, die bei der Räumung des Lagers im April 1945 alle Akten durch Feuer vernichtete und die Spuren zu verwischen suchte. Es ist ihr nicht gelungen. Die Spuren wurden wiedergefunden. So konnten auch über das Schicksal der in Moringen umgekommenen Jugendlichen Erkenntnisse gewonnen werden. Frau Dr. Vogt schreibt in ihrer Dokumentation: „Bis zum Juli 1944 waren 41 Sterbefälle zu verzeichnen, darunter drei Selbstmorde und ein Fall von Erschießen auf der Flucht. Bis zur Auflösung des Lagers stieg die Zahl der Todesfälle in Moringen auf 56, hinzuzuzählen sind 14 weitere Todesfälle im Asylheim für Tbc-Kranke in Benninghausen bei Paderborn, wohin das Lager Jungen mit offener Tuberkulose überwies.“⁶

⁵ Klaus Mlynek: Der Aufbau der Geheimen Staatspolizei in Hannover und die Errichtung des Konzentrationslagers Moringen. In: Historisches Museum am Hohen Ufer (Hg.): Hannover 1933 – Eine Großstadt wird nationalsozialistisch. Hannover 1981, S. 73.

⁶ KZ Moringen – Männerlager – Frauenlager – Jugendschutzlager – Eine Dokumentation. Redaktion Hannah Vogt. Göttingen 1983, 55.



Foto:

Was sich hinter einem „Sterbefall“ verbergen kann, schildert ein ehemaliger „Jugendschutzlager“-Häftling: „Kam ein aus der Lager Geflüchteter zurück, wurde er von den Wachmannschaften mit den Hunden durch das hintere Tor ins Lager getrieben. Dort wurde er vor die versammelten Häftlinge gestellt, und seine Blockangehörigen bekamen den Befehl, den Flüchtling zu „erziehen“, das heißt, solange mit Knüppeln auf ihn einzuprügeln, bis er sich nicht mehr rührte. Ein Junge wurde dabei totgeschlagen.“⁷

Dr. Detlev Peuckert kommt in einer wissenschaftlichen Abhandlung über „Arbeitslager und Jugend-KZ“, in der ein Abschnitt auf das Jugendschutzlager Moringen näher eingeht, zu folgendem Ergebnis: „Das Jugend-KZ in Moringen hatte in der Konzeption Himmlers Modellcharakter. Es nahm die durch das Gemeinschaftsfremdengesetz (letzte Entwurfsfassung 1944, es sollte 1945 in Kraft treten – Anm. d. Verf.) vorgesehene polizeiliche Aussonderung und Ausmerzung gesellschaftlich Unangepaßter im weitesten Sinne vorweg. Seine Differenzierungspraktiken stellten eine entlarvende Perversion jener Erziehungskonzepte dar, die nicht von der Entfaltung der Persönlichkeit des einzelnen, sondern vom Bedarf der „Volksgemeinschaft“ an homogen zurecht geschliffenem Nachwuchs ausgingen.“⁸

Auch die Seite der Bewacher wurde aufgehell. Es gab unter ihnen sadistische Quäler, aber auch solche wie den, den die Jugendlichen „Papa Römer“ nannten, der nur so tat, als ob er fest zuschläge,

und zu den zu Bestrafenden sagte: „Nun schrei aber schön laut!“

Etliche Angehörige der SS-Wachmannschaften und sogar einige SS-Blockführer (sogenannte Erzieher) blieben in Moringen und wurden später hier ansässig.

Weitere Aufklärungsarbeit tut not. Beispielsweise sollte das Land Niedersachsen als Träger des Landeskrankenhauses endlich eine Informationstafel an dem noch erhaltenen alten Hauptgebäude anbringen, so wie es die Teilnehmer der oben erwähnten Kundgebung am Bußtag 1982 forderten. Es bleibt zu hoffen, daß die Schüler im großen Moringer Schulzentrum am Schicksal der vor 40 Jahren beinahe gleichaltrigen Jugendlichen lernen, wo die Trennungslinie zwischen Unrecht und Menschlichkeit verläuft.⁹

Wolf-Dieter Haardt, Elvershausen,

⁷ ebenda, S. 52

⁸ Detlev Peuckert: Arbeitslager und Jugend-KZ: die „Behandlung Gemeinschaftsfremder“ im Dritten Reich. In: Die Reihen fest geschlossen. Beiträge zur Geschichte des Alltags unterm Nationalsozialismus. Hg. von Detlev Peuckert und Jürgen Reulecke. Wuppertal 1981, S. 424.

⁹ Dieser Beitrag nimmt Hinweise aus der Dokumentation von Frau Dr. Vogt auf entstand seiner Zeit in Zusammenarbeit Detlef Garbe.

Das Konzept der regionalen Gedenkstättenarbeit in Niedersachsen

Als der Niedersächsische Landtag am 17. Januar 1990 einstimmig dem Beschluss über die „Politische Unterstützung für die Arbeit und Finanzierung der Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus in Niedersachsen“ zustimmte, war dies zugleich der Endpunkt einer langen Diskussion wie auch der Ausgangspunkt für die Umsetzung eines Konzeptes, dessen Wirksamkeit sich noch erweisen musste. Regionale und lokale Gedenkstättenarbeit zu fördern und damit anzuerkennen, dass es nicht ausreichte, an zentralen Stellen zu gedenken und zugleich die zahlreichen Orte nationalsozialistischen Terrors überall sonst im Land auszublenken, war das Anliegen dieses in der Bundesrepublik einmaligen Konzeptes.

Drei Diskussionsstränge bildeten in den 80iger Jahren die Grundlage für den Gedenkstättenbeschluss des Niedersächsischen Landtages im Jahr 1990. Die SPD-Fraktion begann 1982, damals noch in der Opposition, sich aufgrund aktueller rechtsextremistischer Ereignisse und des anstehenden 50jährigen Jahrestages der Machtübernahme Hitlers wieder verstärkt mit den Themen Rechtsextremismus und Aufklärung über den Nationalsozialismus zu beschäftigen. In einem Antrag, den die SPD-Fraktion 1983 in den Landtag einbrachte, wurde u.a. die Unterstützung von lokaler Aufarbeitung und Dokumentation des Nationalsozialismus und des Widerstandes gefordert. Nach eineinhalb Jahren Diskussion in den Ausschüssen wurde eine Entschließung in einer Fassung, der SPD, CDU und FDP zustimmen konnten, im Januar 1985 verabschiedet. Etwa zur gleichen Zeit entspann sich ein weiterer Diskussionsstrang. Der 40. Jahrestag der Befreiung Bergen-Belsens und der Besuch des damaligen US-Präsidenten Ronald Reagan in dieser Gedenkstätte entfachte eine Debatte über eine Umgestaltung des historischen Ortes. In Bergen-Belsen war 1966 ein Dokumentenhaus mit Ausstellung eingerichtet worden, das seitdem nicht mehr geändert und inzwischen veraltet war. Der Jahrestag, der Besuch des Präsidenten, die Aufmerksamkeit, die die Gedenkstättenarbeit bereits durch die Diskussionen im Landtag hatte, und die nationale Gedenkpolitik im Frühjahr 1985 machten es möglich, dass am 18. April 1985 der Niedersächsische Landtag der Erwei-

terung der Gedenkstätte Bergen-Belsen einstimmig zustimmte. Es sollte fünf weitere Jahre dauern, bis die Gedenkstätte im April 1990 in ihrer neuen Gestalt eröffnet wurde. Der dritte Diskussionsstrang betraf einen Bereich, der sich seit Ende der 70iger Jahre in der Bundesrepublik abzeichnete. Auf lokaler und regionaler Ebene begannen Einzelpersonen und Initiativen sich ehrenamtlich und mit geringer finanzieller Unterstützung den verschütteten Spuren verdrängter Vergangenheit vor Ort zu nähern und „Geschichte von unten“ zu betreiben. Die Wurzeln der Gedenkstätte Moringen, deren 10jähriges Bestehen diese Broschüre würdigt, finden sich in einer dieser Initiativen. Die regionalen Gedenkstätteninitiativen in Niedersachsen machten, als die Überlegungen über eine Umgestaltung der Gedenkstätte in Bergen-Belsen öffentlich wurden, zu Recht darauf aufmerksam, dass die Fokussierung des Gedenkens auf zentrale Orte die wichtige lokalhistorische Aufarbeitung überlagere. Im Dezember 1987 lud die SPD-Fraktion die damals bekannten Gedenkstätteninitiativen nach Hannover ein, um mit ihnen über ein neues Konzept zur Gedenkstättenarbeit zu beraten. Es folgte ein Entschließungsantrag, der einen finanziellen Einstieg in eine Zusatzförderung des Landes für regionale Gedenkstättenarbeit sowie einen Zentralnachweis für Dokumentation, Literatur und Forschung über die Geschichte des Nationalsozialismus vorsah. Beide Forderungen wurden vom Landtag 1990 akzeptiert und ein Titel über 400.000 DM 1991 in den Haushalt der Regierung Schröder aufgenommen.

Zahlreiche Projekte, Initiativen und Gedenkstätten wurden in den vergangenen 12 Jahren im Rahmen der regionalen Gedenkstättenarbeit in Niedersachsen gefördert. Dabei haben sich immer wieder Schwerpunktverlagerungen ergeben. Der zur Verfügung stehende Etat beträgt heute 231.000 Euro (450.000 DM). Rund 2/3 dieser Summe werden für die Arbeiten in den Gedenkstätten in Papenburg, Moringen, Salzgitter und Sandbostel aufgewendet. Darin enthalten sind auch zwei volle Personalstellen (eine ganze Stelle in Papenburg und je eine halbe Stelle in Moringen und Salzgitter), die inzwischen etwas mehr als die Hälfte des Etats ausmachen (in 2003: • 121 000).

Neue Förderschwerpunkte in der Gedenkstättenarbeit entstehen immer dann, wenn neue (alte) Orte entdeckt werden oder sich das öffentliche Interesse einem bestimmten Bereich stärker öffnet. In Niedersachsen wurden in den vergangenen Jahren u.a.

das Dokumentationsprojekt Pulverfabrik Liebenau (Themen: Rüstung, Sprengstofffabrikation und Zwangsarbeit, Arbeitserziehungslager, Kriegsgefangenenlager, Ostarbeiterlager),

unterschiedliche Initiativen im Raum Osnabrück (z.B. Augustaschacht Ohrbeck) mit den Schwerpunkten Arbeitserziehungslager Ohrbeck, Gestapo Osnabrück, Zwangsarbeit im LK Osnabrück etc.)

und Dokumentations-, Publikations- und Ausstellungsprojekte zu den Themen Psychiatrie und Euthanasie im Dritten Reich (aktuell in Lüneburg und in Wehnen bei Oldenburg)

finanziell unterstützt.

In den letzten Jahren ist eine große Zahl von neuen Initiativen und Vereinen entstanden. Die Förderanträge übersteigen regelmäßig die zur Verfügung stehenden Mittel. Vor allem sind folgende Projekttypen gefördert worden:

Besuche ehemaliger Häftlinge und Gefangener (vor allem aus Osteuropa)

Gedenkveranstaltungen

Zeitzeugenprojekte (v.a. Interviewprojekte)

Erarbeitung und Präsentation von (Wander-) Ausstellungen

Erstellung und Druck von Publikationen, Info-Blättern etc.

Archivrecherchen/Dokumentationsprojekte (z.B. zur Zwangsarbeit im Landkreis Northeim)

Zuschüsse zu ABM-Projekten (z.B. Geschichtswerkstatt Hildesheim mit dem Projekt „Stadtführer Hildesheim im Dritten Reich“; Arbeitskreis Andere Geschichte Braunschweig mit dem Projekt „Machtergreifung im Freistaat Braunschweig im Spiegel der Nachkriegsprozesse“)

Tagungen, Workshops und Seminare.

Aktuelle Arbeitsschwerpunkte des Beirats, der Geschäftsstelle und Landeszentrale für politische Bildung sind:

Die Weiterentwicklung der Gedenkstättenkonzeption in Sandbostel/Bremervörde zur Überwindung des provisorischen Zustands der Dokumentationsstätte. In diesem Zusammenhang haben sich im Jahr 2002 zum ersten Mal die Öffentlichkeit und die Politik in der Region zu einer konstruktiven Beteiligung bereit gefunden. Der ehemalige Ministerpräsident Gabriel hatte seine Unterstützung für den Aufbau einer Dokumentationsstätte am Lagerstandort zugesagt.

Die Neukonzeption der Gedenkstättenarbeit zur Geschichte der Emslandlager. Im Landkreis Grafschaft Bentheim bemüht sich ein Verein, eine Dokumentationsstätte zur Geschichte der Kriegsgefangenen- und Flüchtlingslager einzurichten. Der Landkreis Emsland will das Lagergelände Esterwegen vom Bund übernehmen und zu einer Gedenkstätte ausgestalten. Diese Bemühungen müssen mit der Arbeit und dem Konzept des von Land, Landkreis und Kommunen geförderten DIZ Emslandlager in Papenburg koordiniert werden.

Die Entwicklung der Gedenkstättenarbeit zum Thema Lager und Zwangsarbeit für die Marine in Schwanewede/Farge (Konzentrationslager, Kriegsgefangenenlager, Arbeitserziehungslager, Ostarbeiterlager, Öltankdepot und U-Boot-Bunker Valentin) gemeinsam mit verschiedenen Institutionen, Vereinen und Initiativen aus Bremen und Niedersachsen.

Die regionale Gedenkstättenarbeit in Niedersachsen läutete 1990 eine neue Qualitätsära in der Erinnerungsarbeit der Bundesrepublik ein. Diese Arbeit ist nach meinem Eindruck eine der erfolgreichsten didaktischen Unternehmungen, die in der Zukunft die einzige reale Chance bedeutet, an die Erinnerung nicht nur verbale Bekundungen zu knüpfen.

Prof. Rolf Wernstedt, Präsident des Niedersächsischen Landtages Hannover, im Januar 2003

Die ersten Jahre der KZ-Gedenkstätte Moringen 1994-1999

Mit der Eröffnung der Gedenkstätte im Torhaus wurde eine Namensänderung des Vereins „Lagergemeinschaft und Gedenkstätteninitiative KZ Moringen e. V.“ notwendig. Damit, dass es nun für das Erinnern und Forschen und für die pädagogische Arbeit ein festes Haus gab, veränderte sich auch der Verein von der (Bürger-)Initiative, vom Engagement Einzelner aus moralischer Verpflichtung den Opfern und der Geschichte gegenüber, zum Träger einer Institution mit hauptamtlichen Mitarbeitern. Der Begriff „vergessene Lager“ traf hier nun nicht mehr zu.

Als im Mai 1993 die KZ-Gedenkstätte Moringen eröffnet wurde, war dies ein Meilenstein nach mehr als 10 Jahren Ringen um den adäquaten Umgang mit der NS-Geschichte dieser Kleinstadt, deren Name damit erstmals außerhalb Südniedersachsens bekannt wurde. Diese Auseinandersetzungen hatten tiefe Gräben aufgerissen in einer Gemeinde, in der fast jeder jeden kennt und Konflikte unmittelbar in den privaten Alltag hineinwirken – Nachbarschaften, Freundschaften und berufliche Zusammenhänge beeinflussen. So war es zum Beispiel ein Problem, für den Ausbau der KZ-Gedenkstätte örtliche Handwerker zu finden. Noch 1992 erschien es für manchen Moringener Handwerksbetrieb nicht ratsam, für „die da“ zu arbeiten, selbst wenn es dabei etwas zu verdienen gab.

In den achtziger Jahren gab es zu Recht, das soll hier ausdrücklich betont werden, scharfe Proteste gegen den Versuch von Menschen aus Moringen, das Unrecht zu leugnen, das in Moringener Konzentrationslagern Menschen ange-tan wurde. Aber es waren andererseits auch Moringener Bürger, die damals zusammen mit den ehemaligen Häftlingen der Wahrheit ans Licht geholfen haben, die die genannten Konflikte ausgehalten und bestanden haben.

I. „Torhaus Moringen“, eine kleine Gedenkstätte

„Moringen? Wo ist denn Moringen?“, so wurde Anfang der Neunziger Jahre gefragt, wer die Gedenkstätte z. B. bei Tagungen vertrat. Und es war

immer wieder auch für „Experten“ neu: Drei ganz unterschiedliche Konzentrationslager nacheinander: für Männer (und wenige Frauen), ausschließlich für Frauen, speziell für Jugendliche – nirgends sonst findet sich auf so begrenztem Raum über eine Zeitspanne von fast 11 Jahren eine solche Bandbreite von Opfergruppen. Diese drei Lager sind ein Mikrokosmos der NS-Verfolgungsgeschichte, wo neben den Grundcharakteristika von Männer-, Frauen- und Jugend-KZ quasi komprimiert, sozusagen im „Kleinformat“ angesichts der Dimensionen von beispielsweise Auschwitz, fast alle Themen auffindbar sind. Mit der Eröffnung der Gedenkstätte war der entscheidende Schritt getan, dieser Situation Rechnung zu tragen – in Moringen, aber auch darüber hinaus in der niedersächsischen und bundesdeutschen Gedenkstättenlandschaft.

Als ich 1994 als Geschäftsführerin mit einer Halbtagsstelle dort zu arbeiten begann, gab es in dem Fachwerkhaus mit 160 qm Fläche einen Schreibtisch, eine kleine Bibliothek, deren Bestand ausschließlich von Vereinsmitgliedern gestiftet war, und ein Exemplar der Wanderausstellung zu den Jugend-KZ Moringen und Uckermark. Der Materialbestand umfasste wenige Dokumente und Zeitzeugeninterviews sowie vier Filme zum Jugend-KZ und Material zur Vereinsgeschichte. Zwei Lehrer, mit je 5 Stunden für diese Aufgabe vom Unterricht freigestellt, standen neben ehrenamtlich tätigen Vereinsmitgliedern für die Besucherbetreuung zur Verfügung. Männer- und Frauen-KZ waren zu diesem Zeitpunkt nur ansatzweise erforscht und in den Ausstellungsräumen nicht dokumentiert. Mit einem Projekt zur Erforschung dieser Lager konnten 1995-97 wichtige Forschungslücken geschlossen und eine kleine Dauerausstellung zu diesen beiden Lagern erstellt werden.

In den neunziger Jahren hat es dann auch viel Anerkennung gegeben für die KZ-Gedenkstätte im Torhaus, wo unter schwierigen räumlichen und materiellen Bedingungen gearbeitet wird. Bei dem Bemühen um die Finanzierung bescheidener Betriebskosten allerdings, um eine ausrei-

Ursula Gerecht war von 1994 bis 1999 Geschäftsführerin der KZ-Gedenkstätte Moringen und arbeitet heute als pädagogische Mitarbeiterin an der VHS Göttingen

chende personelle Ausstattung und Absicherung, wurden immer wieder die Zuständigkeiten zwischen Stadt, Landkreis und Land hin und her geschoben. Mit dem Hinweis, dass regionale Gedenkstättenarbeit letztendlich durch das ehrenamtliche Engagement von Laien getragen werde, wurde allzu häufig die Verantwortung weitergereicht.

Dass diese Bedingungen so schwierig waren und sind, dafür liegen die Verantwortlichkeiten außerhalb Moringens. Denen, die eine Handvoll engagierter Laien mit diesen wichtigen Themen alleingelassen haben, musste all zu oft der Fingerzeig auf „die Moringen“ erhalten, um von der eigenen unentschiedenen Haltung oder Untätigkeit abzulenken. Es soll hier nicht vergessen werden, dass der Landkreis Northeim, das Land Niedersachsen und auch – stellvertretend für andere genannt – die Hans-Böckler-Stiftung und die Stiftung Jugendmarke, entscheidend dazu beigetragen haben, die Arbeit der Gedenkstätte zu ermöglichen. Andererseits haben viele ihre Verantwortung für einen adäquaten Umgang nur teilweise eingelöst. Ohne die Verdienste einzelner schmälern zu wollen: Aus Sicht der Gedenkstätte haben z. B. das Sozialministerium als Rechtsnachfolger und heutiger Nutzer des KZ-Geländes, Historiker und Pädagogen, Gewerkschaften, Parteien häufig ähnlich reagiert wie manche Besucher der Gedenkstätte, die eine Art „Geisterbahn“ der NS-Gräuere erwarten (und sich, in dieser Erwartung enttäuscht, schulterzuckend abwenden). Sie hatten nicht den entscheidenden zweiten Blick für das, was auf den ersten Blick nicht sonderlich spektakulär, „nicht so schlimm“ schien. Die Bereitschaft musste und muss bei diesen und jenen erst geweckt werden, sich gerade hier auf den häufig beschwerlichen Weg zu machen zu begreifen, wie Verfolgung begann, wie vielfältig die Gründe und Formen von Verfolgung waren und dass es, auch angesichts einer unvorstellbar großen Zahl getöteter, gequälter und ihrer Freiheit beraubter Menschen an *anderen* Orten, lohnend ist, sich gerade *hier* mit dem Schicksal Einzelner zu beschäftigen.

II. Das Projekt „Jugendkonzentrationslager Moringen – Konzeption des Einsatzes Neuer Medien (Multimedia) in der Gedenkstättenarbeit mit Jugendlichen“

Mit dem Projekt „Jugendkonzentrationslager Moringen – Konzeption des Einsatzes Neuer Medien (Multimedia) in der Gedenkstättenarbeit mit Jugendlichen“ wurden spezielle Erfordernisse dieser einen Gedenkstätte und generelle Fragestellungen der Gedenkstättenpädagogik miteinander verknüpft. Es war beabsichtigt, eine Vernetzung mit anderen Gedenkstätten zu diesen Fragen herzustellen.

§ Mit einem Lagermodell und einem interaktiven Computer (Touchscreen-Station) wurde dem Missetand, dass wegen der Nutzung des Geländes durch die Psychiatrie ein Rundgang auf dem Gelände in der Regel nicht möglich ist, wenigstens zum Teil abgeholfen. Filmaufnahmen der noch vorhandenen Gebäudeteile, verknüpft mit den wenigen erhaltenen Fotos und Aufnahmen der Rekonstruktion im Modell in Verbindung mit Kommentaren und Aussagen von Zeitzeugen, ermöglichen einen Quasi-Rundgang auf dem Gelände. Touchscreen-Station und Modelle ergänzen die Ausstellung und bieten den Besuchern einen interaktiven Weg zur Annäherung an die Geschichte, der den heutigen Rezeptionsgewohnheiten entspricht.

§ Der 1997 aktuelle Stand des Einsatzes von konventionellen und Neuen Medien in deutschen Gedenkstätten wurde mit einer Fragebogenaktion erfasst, die großes Interesse fand. In der Folge bot sich die Berliner Stiftung „Topographie des Terrors“ als Kooperationspartner für eine Fachtagung zu Chancen und Problemen der Neuen Medien an (14./15.5.2002 in Berlin). Erstmals diskutierten kleine und große Gedenkstätten gemeinsam dieses Thema. Angesichts der Konkurrenzsituation, in der sich Gedenkstätten befinden, war es auch ein Stück demokratische Kultur, Wissen und Erfahrung einem großen Kreis Interessierter zugänglich zu machen.



Foto:

§ Mit der eingehenden Besprechung von CD-Roms zum Thema Nationalsozialismus wurde der Frage nach der Eignung des Mediums für die historisch-politische Bildungsarbeit mit Jugendlichen nachgegangen. Nicht zuletzt geben diese Rezensionen auch viele Hinweise für die künftige Gestaltung von Computer-Anwendungen in der Gedenkstättenpädagogik.

§ Mit der zusammenfassenden Darstellung zu Problematik und Chancen Neuer Medien für die Gedenkstättenarbeit führte Dietmar Sedlacek, der damals Projektmitarbeiter war, Literaturrecherche, Umfrageergebnisse, den Diskussionsstand der Tagung, insbesondere zum Internet, und das Ergebnis der Rezensionen (siehe hierzu S. xy).

Die Thematik „Multimedia“ erschien uns ganz besonders geeignet für eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit. Die Gedenkstätte bestand damals gerade drei Jahre. Weder in der Region Südniedersachsen noch in Gedenkstättenkreisen war sie sonderlich bekannt, und es war an der Zeit, den Widerspruch aufzubrechen zwischen der Bedeutung der Moringener Thematik und der unzureichenden Wahrnehmung – sowohl unter Historikern als auch durch ein breiteres Publikum. Bis dahin wurden auch in Fachkreisen die Moringener KZ angesichts der vergleichsweise geringen Zahl der Opfer zum Teil damit abgetan, dass „da nicht viel los gewesen sei“.

Die Resonanz auf das Projekt war erfreulich positiv. Die Absicht, die KZ-Gedenkstätte bekannter zu machen, wurde in einem nicht erwarteten Maß erfüllt. Auf dem (Um-)Weg über das Projekt wurde der Weg dazu geebnet, dass die KZ-Gedenkstätte mit ihrem spezifischen Themen endlich bundesweit Beachtung und Interesse findet.

III. Gedenken in Moringen

Offizielle Gedenktage wie der 27. Januar sind in der Gefahr, die Funktion von Absolutionsinstanzen zu erhalten. Ritualisiertes Gedenken an „Kranzabwurfstellen“ kann an die Stelle lebendiger Auseinandersetzungen mit der NS-Geschichte treten, und der Verweis auf diesen Tag droht zur Rechtfertigung des Schweigens an 364 weiteren Tagen des Jahres zu werden. Zudem könnte der Blick auf das unfassbare Entsetzen in Auschwitz den Blick auf die alltägliche Verfolgung und Unterdrückung verstellen, könnte Opfergruppen ausgrenzen, Gedenkhierarchien implizieren. Die Ausrichtung des Blicks birgt die Gefahr einer Einengung des Gesichtsfeldes.

Die Auseinandersetzungen um den Umgang mit der Geschichte von drei Konzentrationslagern hat in den achtziger Jahren Moringen bekannt gemacht als Paradebeispiel für schwere Konflikte zwischen Antifaschisten und ewig Gestrigen. Die Tatsache, dass die „in Sachen Aufarbeitung“ handelnden Personen im sozialen Gefüge einer



Foto:

Kleinstadt verwurzelt waren und sind, hat professionelle Distanz häufig erschwert. Andererseits können gerade an diesem „Mikrokosmos“ Kleinstadt mit seinen gleichermaßen überschaubaren, wie schier unentwirrbar verwickelten Strukturen die oft so schnell und überzeugend formulierten Forderungen nach dem adäquaten Umgang mit NS-Geschichte auf ihren Realitätsbezug, ihre Praxistauglichkeit hin überprüft werden. Mit dem Aussterben der Opfer und Täter geht eine Tendenz zur Verallgemeinerung des Themas einher. Das konkrete Interesse, das gerade die Kinder und Enkel von Opfern und Tätern an einer Auseinandersetzung mit der Geschichte haben, hat hier einen Ort, wo es nicht unversehens zur Privatangelegenheit degradiert wird.

Verschiedene Faktoren erschweren die Arbeit jedoch bis heute und erfordern besondere Lösungen:

Das ehemalige KZ-Gelände wird vollständig vom niedersächsischen Landeskrankenhaus für forensische Psychiatrie genutzt und ist nur ganz eingeschränkt für Besucher ausnahmsweise zugänglich.

Ein Großteil des Lagergeländes ist mit Neubauten überbaut.

Die historischen Gebäude sind innen entsprechend den Erfordernissen der modernen Psychiatrie vollständig umgestaltet.

Gegenstände aus den drei KZ, die den Lageralltag „begreifbar“ machen, sind kaum erhalten. Es existieren lediglich einige Handarbeiten aus dem Frauen-KZ und verschiedene Briefe von Gefangenen der Lager.

Die räumliche Enge in der Gedenkstätte mit nur etwa 80 qm Ausstellungsfläche schränkt die Gestaltungsmöglichkeiten erheblich ein. Schon mit Gruppen von 30 Personen ist die Enge kaum zumutbar.

Die Erwartungen vieler Besucher an den Gedenkstättenbesuch müssen so zunächst enttäuscht werden. Anknüpfungspunkte zum unmittelbaren Erleben von Geschichte ergeben sich unter diesen Bedingungen kaum. Um so mehr ist der Erfolg eines Besuches von den pädagogischen Fähigkeiten der Mitarbeiter abhängig.

Weil während des Bestehens der Lager diese mit dem Kleinstadtalltag quasi „verschmolzen“, bedarf es heute sachkundiger Führung, um die Spuren der Vergangenheit in der gegenwärtigen Kleinstadt-Alltäglichkeit für Besucher sichtbar zu machen. Es gibt keine spektakulären Relikte, nicht unfassbar viele Opfer. Aber gerade in dieser „Fassbarkeit“ liegt eine Chance, dass die Besucher – hauptsächlich Jugendliche – sich einlassen können auf das Geschehen und eine wirkliche Auseinandersetzung stattfindet. Ganz besonders hervorzuheben ist, dass dies gerade auch für Gruppen benachteiligter Jugendlicher zutrifft, die unter der Prämisse „Prävention gegen Rechtsradikalismus“ die Gedenkstätte besuchen.

Ca. 80 % der Besucher der Gedenkstätte sind Jugendliche (Schulklassen und Jugendgruppen). Jugendliche Besuchergruppen nutzen in der Regel das Angebot von ca. dreistündigen Führungen, deren Programm auf Altersstufe und Vorkenntnisse abgestimmt wird.

Eine Besonderheit ist, dass die Gedenkstätte über den Ort Moringen hinaus mit einer Wanderausstellung zu den Jugend-KZ Moringen und Uckermark seit 1993 viele Menschen in ihren Heimatorten erreicht. Mehr als 250.000 Besucher

haben in vielen Orten in der Bundesrepublik und Österreich die Ausstellung gesehen. Seit 1998 liegt sie auch in einer italienischen Übersetzung vor. Der Ausstellungskatalog wird von Pädagogen auch unabhängig von der Ausstellung als Unterrichtsmaterial genutzt. Dies wird auch dadurch dokumentiert, dass er bisher in einer Auflage von 15.000 Exemplaren erschienen ist.

IV. Eine Gedenkstätte – für wen?

Die Gedenkstätte ist ein Ort der Erinnerung, der Vermittlung von Geschichte an Menschen der zweiten, dritten Generation „danach“. Die bewegendsten und nachhaltigsten Eindrücke haben sicher die Schulklassen und Jugendgruppen, die hier Zeitzeugen, ehemalige Häftlinge getroffen haben. Wir danken all den „Ehemaligen“, die Zeit und Kraft einsetzen für diese Aufgabe, und auch denen, die vor 10 Jahren mitgeholfen haben bei der Entstehung der Gedenkstätte, damals, als der Verein noch geprägt war durch die kontinuierliche Mitarbeit der Opfer. Inzwischen haben wir uns von vielen Weggefährten verabschieden müssen, die diese Gedenkstätte mit gestaltet und als „ihre“ erlebt haben. Die Gedenkstätte soll ein Ort für die ehemaligen Häftlinge sein, ein Ort der Würdigung ihres Schicksals und der Erinnerung an ihre Mitgefangenen. Wie zwiespältig das Verhältnis der ehemaligen Häftlinge zu Moringen ist, zeigen zwei Aussagen von Überlebenden des Jugend-KZ: Wolfgang Grunewald sagte in einem Interview: „Ich komme immer wieder nach Moringen, in diese Stadt, ... mit Widerwillen, mit Widerwillen.“¹ Und Leopold Mraz, der schwerkrank, geh- und sehbehindert viele Beschwerden auf sich nahm, um aus dem Elsaß zu den jährlichen Treffen der ehemaligen Häftlinge zu reisen, sagte 1992: „Ich wollte doch noch einmal kommen, wollte die Kameraden treffen, wollte wissen, wie sie alle ausschauen und wie es ihnen ergangen ist...“². Das Bedürfnis der Mitglieder der Lagergemeinschaft, die schrecklichen Erinnerungen an die Zeit in Moringen mit Leidensgenossen zu teilen, das Bedürfnis nach Entlastung, wird am Ort der Leiden erfüllt. Ausgerechnet hier ist es möglich, angesichts der Erin-

nerungen auch menschliche Nähe, Verständnis und die Geborgenheit in einer Gruppe vertrauter Menschen zu erleben. Und so sind „die Moringen“ für die ehemaligen Häftlinge heute auch Gastgeber, Betreuer und geduldige Zuhörer. Die Gedenkstätte ist das sichtbare Zeichen dafür.

Ursula Gerecht, Göttingen

¹ Norbert Westenrieder: „Störenfriede nach Block S“ Dokumentarfilm. WDR 1992.

² Gisela Ellenberg: „Als wenn nie etwas gewesen wäre“. Dokumentarfilm. NDR 1991.

Aber, das ist doch schon so lange her...

Josef Pröll ist der Sohn von
Anna Pröll, ehemaliger
Häftling des Moringener
Frauen-KZ

Wenn wir heute Veranstaltungen planen, deren Themen mit dem Naziregime von 1933–45 verbunden sind, werden wir uns immer wieder bewusst, wie wenig Zeitzeugen es noch gibt, die sich im „offenen Gegensatz zur damaligen Zeit befanden“, und den „Mut hatten, laut NEIN zu sagen“, wie es Kurt Tucholsky einmal formulierte.

Viele haben es, bewusst oder unbewusst, versäumt, mit den Menschen des Widerstandes über deren Erlebnisse und Geschichten zu sprechen. Viele hatten auch keinen Zugang zu ihnen.

Bei mir ist es anders. Ich gehöre zu einer kleinen Minderheit der Nachkriegsgeneration, die die Geschichte der Eltern, die Geschichte der Familie scheinbar schon mit der Muttermilch in sich aufgenommen hat.

Lange habe ich nicht gewusst, warum ich z.B. auf die ungerechte Behandlung von Menschen, auf menschenunwürdige Reaktionen im Kollegenkreis viel feinfühlicher reagiere als andere: Es hat etwas mit der Verfolgung, der Demütigung, der Ermordung, der Beleidigung der eigenen Familie zu tun.

„Aber Herr Pröll, das ist doch so lange her, das sollten sie doch einmal vergessen“, sagte die junge Krankenschwester zu meinem Vater, als er vor 20 Jahren gebeten hatte, in ein anderes Zimmer im Krankenhaus verlegt zu werden. Er wollte Abstand zu seinem Bettnachbarn bekommen, der sich den ganzen Tag damit brüstete, Mitglied der SS gewesen zu sein.

Dabei ist es gar nicht so lange her. Nicht ganz 70 Jahre trennen uns von 1933. Und die KZ-Gedenkstätte Moringen, man glaubt es kaum, gibt es erst seit 10 Jahren.

Was war in der Zwischenzeit? Warum gibt es diese Gedenkstätte erst seit 10 Jahren?

Ich glaube, dass es der deutschen Bevölkerung im Nachkriegsdeutschland vollkommen egal war, was mit „ihren“ ehemaligen Häftlingen der Nazidiktatur geschehen ist.

Es gab zwangsläufige Begegnungen: Ein ehemaliger Mitarbeiter der politischen Polizei reicht meinem Vater bei einer 1. Mai-Demo in Augsburg die Hand zum Gruß. Der Vater: „Wieso sollte ich Ihnen die Hand geben? Sie sind mitverantwortlich dafür, dass meine beiden Brüder das Naziregime nicht überlebt haben“. „Aber Herr Pröll“, sagt der, „das ist doch so lange her“. Der „zivile“ Mitarbeiter der politischen Polizei von damals „begleitet“ die Mai-Demo der Gewerkschaften als „ziviler“ Mitarbeiter der politischen Abteilung der Polizei heute. Was mochte sich mein Vater dabei gedacht haben? Er hat es mir nicht erzählt.

Ich bin 1953 geboren. Schon mit 18 Jahren kannte ich viele KZ-Gedenkstätten. Dachau, Natzweiler, Buchenwald, dort wo der Vater 8 ½ Jahre Widerstand leistete und Aichach, direkt vor unserer Haustür, wo die Mutter in Einzelhaft war, bevor sie ins KZ Moringen verschleppt wurde. Die Großmutter wollte sie damals am Entlassungstag vor dem Gefängnistor abholen, hat sich gefreut auf ihre Tochter, die ihren 20sten Geburtstag in diesem Zuchthaus vergessen hatte. Wie groß muss die Enttäuschung gewesen sein? Die Gestapo war vor ihr da. Es war die Zeit, als Großvater noch lebte, später wurde er dann im KZ Dachau ermordet. Das werde ich nie vergessen.

Vorige Woche war eine Reporterin eines Radiosenders bei uns. Familiensendung mit Mutter und Sohn. Sie meinte, dass es für mich viel leichter sein müsste, mich mit der Vergangenheit auseinander zu setzen. Ein „Täterkind“ hätte es da bedeutend schwerer. Es müsste sich mit den negativen Eigenschaften der Eltern, mit deren Unmenschlichkeit auseinandersetzen, während es bei mir die positiven Eigenschaften, die Menschlichkeit der Eltern wären, mit der ich mich mit einem gewissen Stolz beschäftigen könnte.

„Täterkind“, diese Bezeichnung ist für mich befremdend, aber lassen wir es mal so stehen.

Ich freue mich über meine Eltern, die keine Helden sind und waren, die menschlich gehandelt haben. Aus ihrem tiefen Inneren heraus handelten sie ohne Rücksicht auf das eigene Leben. Die, die überlebt haben, hat es stark gemacht.



Viel Kraft haben sie gebraucht – bis heute. Sie waren die „Nestbeschmutzer“.

Die Frauen und Männer, die verfolgt wurden oder im Widerstand waren, konnten ihre Geschichte gar nicht erzählen, ohne zwangsläufig auf die Verbrechen der Deutschen einzugehen. Warum hätten sie die auch verschweigen sollen? Also waren sie unbequem. Und die anderen haben geschwiegen – also war dies doch bequemer, hatten sie es in der Regel leichter. Mitglied der SS waren viele. Es war „gewöhnlicher“. Deshalb konnten in meiner Volksschulklasse auch alle anderen Kinder die Lieder selbst aussuchen, die sie zur Singprobe singen wollten. Ich musste das Deutschlandlied auswendig lernen. Das habe ich nicht gemacht. Setzen!, Sechs!

Für die Nazis waren alle politischen Gegner – egal ob Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter – Marxisten. Also müssen auch die Nachkommen welche werden. So einfach ist das.

Es ist nicht leicht, mit einem nahezu widerspruchslösen Respekt vor den Eltern groß zu werden, bis man endlich lernt, dass auch sie nur Menschen sind, mit allen Fehlern und Schwächen. Ja, dass es gerade das Menschliche ist, das sie auszeichnet. Der Mut kommt von innen. Das KZ bleibt. Es überträgt sich. Du lernst zu fühlen wie ein Verfolgter.

In unserer Familie war der Blick trotz alledem immer nach vorne gerichtet.

Nach den Erfahrungen der Eltern zu handeln, ist keine reine Aufforderung mehr. Die Mahnung, das Gedenken, aktiv zu werden gegen Rechtsextremismus, die Erziehung zur Liebe unter den Menschen, gegen den Krieg wird zunächst fast zum Zwang. Später zum eigenen Lebensinhalt. Bei mir hat es dazu geführt, dass mich das Thema nicht mehr loslassen wird.

Ich habe mich nicht nur mit der Vergangenheit der Familie auseinandergesetzt, auch die Geschichte und die Geschichten anderer habe ich „sehr nah an mich heran gelassen“. Geschichten von aufrechten Menschen, mit denen ich ein Stück lernen konnte, den Bauch, das Herz und den Verstand in Einklang zu bringen. Einen kleinen Hauch vom langen Atem habe ich – so scheint es – auch mitbekommen. Und den Traum von einer friedlicheren Welt, den sollten wir uns alle erhalten, damit wir unseren Kindern nicht nur starke Wurzeln und Flügel mitgeben können, sondern auch ein Stück Geschichte, für die es noch immer wert ist zu kämpfen.

Josef Pröll, Augsburg

Ein KZ in Moringen

ÜBER FAMILIÄRE UND PERSÖNLICHE NACHWIRKUNGEN IN SIEBZIG JAHREN

Hugo Rübesamen ist
pädagogischer Leiter der
Politischen Memorial e.V.
in Schwerin

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer eines bundesweiten Gedenkstättenseminars im Frühjahr 1997 sitzen am ersten Tag im Kreis und stellen sich vor. Sie nennen ihre Namen und sagen, woher sie kommen, welche Schwerpunkte sie in ihrer Arbeit und welche Probleme sie zu bewältigen haben. Eine ausdrucksstarke und engagierte junge Frau sagt, sie kommt von der KZ-Gedenkstätte Moringen. Ich schaue auf. Moringen, ein Ort, der in der Geschichte unserer Familie seine Bedeutung hat. Im KZ Moringen war mein Großvater 1933 Häftling.

Meinen Großvater, dessen Name ich trage, habe ich nicht persönlich kennen lernen können. Ich wurde Ende 1947 geboren. Mein Großvater, Hugo Rübesamen, starb am 14. Februar 1943 an den Folgen seiner politischen Haft und der schweren körperlichen Misshandlungen im Konzentrationslager Moringen.

Er wurde am 25. Oktober 1895 in Goslar/Harz geboren. Zunächst durch sozialdemokratische Traditionen in der Familie geprägt und gewerkschaftlich organisiert, hatten die Ereignisse im November 1919 und danach besonders der Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht großen Einfluss auf seine politischen Grundüberzeugungen. Hugo Rübesamen wurde aktives Mitglied der KPD und kandidierte für seine Partei bei den Gemeindewahlen am 17.11.1929 in Goslar, wie schon 1924, da gemeinsam mit seiner Ehefrau Barbara.

Barbara und Hugo Rübesamen heirateten am 25. Januar 1922 in Goslar und haben zwei Kinder, Tochter Waltraut und Sohn Hugo. Meine Großeltern nannten ihren Sohn als Junior auch Hugo und der – als mein Vater – seinen später Erstgeborenen, also mich, nach seinem Vater.

1930 bis Anfang 1933 verschärften sich die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Organisationen der SPD und der KPD auf der einen Seite und der SA auf der anderen Seite. Veranstaltungen der Sozialdemokraten und Kommunisten in größeren Sälen mit mehreren hundert Teilnehmerinnen und Teilnehmern wurden von Anhängern und Mitgliedern der NSDAP und der SA zur

offenen Konfrontation genutzt, die nicht selten zu Handgreiflichkeiten führte. So offensichtlich auch am 15. Februar 1933 in Oker/Harz. Dabei wurde ein SA-Mann verprügelt und entwaffnet. Einer der „Täter“ soll mein Großvater gewesen sein. Es folgten verschiedene Hausdurchsuchungen, die nach dem Reichstagsbrand am 27. Februar 1933 deutlich verschärft wurden. Anfang April 1933 wurde Hugo Rübesamen in Untersuchungshaft genommen, zunächst in Goslar.

Das Gefängnis in Goslar liegt am Fuße einer Erhebung, auf der die berühmte Kaiserpfalz steht. Das Fenster der Zelle, in welcher mein Großvater eingesperrt war, war von dieser Erhebung aus zu sehen. Mein Vater erzählte später oft davon, wie er als 8jähriger Junge dort stand und darauf wartete, dass sein Vater zur verabredeten Zeit mit einem Taschentuch winkend ein Zeichen gab.

Um Kontakte zu Mithäftlingen zu unterbinden, wurde mein Großvater vier Wochen später nach Hildesheim gebracht. Nach entsprechender Haftprüfung musste das Verfahren gegen ihn und weitere Mitbeschuldigte aufgehoben werden. Sie wurden nun in sogenannte „Schutzhaft“ genommen und dann nach Hannover verlegt, um am 21. Juni 1933 als Häftlinge im Konzentrationslager Moringen anzukommen. Es war der Tag des Beginns des Hungerstreiks im KZ Moringen, der am 26. Juni endete, nachdem eine Kommission der Provinzialregierung die Forderungen der streikenden Häftlinge zur Kenntnis nahm. „Sie akzeptierten und ließen uns vier Wochen in Ruhe“, berichtete später der Häftling August Baumgarte.

In dieser Zeit lernten sich mein Großvater und August Baumgarte kennen. Diese Begegnung hatte ihre Auswirkungen auf weitreichende Entscheidungen in unserer Familie, auf die einzugehen ich später nicht umhin komme. Dieses „in Ruhe lassen“ war trügerisch. Am 26. Juli 1933 übernahm die 12. SS-Standarte Hannover die gesamte Bewachung des Lagers. August Baumgarte schrieb in seinen Erinnerungen: „Was sich nun abspielte, ist unbeschreiblich. Jeden Tag wurden mehrere Razzien durchgeführt. Jeder, der den SS-Banditen nicht passte, wurde im Bunker durchgeprügelt.“ Unter

diesen Misshandlungen hatte auch mein Großvater zu leiden. Sein Mithäftling Hermann Wenskowski berichtete später in seinen persönlichen Aufzeichnungen, dass seinem Kameraden Hugo Rübesamen im KZ-Lager Moringen die rechte Niere abgetreten wurde. Hermann Wenskowski schrieb in diesem Zusammenhang: „Ein großer Teil der politischen Insassen, welche durch die erlittenen Misshandlungen schwer leidend geworden waren, wurde dem KZ-Lager Oranienburg zugeführt.“ Am 29.11.1933 wird unter der Kartei Nr. 1865 mein Großvater im KZ Oranienburg als aufgenommen registriert.

Sein gesundheitlicher Zustand ist sehr schlecht, so dass er ganz schnell auf der Grundlage einer Verfügung des Ministeriums des Innern, Berlin, zur „Entlassung von Schutzhäftlingen“ an die Kreispolizeibehörde des Landratsamtes in Goslar amnestiert wird. Er hat eine Erklärung zu unterschreiben, dass er sich u.a. „nie gegen den neuen Staat oder seine Einrichtungen in Rede und Schrift wenden werde“, und wird am 18.12.1933 unter entsprechenden Auflagen nach Hause entlassen. In den nächsten Jahren stand er unter Polizeiaufsicht, musste sich regelmäßig melden und wurde verschiedentlich zwangsarbeitsverpflichtet. Am 14. Februar 1943 starb mein Großvater in Goslar an den Folgen der Misshandlungen, die er vor allem während seiner Inhaftierung im KZ Moringen erleiden musste.

Hermann Wenskowski beschrieb in seinen Erinnerungen, dass für ihn und seine Familie, auch wenn er nur ein Jahr in zwei Konzentrationslagern war (er kam von Moringen nach Esterwegen), danach Unterdrückung und menschenunwürdige Behandlung das Leben bestimmten. Das galt auch für meinen Großvater und seine Familie, die trotz der Gefahren die Solidarität von Genossen und Freunden zu spüren bekamen und selbst praktizierten. Das hatte prägende Wirkung auch für meinen Vater.

Keine vier Wochen nach dem Tod seines Vaters, beendete mein Vater am 10. März 1943 seine Bergmannslehre im Erzbergwerk Rammelsberg in Goslar und erhielt den Knappenbrief. Danach wurde er zur Kriegsmarine eingezogen. Er überlebte



Foto:

den 2. Weltkrieg und kehrte nach kurzer englischer Kriegsgefangenschaft Mitte August 1945 nach Goslar zurück. Erst jetzt wurde ihm der Verlust des Vaters spürbar bewusst, und er beschloss, sein Erbe auch politisch anzutreten.

Meine Großmutter, Barbara Rübesamen, beteiligte sich aktiv an der Gründung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) im Bereich Goslar. In dieser Verbandsarbeit traf sie wieder auf August Baumgarte, der in Moringen Mithäftling ihres Mannes war und in Hannover zu den Gründern der dortigen VVN gehörte. So lernten sich auch August Baumgarte und mein Vater kennen.

Es soll hier noch erwähnt sein, dass meine Eltern am 31.10.1946 in Goslar heirateten. Mein Vater begann in seinem Beruf als Bergmann im Erzbergwerk Rammelsberg, im Dezember 1947 wurde ich geboren und vier Jahre später mein Bruder Dieter.

Der politische Einfluss von August Baumgarte, der seit 1947 im Landesparteivorstand der KPD wirkte, auf meinen Vater war groß. Diesem Mann, der in der NS-Zeit Vieles erleiden musste, der standhaft blieb und der mit seinem Vater im KZ Moringen war, vertraute er. Von den Kumpeln auf dem Rammelsberg als einer ihrer Vertreter gewählt, betätigte sich mein Vater politisch zunächst in der Gewerkschaft. Doch zunehmend ergaben sich auch Probleme in der Vereinbarkeit der Linie einiger Gewerkschaftsfunktionäre und seiner politischen Überzeugungen, so dass die Parteiarbeit Schwer-

punkt wurde. Mit dem 31.12.1951 endete seine Arbeit, zuletzt als Lehrhauer, im Goslarer Erzbergwerk. Zwei Dinge, wie er später sagte, sollten für sein Handeln bestimmend werden: Gerechtigkeit und Solidarität.

Kritisch beobachtete er die aktuelle Politik und wollte nicht akzeptieren, dass ehemalige Nazis „davonkamen“ bzw. in verschiedenen Ämtern saßen oder verblieben waren, auch solche, die mitverantwortlich dafür waren, dass sein Vater ins KZ nach Moringen kam. Er verurteilte die Pariser Verträge vom Oktober 1954, die für ihn faktisch die militärische Wiederaufrüstung in der Bundesrepublik bedeuteten. Er empfand es als Unrecht, als 1956 die KPD verboten wurde. Er unterstützte alle Bemühungen zur Aufhebung dieses Verbotes und hielt seine Kontakte z. B. zu August Baumgarte und anderen Genossinnen und Genossen aufrecht. Daraus folgte, dass er, im Blickfeld von Polizei und Justiz stehend, in Untersuchungshaft genommen wurde.

Nachdem August Baumgarte im September 1957 wegen Zuwiderhandlung gegen das KPD-Verbot verhaftet wurde, kam es bei uns zu Hause in Goslar zu einer Hausdurchsuchung, die aber wohl keine Ergebnisse brachte. Am 18. November 1957 wurde mein Vater dann in die Untersuchungshaftanstalt Hannover eingewiesen und erst nach Weihnachten, am 27. Dezember, wieder entlassen.

Diese Zeit und Umstände haben sich bei mir eingepreßt: Die Durchsuchung unserer Wohnung durch Polizisten in Uniform und in Zivil, später die Verhaftung des Vaters und dann Weihnachten ohne ihn. In der DDR gab es zu dieser Zeit im Rundfunk Solidaritätskonzerte „für die in der BRD widerrechtlich inhaftierten Patrioten“, wie es hieß. In diesen Sendungen wurde unsere Familie genannt mit dem Ergebnis, dass eine nie gekannte Menge von Briefen und Päckchen bei uns in Goslar ankamen. Das hat uns sehr geholfen. Nach Weihnachten mussten sie Vater entlassen und ich war glücklich, auch weil er nun doch zu meinem zehnten Geburtstag zu Hause war.

Es waren die Genossen um August Baumgarte, die meinen Vater warnten. Man habe wohl Beweise

für eine illegale Tätigkeit und es stünde eine unmittelbare Verhaftung bevor. So wurde die Flucht in die DDR von den Freunden umgehend organisiert. Die Flucht gelang. Am 16. März 1958 gingen wir, meine Eltern, mein Bruder und ich, bei Helmstedt zu Fuß über die Grenze in die DDR. Die Polizei fand etwa vier Stunden später unsere Goslarer Wohnung verlassen vor.

In der DDR angekommen, wurden wir nicht etwa freundlich empfangen. Offensichtlich funktionierte der Informationsfluss nicht problemlos. Aus der Sicht entsprechender SED-Funktionären hätte mein Vater allein kommen sollen. Dass er seine Familie mitgebracht hatte, wäre ein Verstoß gegen die Parteidisziplin. Neue Konflikte, nun ganz anderer Art, deuteten sich an.

Für meinen Bruder und mich tat sich eine andere Welt auf. Unsere Eltern bemühten sich, uns zu erklären, dass dies eine Gesellschaft ist, für die unser Großvater eingetreten sei und für die er im KZ gelitten hat. Ich war stolz auf meinen Großvater, ging gern zur Schule und glaubte meinen Lehrern, auch wie sie den 13. August 1961 erklärten.

Meine Großmutter blieb in Goslar allein zurück. Ihre Tochter Waltraut ging schon bald nach dem Kriegsende mit ihrem Mann, der aus Mecklenburg stammte, dorthin. Und nun war auch ihr Sohn mit ihren Enkeln im anderen Teil Deutschlands. Inzwischen war 1959 ihre Enkeltochter, die nach ihr Barbara benannt wurde, geboren.

Zur Jahreswende 1965/66 verschlechterte sich der Gesundheitszustand meiner Oma sehr. Sie wollte zu ihren Kindern. Die Freunde von der VVN in Goslar betreuten sie so gut sie konnten und organisierten den Transport in die DDR, wo sie bei ihrer Tochter wohnen konnte. Unsere Wohnung war viel zu klein, und es bestand trotz vieler Bemühungen keine Aussicht auf eine größere Wohnung, um meine Oma bei uns aufnehmen zu können.

Die Freude über das Zusammensein war leider nur kurz. Sie verstarb am 24. Mai 1966. Ihr Grab gehört noch heute zu den wichtigen Orten, die ich bei jeder Gelegenheit aufsuche.

Der Tod meiner Oma fiel in die Zeit meiner Abiturprüfungen. Ich hatte mich entschieden und wollte Lehrer werden. Im September 1966 begann ich mit dem Studium.

Ein vorläufiges letztes Zeichen von der VVN aus Goslar bekamen wir im Herbst 1968. Ich weiß nicht mehr, auf welchem Wege und warum auch erst zu dieser Zeit wir die Aufzeichnungen von Hermann Wenskowski erhalten haben. Hermann Wenskowski schrieb im Februar 1964 unter dem Titel „Die antifaschistische Widerstandsbewegung im Harz. Persönliche Erlebnisse“ seine Erinnerungen. Dadurch wird seit diesem Zeitpunkt der Leidensweg meines Großvater durch weitere Hinweise belegt, dennoch war Moringen für uns weit weg, und weitere Spuren waren nicht zu finden.

Wir waren keine aus der Bundesrepublik Geflohenen mehr, sondern Bürger des anderen Staates in Deutschland. Für eine Betrachtung dieser Zeit ist hier nicht der Platz. Diese Zeit war sehr vielschichtig, sie hatte widersprüchliche, schwere, aber auch schöne Seiten. Für meinen Vater setzten sich die Konflikte mit entsprechenden Funktionären fort. Er war überwiegend in der Gewerkschaft tätig; von seinen Kollegen gewählt, nahm er ihre Interessenvertretung sehr ernst. Diese ständigen Auseinandersetzungen waren nicht ohne gesundheitliche Folgen. Mit 44 Jahren erlitt er seinen ersten Herzinfarkt. Das hinderte ihn nicht, sich weiter gegen alles zu wenden, was er als ungerecht empfand. So war er von seinen Eltern erzogen worden, für ihn gab es keine faulen Kompromisse. Nach weiterer Verschlechterung seines Gesundheitszustandes wurde er Anfang der 80er Jahre Invalidenrentner. Die Zeit danach nutzte er auch dafür, sein geliebtes Goslar wieder zu besuchen. Aber ihm blieb keine Zeit mehr, am 26. Dezember 1986 ist er gestorben.

Ich hatte mich in der DDR eingerichtet, mein Studium beendet, eine Familie gegründet und als Pädagoge gearbeitet. Dennoch, die Konflikte, in denen mein Vater verwickelt war, und eigene Beobachtungen und Erlebnisse schufen ein gewisses Unbehagen und Zweifel. Auf der einen Seite war es ein Land, welches solidarisch mit Vietnam, dem Chile von Salvador Allende oder mit Nelson Mandela war, auf der anderen Seite standen der Umgang z. B. mit

dem Prager Frühling und vor allem mit „unangenehmen“ Meinungen, Kritiken und Fragen. Es entwickelte sich der Wunsch nach Veränderungen, hin zu einer zunächst vermeintlich besseren Gesellschaft in der DDR. Den Herbst 1989 hat mein Vater nicht mehr erlebt.

Mit dem 3. Oktober 1990 gab es keine zwei Staaten mehr in Deutschland, aber für die nun „neuen Bundesländer“ viele Veränderungen. Neue persönliche Orientierungen wurden notwendig, auch für mich. In Mecklenburg-Vorpommern wurde 1996 eine Projektgruppe Gedenkstättenarbeit berufen. Ich hatte in den Jahren zuvor in verschiedenen touristischen und kulturhistorischen Projekten mitgearbeitet und wurde nun Mitarbeiter in der Projektgruppe Gedenkstättenarbeit. Sehr schnell hatte unsere Projektgruppe Kontakte zu Stiftungen, Vereinen, Initiativen und Interessengemeinschaften in den anderen Bundesländern und nimmt regelmäßig an den bundesweiten Gedenkstättenseminaren teil. So hörte ich, wie schon beschrieben, wieder von Moringen. So schloss sich ein Kreis, der 1933 seinen Anfang hatte, in der dritten Generation.

Die Gedenkstätte KZ Moringen konnte auch erst 1993 eröffnet werden. Jetzt zum 10jährigen Bestehen, 70 Jahre nach Einrichtung des KZ, fragten mich die Freunde der Gedenkstätte, ob ich einen persönlichen Beitrag für eine entsprechende Broschüre schreiben würde. Ich hatte überlegt, denn so ein Beitrag fordert eine sehr persönliche Bilanz, die persönlich bleiben sollte. Es ist schon so, vom KZ Moringen ausgehend, wurden persönliche Wege und Handlungen in vielen Familien bestimmt, auch in meiner.

Geschrieben habe ich diesen Beitrag letztlich aus zwei Gründen: Erstens soll es so sein, dass mein Großvater nicht mehr zu den vielen namenlosen Häftlingen gehört und zweitens möchte ich den Freunden und Kollegen von der KZ-Gedenkstätte Moringen zum 10jährigen Bestehen gratulieren und ihnen für ihre engagierte Arbeit danken.

Hugo Rübesamen, Schwerin

Wie heißt du? Krack? Wo kommst du her? Aus Moringen? – Bei deinem Großvater war ich im KZ gesessen!

Justine Wazansky-Krack ist die Enkelin von Hugo Krack (Werkhaus- und KZ-Direktor in Moringen). Sie lebt heute in Süddeutschland und ist Mitglied der Lagergemeinschaft und Gedenkstätte KZ Moringen e.V.“

Fast 30 Jahre hatte ich Probleme, meine Heimatstadt, in der ich meine Kindheit und Jugend verbrachte, wieder einmal zu besuchen. Heimlich, mit beklemmendem Gefühl bin ich öfters bei Fahrten in den Norden von der Autobahn abgebogen und durchgefahren. Verstohlen habe ich um mich gesehen, ob sich hier wohl in all den Jahren etwas verändert hätte.

Als Tochter des Landarztes Niels Krack und als Enkelin von Hugo Krack verlebte ich meine ersten 16 Jahre in dieser Stadt. Ich besuchte den evangelischen Kindergarten und 10 Jahre lang die dortige Grund- und Realschule. In dieser Stadt galt derjenige etwas, der etwas war wer ,darauf hatte man Rücksicht zu nehmen.

Ich, als Enkelin des Herrn Direktor vom Werkhaus, wie er genannt wurde, und als Tochter des Herrn Doktor, spürte das täglich. Mit wem ich befreundet war, neben wem ich im Kino saß, was ich tat, all das wurde aufs Genaueste registriert. Das bewegte offensichtlich die Gemüter. Anscheinend gab es sonst nichts Wichtiges, mit dem man sich beschäftigen müsste.

In der Schule lernten wir viel über unsere Heimat, über die Römer, die Griechen und was sonst noch so im Lehrplan stand, nur über die Zeit von 1918 bis 1945 hörten wir fast nichts. 'Hitler schien wie eine Krankheit, gegen die man sich nicht wehren konnte, über das arme Deutschland hereingefallen zu sein. Immerhin hat er die Autobahnen gebaut, ach ja und dann sind leider auch noch so viele Juden umgebracht worden! In Moringen gab es offensichtlich von all dem nichts. Über diese Zeit wurde auch nicht weiter gesprochen, weder in der Schule noch im Konfirmandenunterricht noch in der Presse und schon gar nicht in der Familie.

Das Werkhaus, wie es auch nach 1945 noch im Ort genannt wurde, liegt mitten in der Stadt – ich wusste nur, dass mein Opa da vor und nach dem Krieg Direktor war und dass darin sogenannte arbeitsscheue und asoziale Menschen untergebracht waren, die eingesperrt werden mussten.

Mit diesem Wissen und einem Gefühl, sich gegen diese verkrustete Lebensweise in einer Kleinstadt

auflehnen zu müssen, verließ ich 1966 die Stadt, zu der mich auch familiäre Beziehungen nicht mehr hinzogen.

In der Großstadt Nürnberg bekam ich Kontakte zu anderen Jugendlichen. Durch mehr Informationen über die jüngere Geschichte Deutschlands erfuhr ich mehr und mehr über die Zeit des Faschismus. Ich lernte Frauen und Männer des antifaschistischen Widerstandes kennen. Sie vermittelten mir ein anderes Bild über die Zeit vor und während des Faschismus und seine politischen und wirtschaftlichen Ursachen. Ich besuchte die KZ-Gedenkstätten in Dachau und Buchenwald und erlebte Ende 1969, wie sich die faschistische NPD bei der Bundestagswahl wieder ganz legal und unter Polizeischutz an die Öffentlichkeit wagen konnte. Das wollte ich schon in Achtung vor den vielen von den Faschisten ermordeten Menschen und in Anerkennung des Widerstandskampfes der vielen mir persönlich bekannten Menschen nicht einfach hinnehmen. Dagegen musste ich aufstehen und etwas tun. Demonstrationen gegen die immer frecher auftretenden faschistischen Parteien waren ein Weg, aktives politisches Handeln war die Konsequenz. Darum trat ich auch ganz bewusst 1969 in die Partei ein, in der die konsequentesten und aktivsten Antifaschisten organisiert waren und sind, die Deutsche Kommunistische Partei DKP.

Als ich mich dort bei meinem ersten Parteitreffen vorstellte, sagte auf einmal eine Genossin (Hilde Faul-Gerber) zu mir:

„Wie heißt du? Krack? Wo kommst du her? Aus Moringen? – Bei deinem Großvater war ich im KZ gesessen!“

Ich war geschockt! Mein Großvater ein KZ-Direktor? In dem kleinen Moringen mitten in der Stadt ein Konzentrationslager? Und ich wusste nichts davon? Eine Familie und eine Stadt hatten einfach einen Teil der Geschichte, die unangenehm für sie war, ausgeblendet und konnten mit ganz ruhigem Gewissen damit weiterleben? Ich konnte das nicht!

Fragen stellten sich mir: Was haben sie mir noch alles verheimlicht? Was ist da passiert? Welche Verbrechen wurden von meiner Familie und von



Foto: Familie Krack

den Menschen in Moringen begangen? Welche Schuld traf mich? Welche Verantwortung habe ich, die ich doch erst 1950 geboren wurde und von all dem nichts wusste?. Aber ich kam aus einer Familie, die somit Täter und keine Opfer des Faschismus waren. Gibt es eine "Sippenhaftung" oder Vererbung dieser Schuld, wie mein Vater das für andere Leute immer gerne behauptete?

Ich wollte mich beschämt zurückziehen, aber meine Genossinnen und Genossen, vor allem die Genossin Hilde Faul-Gerber ließen mich nicht alleine. Wir führten viele Gespräche. Ich erfuhr, dass 1933 das Werkhaus zu einem Konzentrationslager umgewandelt wurde, dessen Direktor mein Großvater blieb. Es wurde das 1. deutsche Frauen-KZ. Dort waren kommunistische Frauen, die bereits Folterungen, Gefängnis und Einzelhaft hinter sich hatten, neben Jüdinnen, Zeugen Jehovas und anderen unerwünschten Bevölkerungsgruppen eingesperrt. Junge Mädchen, denen man die Jugend genommen hatte. Mütter, die man von ihren Kindern getrennt hatte. Frauen, die sterilisiert wurden. (Ja, auch mein Großvater nahm sich das Recht heraus zu entscheiden, welche der Frauen jemals Kinder haben dürften.) Ich erfuhr über das Leben im Lager Moringen, über die Unterbringung, die Arbeit, welche die Frauen verrichten mussten (z.B. die Aussteuer für meine Tante nähen), über meinen Großvater und seinen Umgang mit den Häftlingen und das Verhalten der Wärter und Wärterinnen, die zum größten Teil Moringen waren. Ich lernte auch noch viele andere Frauen kennen, die

in Moringen eingesperrt waren, weil sie aktiv gegen den Faschismus gekämpft hatten, statt wie so viele den Mund zu halten und sich mit den Faschisten zu arrangieren. Das Frauenkonzentrationslager Moringen wurde zu klein für die vielen eingesperrten Frauen. Die Lager Lichtenburg und dann Ravensbrück wurden eingerichtet. Diese neuen großen Lager entsprachen mehr den Anforderungen der herrschenden Faschisten und waren für die Massenunterbringung und Vernichtung geeigneter. In Moringen quälte man in Zukunft Jugendliche, die sich nicht problemlos wie Schafe den braunen Reihen zuordnen ließen.

Gerade Häftlinge von Moringen und nicht meine Familie waren es, die mit mir über eines meiner größten Probleme redeten – bin ich mitverantwortlich für die Verbrechen, die von meiner Familie begangen wurden, und welche Verantwortung habe ich als Enkelin eines KZ-Direktors?

Ich weiß nun welche Verantwortung ich habe!

Im Jahr 2000 nahm ich zum ersten mal am Treffen der Häftlinge von Moringen teil. Ich lernte nun auch die noch lebenden ehemaligen Häftlinge des Jugend-KZ kennen. Ich spürte die Ablehnung, die die Moringen den Häftlingen entgegenbrachten. Beschämend war und ist die geringe Beteiligung der Moringen an den öffentlichen Veranstaltungen anlässlich dieser Treffen. Viel Mut erforderte es von mir, bei der Vorstellungsrunde aufzustehen und zu sagen „ich bin die Justine Krack, die Enkelin des KZ-Direktors, und ich bin hier, weil ich mich hier-

mit ganz öffentlich von den Taten meiner Familie distanzieren."

Die Häftlinge von Moringen, die tapferen Frauen und Männer, die sich nicht gedankenlos dem herrschenden System unterordneten und arrangierten, die noch lebenden, die jedes Jahr bei ihrem Treffen an das Gewissen meiner Heimatstadt appellieren, sich zu seiner Geschichte zu bekennen, und die Achtung der vielen Ermordeten von Moringen haben es mir ermöglicht, nicht mehr heimlich, sondern mit erhobenem Kopf in dieser Stadt zu sein. Es ist mir auch besonders wichtig, jedes Jahr zu den Treffen der ehemaligen KZ-Häftlinge von Moringen zu kommen.

Meine Erfahrungen mit der Geschichte Moringens haben gezeigt: geschichtliche Zeiträume können nicht einfach ausgeblendet werden, weder in einer Familie noch in einer Stadt noch in einem Land. Geschichte kommt auch nicht von irgendwoher, sondern sie ist immer das Ergebnis handelnder Menschen. Faschismus war auch nicht nur der Rattenfänger Hitler, sondern er hatte wirtschaftliche Ursachen, gestützt auf das Großmachtstreben der deutschen Industrie und ermöglicht durch das aktive oder passive Mitmachen der vielen Menschen. Sie hofften vielleicht nur auf einen Arbeitsplatz oder ein bisschen Karriere und nahmen dafür in Kauf, dass andere Menschen eingesperrt, gefoltert und ermordet wurden. Jeder, der wegsah, wenn der Arbeitskollege, die Nachbarin, der Klassenkamerad abgeholt wurde, und nichts dagegen tat, hat eine Mitverantwortung. Jeder, der die Häftlinge in Moringen ankommen sah, der sie bewachte, der sie durch den Ort ziehen sah, der sie sich zum Arbeiten auslieh oder der ihre Leichen gesehen hat, ist mitverantwortlich. Jeder, der diese Mitverantwortung verdrängt oder verschweigt, kann seinen Kindern und Enkeln auch nicht die Lehren vermitteln, die er hoffentlich aus seiner und der Geschichte seiner Stadt oder seines Landes gezogen hat. Nur wenn zukünftige Generationen wissen, warum es den Faschismus in Deutschland gab, warum so viele Menschen mitgemacht haben und wie die Mechanismen des Faschismus waren, sind sie in der Zukunft hoffentlich rechtzeitig in der Lage, Parolen

wie „Ausländer raus“ und „Deutschland den Deutschen“ richtig einzuordnen. Nur so werden sie zu aktiv handelnden Menschen gegen faschistische Tendenzen in unserem Land sein. Denn jede Generation trägt die Verantwortung für die Zeit, in der sie lebt. Und diese Verantwortung kann niemand abgeben!

Ich habe 30 Jahre gebraucht, um mit der Geschichte meiner Familie und meiner Heimatstadt offen umgehen zu können. Die Familie meines Vaters hat es nie geschafft, auch nur ein Wort des Bedauerns zu äußern. Aber ich habe viele Menschen in der Gedenkstätte und unter den Häftlingen gefunden, die mir inzwischen wichtiger sind als meine Familie. Im Wissen um die Verantwortung meines Großvaters am Leid vieler Menschen werde ich alles mir mögliche tun, um zu verhindern, dass jemals wieder menschenverachtende und menschen-diskriminierende Politik in unserem Land das Sagen bekommt.

Justine Wazansky-Krack, Nürnberg

Vernetzung dezentraler Arbeit

DIE BEDEUTUNG VON KOOPERATIONEN FÜR DIE GEDENKSTÄTTEN IN DEUTSCHLAND

Der Rückblick auf den Beginn der KZ-Gedenkstätte Moringen vor zehn Jahren und vor allem auf die vorangegangenen Jahre bis zur Eröffnung zeigt in anschaulicher und exemplarischer Weise, wie wichtig bei der dezentralen Gedenkstättenlandschaft in Deutschland eine gute Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung der Gedenkstätten und Initiativen war und weiterhin sein wird.

Sehr gut kann ich mich noch an zahlreiche Gespräche vor zehn bis fünfzehn Jahren mit Bürgermeistern, Landräten und Politikern erinnern, die sich zwar verbal nicht gegen die Notwendigkeit der Einrichtung von Gedenkstätten wandten, es aber an der notwendigen Unterstützung, sei es politisch oder finanziell, mangeln ließen. Auch die Bevölkerung in der Gemeinde Moringen war gegenüber der Gedenkstätte sehr reserviert, denn weder wollte man das Stigma des KZ mitten im Ort haben noch die Auseinandersetzung mit der eigenen, familiären Vergangenheit führen.

Ich denke immer noch gerne an das bundesweite Gedenkstättenseminar im Mai 1990 in Moringen zurück: Gerade durch den Austausch mit den Erfahrungen von Mitarbeitern anderer Gedenkstätten konnten wichtige Argumente für die Errichtung einer Gedenkstätte in Moringen gesammelt und im Gespräch mit Politikern unterstrichen werden: Historisch waren die drei KZ in Moringen von großer Bedeutung. Das gilt für das frühe Männer-KZ ebenso wie für das erste Frauen-KZ im Deutschen Reich und für die Inhaftierung von Jugendlichen im Zweiten Weltkrieg. Hier sind Grundlagen für das KZ-System gelegt worden, die sich in der Lichtenburg und Ravensbrück, für die jugendlichen Häftlinge im KZ Uckermark bis zum Ende der NS-Zeit fortsetzten. Diese sich von anderen Orten unterscheidende Geschichte bietet einmalige Chancen für die Dokumentation und Bildungsarbeit, wie z. B. die Ausstellung über Jugendwiderstand und KZ, die als Wanderausstellung in vielen deutschen Städten gezeigt wird, verdeutlicht. Gerade der Austausch mit anderen Gedenkstätten hat die Besonderheiten der zu konzipierenden Gedenkstätte in Moringen deutlich umrissen. Zudem war der Rückhalt von anderen Einrichtungen bei dem langen

Marsch bis zur Gedenkstätte für die vor Ort Engagierten eine große Motivation. So wurde deutlich, dass ein langer Atem notwendig ist, da der durchschnittliche Zeitraum von den ersten Forderungen nach einer Gedenkstätte bis zu deren Eröffnung in Deutschland etwa zehn Jahre beträgt. Die Initiativen, wenn sie nicht vereinzelt und kontinuierlich tätig waren, hatten aber durchaus Erfolgsaussichten. Für die Diskussionen in Moringen waren die Erfahrungen anderer „Gedenkstätten auf dem Lande“ hilfreich, die auf die allgemein übliche Abwehrhaltung und Ängste in der Bevölkerung vor der Eröffnung einer Ausstellung hinwiesen. Nach der Eröffnung der neuen Gedenkstätte konnte eine sachliche Auseinandersetzung mit der Geschichte allmählich möglich werden, die im Laufe der Zeit zu einer größeren Akzeptanz führte.

Aufgrund der Kulturhoheit der Länder ist das Land Niedersachsen in erster Linie für die Unterstützung der Gedenkstätten im Lande zuständig. Der Durchbruch für die Gedenkstätte Moringen konnte vor allem durch den beim Land kurz vor der Eröffnung geschaffenen Gedenkstättenfonds zur Förderung lokaler Gedenkstätten auf Projektbasis gelingen.¹ Von Beginn an war unstrittig, dass Moringen – gemeinsam mit den Gedenkstätten zu den Emslandlagern, Drütte und Sandbostel – von besonderer Bedeutung ist und mit Priorität gefördert werden muss.

Auch hier gilt: Ohne die Zusammenarbeit in der Arbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten im Land Niedersachsen und die gemeinsame Lobbyarbeit wäre dieser Fonds nicht entstanden.

Mit der Einrichtung der Gedenkstätte in Moringen ist aus der großen Initiative eine kleine Gedenkstätte geworden. Eine angestellte Person ist für die kontinuierliche Arbeit in allen Belangen verantwortlich und kann nur temporär auf personelle Hilfen zurückgreifen. Obwohl Gedenkstätten wie Moringen im Vergleich zu Kultureinrichtungen mit ähnlicher Arbeitsweise, z. B. zeitgeschichtliche Museen, immer noch schlecht ausgestattet sind, ist das dort Geleistete enorm! Die Professionalisierung ist auf vielen Gebieten vorangeschritten, sei es bei dem Aufbau einer Bibliothek oder bei der Bildungsarbeit vor Ort.

Thomas Lutz ist Leiter des Gedenkstättenreferates der Stiftung Topographie des Terrors in Berlin

¹ Das Land Niedersachsen ist mit der Schaffung eines solchen Fonds, der durch Vermittlung eines wissenschaftlichen Beirats vergeben wird, bis heute Vorreiter und beispielgebend für viele andere Fonds zur Gedenkstättenförderung.

Die bundesweiten Gedenkstättenseminare, seit 1984 zweimal im Jahr durchgeführt, und der sechsmal jährlich erscheinende GedenkstättenRundbrief wie auch das Online-Gedenkstättenforum² können die mit der Professionalisierung verbundene notwendige differenzierte und in die Tiefe gehende Fortbildung und den Austausch sowie die Zusammenarbeit der Gedenkstätten alleine nicht gewährleisten. Zwangsläufig hat sich die Koordinierung auf Fachgebiete erweitert: Gedenkstätten-Bibliothekare, -Archivare und -Pädagogen treffen sich kontinuierlich. Aber auch zu bestimmten historischen Fachgebieten sind Arbeitsgruppen entstanden, z. B. zu Sowjetischen Kriegsgefangenenlagern, zu den „Euthanasie“-Verbrechen, zu Arbeitserziehungslagern; ohne alle, die mit unterschiedlicher Intensität kooperieren, zu nennen.

Bisher ist der Austausch zumeist mit anderen Gedenkstätten erfolgt. In der Zukunft wird es immer wichtiger werden, sich in verschiedenen Arbeitsgebieten von externen Fachleuten Rat zu holen. Archäologie, der Aufbau von Sammlungen, der Einsatz von Medien sind einige Bereiche, die in den letzten Jahren überhaupt erst als Tätigkeitsfelder entwickelt werden konnten. Es ist notwendig, die in den jeweiligen Disziplinen bestehenden Standards zu erfüllen. Dies kann nur mit Hilfe von Fachleuten aus den jeweiligen Disziplinen geschehen. Innerhalb des internationalen Museumsverbandes (ICOM) ist daher im Sommer 2001 eine eigene Internationale Sektion von „Gedenkstätten für die Opfer staatlicher Gewaltherrschaft“³ entstanden. Auch für die „Ein-Personen-Gedenkstätten“ lohnt sich eine Mitgliedschaft, da man gerade für die stärker museal ausgerichteten Arbeitsgebiete der Gedenkstätten bei der ICOM kollegiale Hilfe finden kann.

Durch meine Mitarbeit im wissenschaftlichen Beirat für Gedenkstättenarbeit im Land Niedersachsen, aber auch mit dem Überblick über andere Fördertöpfe beim Bund und den Ländern, fällt mir auf, welches unterschiedliche Niveau Förderanträge von Gedenkstätten haben. Dank der wohlwollenden Unterstützung durch die Regierungen und Parlamente, von Niedersachsen bis zum Bund,

bestehen Fördertitel speziell für Gedenkstätten. Mit der zunehmenden Knappheit der öffentlichen Haushalte werden die Förderbedingungen in den nächsten Jahren schwieriger werden. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, dass die Gedenkstätten ihre Anträge, vor allem auf Drittmittel, in einer entsprechend sachlich argumentierenden Weise und in derselben Qualität wie andere Kultur- und Bildungseinrichtungen stellen. Der immer wieder zu beobachtende Rückfall auf sehr allgemeine moralische Argumente für die Unterstützung von Gedenkstätten wird hier nicht weiterführen.

Es ist schon heute zu beobachten, dass diejenigen Gedenkstätten, die sich – neben der originären Aufgabe des Erinnerns an die Opfer und der Einforderung des gesellschaftlich ehrenden Gedenkens an sie – in Richtung von Kulturinstitutionen öffnen und neue Angebote unterbreiten, von der sie umgebenden Region oder Stadt sehr positiv wahrgenommen und gefördert werden. Auch für die Erarbeitung eines eigenen, besonderen Profils in dieser Kulturlandschaft, sind das Wissen über die Arbeit der anderen Einrichtungen und eine Zusammenarbeit von großer Bedeutung.

Die Landesarbeitsgemeinschaften der Gedenkstätten, die sich im letzten Jahrzehnt in zahlreichen Bundesländern gegründet haben, sind unter zwei Gesichtspunkten wichtig: Zum einen sind sie für den Austausch unter den vielen in den Ländern bestehenden Initiativen und Gedenkstätten die richtige Bezugsgröße. Zum anderen ist das jeweilige Bundesland für die Unterstützung der Gedenkstättenarbeit der erste und wichtigste politische Ansprechpartner, und hier wird eine Vertretung der Gedenkstätten auf Landesebene am ehesten wahrgenommen.

Mit der zunehmenden Förderung der Gedenkstätten durch den Bund und vor allem mit der Einrichtung einer Bundesförderung für Gedenkstättenprojekte – wegen ihrer überregionalen und nationalen Bedeutung – hat sich die Notwendigkeit der Zusammenarbeit auf Bundesebene verstärkt. Eine Bundesarbeitsgemeinschaft dient so-

² Der Gedenkstätten-Rundbrief wird von der Stiftung Topographie des Terrors herausgegeben. Die bundesweiten Gedenkstättenseminare werden ebenfalls von dieser Stiftung, mit wechselnden Kooperationspartnern, durchgeführt. Das Gedenkstätten-Forum ist im Internet unter folgender Adresse zu finden: www.gedenkstaettenforum.de.

³ Präsident ist Wulff E. Brebeck, Leiter des Kreis- museums Wewelsburg. Informationen finden sich auf der Homepage des GedenkstättenForums unter der Rubrik: IC MEMO.

wohl als inhaltlicher Ansprechpartner für die Politik und Verwaltung beim Bund als auch als Lobby.

Die dezentrale Gedenkstättenlandschaft auch in diesem Zusammenhang widerzuspiegeln und gerade damit die Stärken der Gedenkstättenarbeit in Deutschland ständig zu präsentieren, wird in Zukunft von noch größerer Bedeutung sein.

In den neunziger Jahren sind einige Stiftungen entstanden, die zur Hälfte von dem jeweiligen Sitzland und dem Bund getragen werden, weitere sind gerade in der Planung oder bereits in der Umsetzung. Auf den ersten Blick ist es verständlich, dass immer wieder eine bundeseinheitliche Gedenkstättenstiftung gefordert wird, um diese, aus den jeweiligen Bedingungen vor Ort erwachsenen unterschiedlichen Trägermodelle zu vereinheitlichen. Angesichts der Sparzwänge ist vor allem die Hoffnung auf „Synergieeffekte“ durch die Zusammenlegung groß. Ganz abgesehen davon, ob die Bundesländer bereit sein werden, die Gedenkstätten ihres Landes in eine Bundesstiftung zu überführen und damit einen großen Anteil ihres Einflusses zu verlieren, gibt es gute inhaltliche Gründe dagegen: Anstatt der erwarteten Synergie- und Einspar-effekte wird ein zusätzlicher Verwaltungskopf für die Stiftung geschaffen werden müssen. Wir wissen, dass die Erinnerung der Opfer, und in Zukunft gilt das sowohl für ihre Nachkommen wie für das Gedenken von Staaten und gesellschaftlichen Gruppen, auf den Ort der Verfolgung und den Friedhof gerichtet ist. Dies kann nicht durch eine zentrale Einrichtung ersetzt werden. Die Arbeit der Erinnerung und Anerkennung der NS-Opfer an diesem Platz benötigt auch die entsprechenden Ansprechpartner und Archive vor Ort.

Gerade die Bildungsarbeit lebt von dem Bezug zum historischen Ort, sei es wegen der Besonderheit dieses Lernortes oder wegen der regionalen Nähe zur Lebenswelt der Besucher. So sicher eine Öffnung in der Bildungsarbeit hinsichtlich der Auseinandersetzung mit anderen Formen von Xenophobie, Antisemitismus und staatlicher Unterdrückung zunehmend mehr thematisiert werden wird, so notwendig wird auf der anderen Seite die Möglichkeit des Lernens am konkreten Beispiel blei-

ben. Nur die Konkretion bietet die Möglichkeit, bei der Verallgemeinerung nicht ins Beliebig abzugleiten. Nur am konkreten Beispiel entwickelt kann sowohl Geschichtslernen als auch die Überlegung des Transfers auf andere Zusammenhänge glaubwürdig und handlungsorientierend sein.

Eine stärkere Verzahnung der Gedenkstätten, die sich bereits heute in Bundes- und Landesträgerschaft befinden, und der vielen anderen Einrichtungen kann für alle Seiten sehr viel dazu beitragen, diese Stärken der Gedenkstättenlandschaft in Deutschland, wo gesellschaftliches und staatliches Engagement sich vergleichsweise gut ergänzen, zu erhalten.

Sollte langfristig erst einmal eine Bundesstiftung aller Gedenkstätten eingerichtet worden sein, wird die Wahrnehmung der Gedenkstätten – sowohl gesamtgesellschaftlich in Deutschland als auch im internationalen Diskurs – von dieser Institution bestimmt werden. Ein bürgerschaftliches Engagement hätte es dann viel schwerer, sich Gehör zu verschaffen.

Die Gedenkstätte Moringen bringt gerade dieses bürgerschaftliche Engagement in die Diskussion mit ein, auch wenn die Unterstützung der öffentlichen Hand immer noch unzureichend ist. Es bleibt ihr – den Mitarbeitern, dem Vereinsvorstand und allen Engagierten – dafür herzlich Dank zu sagen und von ganzem Herzen zu wünschen, dass der beschrittene Weg fortgesetzt werden kann. Bei zukünftigen Jahrestagen soll erneut auf eine Weiterentwicklung zurückgeblickt und eine ebenso ertragreiche und lohnende Bilanz für diese für die Menschen, vor allem die Opfer des NS-Terrors, und die Gesellschaft so wichtige KZ-Gedenkstätte Moringen gezogen werden können.

Thomas Lutz, Berlin

Die nationale Bedeutung dezentralen Erinnerns

PERSPEKTIVEN VON GEDENKSTÄTTEN IN FREIER TRÄGERSCHAFT

Dr. Habbo Knoch arbeitet als Hochschulassistent am Seminar für Mittlere und Neuere Geschichte der Universität Göttingen und ist Vorsitzender des Dokumentations- und Informationszentrums Emslandlager. Zur Zeit ist er Research Fellow am Remarque Institute der New York University

Diskontinuitäten des Erinnerns und die Entstehung von Gedenkstätten in freier Trägerschaft

Die KZ-Gedenkstätte Moringen ist eine Gedenkstätte in freier Trägerschaft. Das unterscheidet sie von staatlichen Gedenkstätten und Museen: Freie Gedenkstätten sind ohne ehrenamtliche Arbeit nicht denkbar, die Finanzierung von Personalstellen (so es sie gibt) ist auf in der Regel jährliche Antragstellungen und Bewilligungen angewiesen, und sie verfügen über keinen Etat, sondern müssen ihre Mittel aus der laufenden Arbeit und durch Zuschüsse „erwirtschaften“. Diese Prekaritäten sind der Preis für eine ebenso gewollte wie unvermeidbare Unabhängigkeit von staatlichen Stellen: Als die KZ-Gedenkstätte Moringen vor zehn Jahren nach langen Auseinandersetzungen gegründet wurde, gehörte sie zu jenen Einrichtungen in Vereinsträgerschaft, die oftmals gegen Widerstand und Desinteresse der Kommunen die Geschichte „vergessener“ Orte der NS-Verbrechen in eine regionale und überregionale Öffentlichkeit zurückbrachten. Das Selbstverständnis dieser Gedenkstätten der „alten“ Bundesrepublik richtete sich auch gegen staatliche Gedenkpraktiken, die in Erinnerungszeichen, Zeremonien und selbst an den Orten namhafter KZ-Gedenkstätten wie Bergen-Belsen und Dachau vor allem einer ritualisierten Vergangenheitspolitik gewidmet waren.

Quelle dieses Ethos war das Gefühl, eine profunde Diskontinuität überwunden zu haben, die Orte wie Moringen von solchen KZ-Gedenkstätten unterschied: Diese waren trotz aller Verdrängung nie ganz aus dem öffentlichen Gedächtnis verschwunden – die lokale Nähe der Tat war hingegen, so weit es ging, aus dem öffentlich kommunizierten Gedächtnis vor Ort verbannt worden. Ein zweites kam hinzu: Um das Profil solcher Gegen-Denkorte mit Inhalt zu füllen, wurden neben der historischen Aufarbeitung der Geschichte des Ortes und ihrer Präsentation in Ausstellungen früh intensive Formen der didaktischen Vermittlung entwickelt. Was schwerfälli-

ge Museen erst langsam übernahmen, fand in diesen Gedenkstätten als „Lernorten“ bereits eine ausgesprochen innovative Form (in Moringen war dies zum Beispiel eine Multimedia-Lernstation). Insbesondere Schulen und Gruppen von Bildungsträgern aus einem weiten regionalen Einzugsgebiet machten einen Großteil der Besucher aus und gaben den Einrichtungen jeweils ein besonderes Profil. Bis in die Gegenwart haben hierbei die Überlebenden der NS-Verbrechen als die Zeit ihrer Verfolgung bezeugende Brücken gedient. Zu ihnen konnten enge Beziehungen aufgebaut werden, die eine zentrale Grundlage der Arbeit in diesen Gedenkstätten wurde. Das überwand eine weitere Diskontinuität, denn das öffentliche Erinnern kam bis dahin weitgehend ohne Zeitzeugen der Verbrechen aus.

In den vergangenen zehn Jahren hat sich zwar das Profil dieser Gedenkstätten in freier Trägerschaft mit ihnen im Sinne ihres Selbstverständnisses etabliert und professionalisiert. Dazu trug die Zunahme von Fördermöglichkeiten durch Land, Bund und andere Träger, Kontinuität von festem Personal auf gleichwohl niedrigem Stellenniveau und die Fortentwicklung der Präsentations- und Arbeitsformen bei. Aber es haben sich Umfeld und Voraussetzungen der Arbeit geändert: In den neunziger Jahre sind Zeitzeugen zu einem medialen und literarischen Anziehungspunkt in der öffentlichen Erinnerungskultur geworden, die ihrem Erinnern eine eigentümliche Selbstverständlichkeit gibt (eigentümlich erscheint sie vor allem angesichts des Schweigens, Stockens und Weinens vieler ehemalige Häftlinge, die zum ersten Mal an den Ort ihrer Haftzeit zurückkehrten). An einer Fülle von Orten haben sich inzwischen Gedenkinitiativen gebildet, die deutlich machen, wie sehr die NS-Verfolgung in der Öffentlichkeit präsent war; die dichte Landkarte von Verfolgung und Terror, die auch die Mitwirkung der lokalen Bevölkerung einschließt, hat sich auf die „blühenden Landschaften“ der neuen Bundesrepublik gelegt. Und schließlich sind die Gedenkstätten in Landes- und Bundesträgerschaft an namhaften KZ-Orten wie Buchenwald, Sachsen-

hausen oder Neuengamme vielfältig ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt und durch die Zuweisung von in dieser Höhe bis dahin nicht verfügbaren Mitteln ihrer Träger in die Lage versetzt worden, Ort, Ausstellungen und didaktisches Angebot auf einen neuen Stand zu bringen – einen Stand, der in vielem schon in jahrelanger, ehrenamtlicher Arbeit in den Gedenkstätten in freier Trägerschaft ausprobiert und eingeführt worden ist.

Diese Entwicklungen sind nicht einhellig gut, aber sie sind gut so – auch wenn die Klagen über ein Zuviel an Vergangenheit im Hinblick auf Techniken der Vermittlung, Aktualitätsbezug und Umfang zu berücksichtigen sind, soll eine Historiphobie vermieden werden. Sie sind gut so, weil dadurch die Erinnerung an die Geschichte der NS-Verbrechen von einem dauernden Legitimationsdruck entlastet wird. Nicht mehr „ob“, sondern „wie“ und „wie viel“ erinnert wird, sind die dominanten Fragen. Gleichzeitig haben die genannten Aspekte zu einer grundlegenden Veränderung der Gedenkstättenlandschaft geführt. Im Hintergrund steht die Frage, welchen Status Gedenkstätten in freier Trägerschaft und welches Profil sie in Zukunft haben sollen. Sie ist besonders im Zusammenhang mit den Diskussionen um Art und Reichweite der Förderung von Gedenkstätten durch den Bund innerhalb der Gedenkstätten aufgekommen. Die Frage der „Bundesförderung“ bewegt die Gedenkstätten an die NS-Verbrechen ebenso wie die Orte zur Erinnerung an die SBZ-/DDR-Zeit seit einigen Jahren, nachdem die endgültige Übernahme der ehemaligen Mahn- und Gedenkstätten der DDR in Bundesträgerschaft anstand und auch Lösungen für eine Förderung von Einrichtungen der „alten“ Bundesrepublik gefunden werden sollten. Die inhaltlichen Konsequenzen für das Profil der Gedenkstätten in freier Trägerschaft sind aber bislang nur wenig diskutiert worden.

Differenzierung der Gedenkstättenlandschaft durch staatliche Förderpolitik

Seit drei Jahren erstreckt sich die Förderung des Bundes auch auf Gedenkstätten in der der ehemaligen Bundesrepublik. Im Unterschied zu ei-

nigen Einrichtungen aus der Zeit der ehemaligen DDR, werden Gedenkstätten in der „alten“ Bundesrepublik nur mit Projektmitteln gefördert. Hierbei gelten aber für die Gedenkstätten in Landesträgerschaft Ausnahmebedingungen hinsichtlich der Finanzierung. Grundsätzlich ist Fördervoraussetzung eine 50prozentige Gegenfinanzierung aus Landes- und kommunalen Mitteln, die zusätzlich eingeworben werden müssen. Angesichts der Haushaltslage ist dieses Kriterium nur für die wenigsten zu erfüllen; den Antragsvolumina und somit auch der Art der Projekte sind durch diese Regelung erhebliche Grenzen gesetzt. Neben einer Reihe weiterer Verfahrensprobleme ist für die inhaltliche Diskussion um das zukünftige Profil von Gedenkstätten dies aber in vier Punkten von Bedeutung:

Grenzen der „nationalen Bedeutung“ und der Status dezentraler Erinnerung: Aus föderalstaatlichen Gründen ist die Bundesförderung von Gedenkstätten nur bei Einrichtungen von nationaler und internationaler Bedeutung möglich. Harte Kriterien gibt es dafür jedoch nicht. Die Auswahl orientiert sich an der Größe des historischen Ortes, der historischen Funktion (etwa: exemplarisch für bestimmte Verbrechenkomplexe zu stehen) und dem (inter-)nationalen Bekanntheitsgrad. Wo verlaufen hier aber die Grenzen der „historischen Bedeutung“? Inwieweit wird der regionalen Ausstrahlungskraft vieler Gedenkstätten Rechnung getragen, wenn die historische Beispielhaftigkeit eingeschätzt wird – im Vergleich zu anderen Antragstellern? Welches Gewicht wird der Tatsache innovativer Erinnerungsarbeit im Verhältnis zum Erhalt und zur (flächenmäßigen) Größe des historischen Ortes beigemessen? Dient die Bundesförderung dem Ziel, eine demokratische, dezentrale Erinnerungskultur zu fördern, oder führt sie letztlich zu einer Konzentration von Landes- und Bundesfördermitteln an wenigen zentralen Erinnerungsorten? Gedenkstätten, die durch ihren historischen Ort und ihre Arbeit eng in regionale Kontexte verflochten sind, Gefahr, den Status der Förderbarkeit durch den Bund zu verlieren, wenn sie diese regionale Einbindung als

Basis ihres Selbstverständnisses formulieren. Genau durch das jeweils besondere historische Profil der einzelnen Orte wird aber eine enge Definition der „historischen Bedeutung“ in Frage gestellt.

Tendenziell ist damit zum Stigma geworden, was über zwei Jahrzehnte lang eigentliche Triebkraft der Erinnerungsarbeit an ehemaligen Orten der NS-Verbrechen in der Bundesrepublik war: die Auseinandersetzung mit einer lokalen und regionalen Geschichte, die bis dahin weder von der Bevölkerung noch von den Kommunen und Behörden erinnert und in den meisten Fällen auch gezielt verdrängt oder zerstört worden war. Einen Teil ihrer nationalen Bedeutung haben Gedenkstätten in freier Trägerschaft gerade aus dem Reformimpuls für eine aktive, über den Konsum des Schreckens hinausgehende Erinnerung an die NS-Verbrechen in der unmittelbaren Nähe begründet. Der nahe Ort ist dabei zum Nabel einer als sperrig anzueignenden nationalen Geschichte geworden. Bürgerschaftliche Basisarbeit hat dieser Geschichte nicht nur vor Ort überhaupt erst eine Öffentlichkeit ermöglicht, sondern auch durch vielfältige Formen der Vernetzung und Synergie eine dezentrale nationale Erinnerungskultur geschaffen. Genau darin liegt ein zentraler, bislang nicht ausreichend gewürdigter Aspekt ihrer „nationalen Bedeutung“ als Orten der Erinnerung, weil nur sie eine dezentrale Erinnerungskultur ermöglichen, die auch in historischer Perspektive kein verfälschendes Bild eines allein von Zentralorten des Terrorfunktionierendes Herrschaftssystem vermitteln will.

Differenzierung der Gedenkstättenlandschaft und Förderbarkeit als Gütesiegel: Diese dezentrale Erinnerungskultur kannte bei aller Pluralität kaum Hierarchien, weil die meisten Einrichtungen und Initiativen mit den gleichen Problemen zu kämpfen hatten. Lange Zeit bestand ein Konsens über den Grundansatz der Arbeit in KZ-Gedenkstätten. Er wurde von ganz unterschiedlichen Einrichtungen und Initiativen getragen. Inzwischen haben das Angebot an Erinnerungs-

orten und die Anforderungen durch Förderpolitiken zu einer Auffächerung des Feldes geführt. Einerseits haben sich die namhaften Gedenkstätten in Bundes- und Landsträgerschaft ihnen in vielen Punkten angepasst, andererseits hat sich der Abstand in der öffentlichen Wahrnehmung wieder verstärkt. Denn es sind Buchenwald oder Dachau, die in den Debatten um die „Zukunft des Erinnerns“ kostenlose Öffentlichkeitszeit in den Medien (und in der Politik) bekommen (jede Gedenkstätte, die vor allem regional bekannt ist, weiß, wie schwer es ist, dort und vor allem darüber hinaus medial präsent zu sein). Die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft der namhaften, weitgehend kontinuierlich seit 1945 erinnerten KZ-Gedenkstätten in Bundes- und Landsträgerschaft, die Mitte der 1990er Jahre selbst auf die Vervielfältigung von Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen reagierte, wurde mit spezifischen Problemfeldern begründet. Sie sollten aus arbeitspraktischen Gründen in einem kleineren Kreis diskutiert werden.

Damit ist es zum ersten Mal zu einer Fraktionsbildung innerhalb der Gedenkstättenlandschaft gekommen. Sie lag zu einem guten Teil in der Nachwendesituation begründet: Die ehemaligen Mahn- und Gedenkstätten in Buchenwald, Sachsenhausen und Ravensbrück verschoben die Gewichtungen innerhalb der Gedenkstättenlandschaft zugunsten von Konzentrationslagern, die namhafter und größer sind und zu einem späteren Zeitpunkt des NS-Systems von logistisch-zentraler Bedeutung für das Vernichtungssystem waren. Obwohl inzwischen auch kleinere Einrichtungen von der Bundesförderung profitiert haben, sind das Ungleichgewicht in der Mittelverteilung und die Konzentration der Bundesmittel für die Unterstützung von zentralisierenden Erinnerungsorten eindeutig. In Zeiten knapper Haushaltsmittel steht die Solidarität zwischen Einrichtungen, die eigentlich nicht nur dem Ziel dienen sollten, „ihren“ Ort, sondern zu einem nationalen Erinnerungsgeflecht beizutragen, immer wieder zur Disposition.

Zu der Differenzierung in „größere“ und „kleinere“ Gedenkstätten kommt eine weitere hinzu.

Schon die Vielzahl historischer Orte zu Teilaspekten der NS-Verbrechen hat die Gedenkstättenlandschaft unübersichtlicher gemacht. Doch mit den Gedenkstätten zur Geschichte der SED-Diktatur und einem wachsenden Interesse an historischen NS-Orten, die nur mittelbar mit NS-Opfern im gewohnten Sinn zu tun haben und auch nicht immer als „Täterorte“ zu beschreiben sind, ist der Typus von Orten, die sich als „Gedenkstätte“ bezeichnen oder als solche angesehen werden, vielfältiger geworden. Der Zuweisung von Mitteln oder institutionellen Zugehörigkeiten kommt dabei in Zukunft wachsendes Gewicht für den öffentlichen Wert einer Gedenkstätte zu.

Stiftungen als politische Lösung: Mit der Überführung der staatlichen Gedenkstätten der ehemaligen DDR sind mehrere Stiftungen in gemeinsamer Landes- und Bundesträgerschaft gegründet worden. In der „alten“ Bundesrepublik arbeitete lediglich die „Topographie des Terrors“ mit einem solchen institutionellen Modell. Inzwischen werden Stiftungen auch für Gedenkstätten in den „alten“ Bundesländern diskutiert und zum Teil schon – wie Schleswig-Holstein – realisiert. Das betrifft vor allem jene Gedenkstätten, die ohnehin schon in Landesträgerschaft sind. De facto bleiben sie trotz der formalen Ausgliederung auf die staatlichen Finanzmittel angewiesen, wobei die Gefahr besteht, dass den Stiftungen – wie zum Beispiel im universitären Bereich geschehen – zunehmend auferlegt wird, Mittel auch aus anderen Quellen fest und zukunftsichernd zu akquirieren. Auch Gedenkstätten in freier Trägerschaft sind davon unmittelbar betroffen, weil sie als Stiftungsmitglieder in Frage kommen, die Landesfinanzierung von Gedenkstätten sich mit einem Stiftungsmodell ändern kann und Verteilungsfragen zwischen den verschiedenen Einrichtungstypen sich neu stellen. Stiftungen bieten zugleich Perspektiven, die an den Entwicklungen der freien Gedenkstätten in den vergangenen Jahren in Richtung Verstetigung und Etablierung als öffentlich anerkannte Bildungs- und Kulturträger ansetzen. Diese Förderarchitektur von Bund und Ländern stellt schließlich die Frage in den Raum, welcher Wert der institutionel-

len Unabhängigkeit von freien Gedenkstätten beigemessen wird und inwieweit ihr auf ehrenamtlichem Engagement basierendes, belastungsintensives Arbeitsprofil auf längere Sicht durchzuhalten ist.

„Professionalisierung“ als ambivalentes Qualitätsmerkmal: Die Unterscheidung in vom Bund verlässlich mit großen Beträgen geförderte Gedenkstätten, kleinere, nicht garantiert unterstützte Einrichtungen und solche, die überhaupt nicht aufgenommen worden sind, wird von einer Diskussion über die professionelle Qualität von Gedenkstätten flankiert. Gedenkstätten und Initiativen werden tendenziell nicht mehr nach ihrer Absicht, sondern nach den Standards ihrer Arbeit beurteilt. Das ist auch gut so, wie nicht zuletzt die Debatte um emotionalisierende Zugänge zur NS-Zeit zeigt. Hier muss differenziert gearbeitet werden. Ob aber die Chancen eines vernünftig konzipierten und wissensbasierten „emotionalen Lernens“ schon hinreichend genutzt sind und ob dies nicht gerade in der Konfrontation mit der nahen Tat gelingen kann, bleibt allen Versuchen zum Trotz, die Arbeit von und in Gedenkstätten einem Rationalisierungsprimat zu unterwerfen, noch zu diskutieren.

Dennoch ist es ein erstrebenswertes Ziel, professionelle Standards in den verschiedenen Feldern von Gedenkstättenarbeit zu sichern. Nur so kann auch in der Breite der Erinnerungsarbeit Dauer geschaffen werden. Diese Ansicht teilen vermutlich alle Einrichtungen. Aber sie gehen dort auseinander, wo Wertigkeiten in der Bedeutung einzelner Tätigkeitsfelder geschaffen werden, die sich nicht mehr mit den Tätigkeitsfeldern und den Handlungsmöglichkeiten aller Gedenkstätten decken. Sicher muss wissenschaftliche Professionalität in Archivierung, Objektsicherung oder Dokumentation ein zentrales Ziel aller Gedenkstätten sein. Aber wenn die personellen Ressourcen dazu nicht ausreichen und auch die Bundesförderung hier nicht aushilft (denn gerade diese Bereiche sind ausgespart), dann gerät es zur unfairen internen Differenzierung der Gedenkstätten, wenn Leistungen in diesen Feldern

zum vorherrschenden Maßstab für professionelles Arbeiten werden und zugleich die notwendige und lang gewachsene Dimension der historisch-politischen Bildungsarbeit an den nahen Orten der Tat zurückgestuft oder bestenfalls noch als gleichwertig behandelt wird.

Profilierung regionaler Gedenkstättenarbeit in freier Trägerschaft

Diese Entwicklungen schlagen sich in einer bislang nur ansatzweise geführten Debatte um die Aufgaben und das Selbstverständnis von Gedenkstätten nieder. Bedarf es überhaupt einer Definition, und ist diese möglich und sinnvoll? Wäre es nicht hilfreicher, wenn über die verschiedenen Profile unterschiedlicher Typen von Gedenkstätten expliziter nachgedacht würde? Wie weit kann die erstrebenswerte „Einheit in der Vielfalt“ angesichts der Breite von Themen, Orten und Ansätzen, die sich inzwischen auf zwei „Zeitgeschichten“ erstrecken, reichen? Ein Konzept für ein Selbstverständnis von Gedenkstätten in freier Trägerschaft, die vor allem ein regionales Einzugsgebiet haben, gibt es bislang nicht. Dabei haben die bisherigen Erfahrungen mit der Bundesförderung und entsprechende Gespräche gezeigt, dass die besondere Situation von Gedenkstätten in freier Trägerschaft und insbesondere das für sie spezifische Zusammenspiel von historisch spezifischer Bedeutung des Ortes, Beitrag zur erinnerungskulturellen Dezentralität und regionalem Einzugsgebiet einschließlich der besonderen Probleme und Belastungen dieser Arbeit nicht unbedingt gesehen wird. Gleichzeitig würde eine gezielte Differenzierung, die Gemeinsamkeiten nicht außer acht lässt, auch die jeweiligen Rollen von Gedenkstätten in der öffentlichen Erinnerungsarbeit besser herausstellen lassen. Jede Gedenkstätte entwickelt ausgehend von der je besonderen Geschichte vor Ort ein eigenes Profil, in das die Handschrift der Mitarbeiter vor Ort im Aufbau der Gedenkstätte erheblich eingeht. Professionelle Standards, die auch über Förderkriterien unter Berücksichtigung der jeweiligen Konstellation präsent gemacht werden müssen, sollten Teil die-

ses individuellen Profils werden. Jedoch wird in Zukunft zwar der Legitimationsdruck angesichts des Verschweigens und Verdrängens geringer, aber derjenige als Folge von zeitlichem Abstand, Gegenwartsrelevanz und Überdruß wird wachsen. Deshalb ist eine Profilbildung freier Gedenkstätten, die Veränderungen ihrer Arbeit in den letzten Jahren einbezieht und Positionen bestimmt, auch eine geschichtspolitisch dringende Aufgabe, die weit über Fragen der Förderung hinausweist.

Regionales Profil von Gedenkstätten in freier Trägerschaft: Gedenkstätten in freier Trägerschaft teilen die Kernaufgaben aller Gedenkstätten zu NS-Verbrechen: Sie sind oder verwalten Friedhöfe, erfüllen im engen Kontakt mit ehemaligen Häftlingen erinnernde und humanitäre Aufgaben, sind mit baulichen Überresten verbunden, Orte von Sammlungen historischer Objekte und Materialien sowie Dokumentations-, Forschungs- und Bildungsstätten. Aber durch die Wiederentdeckung von Verfolgungsstätten vor Ort und die regionale Fundierung der Gedenkstätten haben die meisten Gedenkstätten in freier Trägerschaft einen regionalen Zuschnitt – was die in ihr Engagierten, ihr Publikum und ihr unmittelbares (kultur- und vergangenheits-)politisches Feld angeht. Diese Regionalität ist mit einer besonders intensiven Form der Kommunikation verbunden. Gedenkstätten in freier Trägerschaft teilen dies vor allem mit Einrichtungen, die NS-Verbrechen auf städtischer Ebene erinnern und in Trägerschaft der Stadt, aber in der Regel durch Fördervereine wesentlich mit abgesichert sind. Hier bestehen in der Suche nach einem Selbstverständnis Wahlverwandtschaften. „Regionalität“ darf dabei nicht als Aussage über den historischen Status der Orte gelesen werden – vielmehr ist von den spezifischen historischen Bedeutungen und Bedingungen dieser Orte aus die Debatte nicht nur um die Notwendigkeit einer dezentralen Erinnerungskultur, sondern auch um die Dezentralität der Tat engagiert zu führen.

Regionale Gedenkstätten bewahren die Erinnerung an plurale Orte einer dezentralen Tat: Es ist einfacher, sich die NS-Verbrechen anhand ne-

gativ-mythisch aufgeladener KZ-Gedenkstätten zu verdeutlichen, die unter anderem in der medialen Aufmerksamkeit immer wieder präsent werden. Aber das beinhaltet die Gefahr, ein Bild der Tat zu vermitteln, das diese exterritorialisiert, so als ob allein diese wenigen Orte die Verbrechen ermöglicht haben. Die gegenwärtige Forschung betont aber genau das, was die Gedenkinitiativen lokaler und regionaler Art schon seit Jahrzehnten hervorheben: die regionalen Dynamiken und Eigenheiten der Verbrechen. Die Geschichte der nahen Orte der Tat zu bewahren und aufzuarbeiten bedeutet, ein wesentlich adäquateres Bild der NS-Zeit, auch in der zeitlichen Genese der Verbrechensphasen, vermitteln zu können. Das ist gewiss nicht nur die Aufgabe kommunaler oder landespolitischer Geldgeber, sondern eine Bundesaufgabe, und sie stellt sich dabei nicht nur im Hinblick auf den Bund als Geldgeber, sondern auch auf überregionale Medien, die immer wieder andere Fokussierungen im Umgang mit Geschichte und Zeitgeschichte schaffen.

Regionale Gedenkstätten allein ermöglichen den didaktischen Brückenschlag zwischen Alltag und Taterinnerung: Regionale Gedenkstätten werden immer wieder damit konfrontiert, dass ihre Besucher eigentlich „Auschwitz“ suchen. Es gehört zu den großen Chancen und Ressourcen der Bildungsarbeit in regionalen Gedenkstätten, dem ein differenzierteres Bild der Tat gegenüber oder an die Seite zu stellen. Konkretes Arbeiten an der lokalen Ausprägung und Genese der NS-Verbrechensgeschichte, die sich auch nicht davor scheut, mit Klischees und Verallgemeinerungen der NS-Verbrechen zu brechen, erlaubt den Besuchern einen Bezug zur NS-Zeit, der sie aus der doppelten Distanz von Zeit und Raum heranholt. Gerade in dieser negativen, sperrigen Lokalgeschichte liegt ein oft zu wenig genutztes Potential, um historisches Bewusstsein für Zusammenhänge vor Ort zu schaffen. Sie hebt gerade im Unterschied zur „anderen“ Lokalgeschichte nicht auf etwas lokal Spezifisches ab, sondern zeigt an den lokalen und regionalen Ausformungen, Manifestationen und Schrittmachern der Tat Muster der gesamten NS-Verbrechensgeschichte. Erst aus dem Blick für diese

historische Differenziertheit der Tat kann eine Revision eines zu engen Verständnisses von einer „historischen Bedeutung“ erwachsen, die sich mehr an geschichtspolitisch gewachsenen Vorstellungen als an der tatsächlichen historischen Komplexität orientiert. Dazu bedarf es auf Seiten der Gedenkstätten zugleich einer stärkeren Einbindung der lokalen Geschichte, aus der Interaktionsmuster als exemplarische Lernfelder deutlich werden. In Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte als Gedenkstätten für die Verfolgten und Ermordeten kommen darüber die Lager und Tatorte als Orte der Täter- und der Mittätergesellschaft in den Blick.

Regionale Gedenkstätten sind Orte bürgerschaftlichen Engagements: Ihre Entstehung verdanken die meisten Gedenkstätten kommunaler oder regionaler Prägung privaten Initiativen. Trägervereine stellen noch heute die wichtigste Organisationsform dar. Diese Tatsache bedeutet größere materielle Unsicherheit im Vergleich zu staatlichen Einrichtungen, die über etatisierte Stellen verfügen. Aber sie verkörpert zugleich das Interesse an einer Gegenbewegung, die sich mit den Gedenkstätten in die Erinnerungslandschaft eingeschrieben hat. Dieses Ethos selbst ist zeitlich verhaftet. Doch die Zukunft von regionalen Gedenkstätten ist auf diese Trägerstruktur angewiesen. Sie verlangt, sich immer wieder öffentlich zu positionieren. Jede Etablierung einer Gedenkstätte ist dabei mit der Frage verbunden, wie sich mit diesem Übergang von einer „Initiative“ zu einer mehr oder weniger vorbehaltlos von öffentlicher Seite unterstützten „Einrichtung“ das Verhältnis zur Politik auf kommunaler und Landesebene ändert. In der dauernden Herausforderung, zwischen einer auf ihren „lokalen Ruf“ achtenden Lokal- und Regionalpolitik einerseits und dem überregionalen Erinnerungsdiskurs andererseits zu vermitteln, liegt eine der spezifischen Herausforderungen regionaler Gedenkstätten.

Regionale Gedenkstätten sind eingebunden in lokale und regionale Kulturarbeit: Es zeichnet sich ab, dass die Erinnerung an die NS-Verbrechen ihren herausragenden Stellenwert für das deutsche Geschichtsbewusstsein verliert. Sie

hatte diesen Stellenwert erst durch die Formen der Ablehnung, dann durch die vielfältigen Aufbrüche des Erinnerns seit den 1980er Jahren bekommen. Die regionalen Gedenkstätten reagieren schon seit längerem auf diese Herausforderung. Viele von ihnen schaffen durch zahlreiche Veranstaltungen, Ausstellungen und Bildungsangebote ein inzwischen vielfach etabliertes, aber noch im Ausbau befindliches Netzwerk kultureller Angebote, das die Themen der eigenen Arbeit in die lokale und regionale Öffentlichkeit transportiert. Zugleich werden Interessenrückmeldungen zu einem wichtigen Indikator für die zukünftige Gestaltung des Programms. Hier befinden sich regionale Gedenkstätten in einer Situation besonderer Rückkopplung, die – mit zeitaufwändiger Arbeit – erneut eine zukunftsweisende Perspektive beinhaltet. Denn hier werden wegweisende Formen einer zukünftigen Gedenkstättenarbeit entwickelt, deren Hauptaugenmerk nicht darauf gerichtet ist, sich musealen Standards anzupassen, sondern eine Spezifik des Zugangs zu den NS-Verbrechen mit einer breiten Gegenwartsrelevanz der Themen und einer Alltagstauglichkeit ihrer Vermittlung zu verbinden.

viel Engagement zu navigieren. Mitträger einer dezentralen Erinnerungskultur zu sein, sollte in Moringen wie andernorts weiterhin eine wichtige Antriebskraft sein, auch in Zukunft praktisch und konzeptionell zum Profil der regionalen Gedenkstättenarbeit beizutragen.

Habbo Knoch, Göttingen / New York

Dr. Habbo Knoch arbeitet als Hochschulassistent am Seminar für Mittlere und Neuere Geschichte der Universität Göttingen und ist Vorsitzender des „Aktionskomitee für ein Dokumentations- und Informationszentrum (DIZ) Emslandlager e.V.“ Zur Zeit ist er Research Fellow am Remarque Institute der New York University

Die Debatte um das Selbstverständnis von Gedenkstätten in freier Trägerschaft und um die besonderen Aspekte des zumeist regionalen Zuschnitts ihrer Arbeit sollte von diesen Punkten aus fortgesetzt werden. Dabei ist genauer auf die verschiedenen Arbeitsfelder der Einrichtungen zu schauen. Auch ist nach wie vor das Verhältnis zu den Gedenkstätten in der und zur ehemaligen DDR ungelöst. Es wäre aber zum zehnjährigen Bestehen einer Gedenkstätte kein gutes Zeichen, wenn keine Diskussion über das zukünftige Profil geführt würde. Der Gedenkstätte Moringen ist dabei wie allen anderen Gedenkstätten vergleichbarer Art zu wünschen, dass diese Profildiskussion in Situationen geringerer materieller Unsicherheit stattfinden könnte. Aber es ist gerade die besondere Lage – als historische Orte und in politischer Hinsicht – der Gedenkstätten in freier Trägerschaft, die von ihnen verlangt, in einem schwierigen Handlungsfeld mit

Chronologie

EREIGNISSE IN DER GESCHICHTE DER LAGERGEMEINSCHAFT UND DER GEDENKSTÄTTE

- 1980 Errichtung eines Gedenksteines auf dem Moringer Friedhof durch die evangelische Kirchengemeinde. Er erinnert an die 55 zu Tode gekommenen Häftlinge des Jugend-KZ, die auf dem Moringer Friedhof beigesetzt sind.
- 1986 Einweihung einer Gedenktafel am Niedersächsischen Landeskrankenhaus
- 1986 Einweihung des Dokumentationsraums im Niedersächsischen Landeskrankenhaus
- 1988 Gestaltung eines Gräberfeldes mit Einzelgräbern und persönlichen Grabsteinen



Gedenktreffen 2001 Foto: Uwe Benzlin

1989

- 22.2. Gründung der „Lagergemeinschaft / Gedenkstätteninitiative KZ Moringen e.V.“
- 28.-30.4. Gedenktreffen ehemaliger Häftlinge. Bereits in den 80er Jahren wurden Treffen ehemaliger Häftlinge veranstaltet. Sie gehören bis heute zum jährlichen Programm der Gedenkstätte.
- 29.4. Gründungsversammlung in der Grundschule Moringen
Mitglieder des Gründungsvorstandes:
 - 1. Vorsitzende: Irmgard Petras
 - 2. Vorsitzender: Peter Thoel
 - Kassenwart: Hannes Klett-Drechsel
 - Pressesprecher: Wolf-Dieter Haardt
 - Schriftführerin: Ursula Gerecht
- 18.7. Staffellauf von Jugendlichen von Neuengamme nach Dachau führt auch nach Moringen. Besuch des Dokumentationsraumes im LKH.
- 10.-12.11. Wochenendseminar „Erinnern – nicht Vergessen – Gestaltung und Gedenkstättenarbeit in Moringen“ in der Alten Schule in Fredelsloh



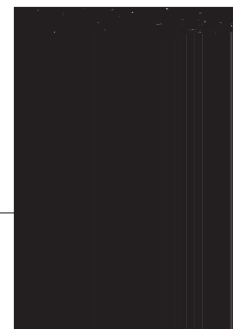
Gedenktreffen 2002 Foto: HNA



Foto: HNA

1990

- 1990–1992 Projekt „Wanderausstellung zu den Jugendkonzentrationslagern Moringen und Uckermark“. Bearbeiter: Martin Guse unter Mitarbeit von Andreas Kohrs. Förderung des Projekts durch die Hans-Böckler-Stiftung.
- 24.–27.5. Bundesweites Gedenkstättenseminar der „Aktion Sühnezeichen“ in Zusammenarbeit mit der Lagergemeinschaft in Northeim unter dem Thema „Jugendopposition und deren Unterdrückung durch das NS-Regime“
- 1.9. Gedenkfeier 50 Jahre nach Einrichtung des Jugend-KZ mit Besuch von Jürgen Trittin, niedersächsischer Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten.
- 2.9. Gedenkveranstaltung im Nds. Landeskrankenhaus Moringen anlässlich der 50jährigen Wiederkehr der Einrichtung des Jugend-Konzentrationslagers Moringen



- 20.11. Besuch von Ministerin Waltraud Schoppe zum Buß- und Bettag am Gedenkstein auf dem Moringer Friedhof

1991

- 12.3. Tod von Wolfgang Grunewald, Beisetzung am 20.3.1991 in Frankfurt/Main. Die Grabrede hält Pastor Wolf-Dieter Haardt.

1992

- 3.10. Eröffnung der Ausstellung „Wir hatten noch gar nicht angefangen zu leben“

1993

- 25.4. Eröffnung der KZ-Gedenkstätte Moringen in Anwesenheit von Minister Jürgen Trittin

1994

- 13.2. Tod von Dr. Hannah Vogt, ehemaliger Häftling im frühen Moringer KZ
- 1.4. Ursula Gerecht übernimmt die Geschäftsführung und Organisation der Gedenkstätte (Halbtagsstelle).
- 1.8. Beginn des pädagogischen Besucherdienstes. 2 Lehrkräfte, Hartmut Busch und Dr. Gerhard Krauth, werden für jeweils 5 bzw. 4,5 Wochenstunden für die pädagogische Arbeit in der Gedenkstätte freigestellt.
- 1.9. Beginn der pädagogischen Arbeit des Lehrers Fokko Ukena mit 4,5 Wochenstunden
- 10.9. Der Verein erhält als Anerkennung für seine Arbeit einen Preis in der Höhe von 5.000 DM der Paul-Dierichs-Stiftung
- 11.9. Tag der offenen Tür in der Gedenkstätte. Die ehemaligen Häftlinge Karl Roth und Fritz Laska stehen für Gespräche mit den Besuchern zur Verfügung.

1995

- 3.2. Der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland Ignatz Bubis und Kultusminister Professor Rolf Wernstedt besuchen die Gedenkstätte. Sie werden begleitet von der Bundestagsabgeordneten Dr. Edith Niehuis, Landrat Axel Endlein, Bürgermeister Otto Graeber, Stadtdirektor Bödcher sowie Superintendent Schnell.

1995 – 1997 Projekt „Recherche und Ausstellung zum Männer- und Frauenkonzentrationslager Moringen“. Bearbeiter: Hans Hesse M.A. und Martin Guse. Förderung des Projekts durch das Land Niedersachsen.

1996

- 1996 Eine Klasse der Anna-Freud-Oberschule in Berlin kommt für eine Woche nach Moringen im Rahmen des Projektes „Ein Blick zurück und in die Zukunft“. Als Ergebnis der Zusammenarbeit mit den Lehrern und „Waidak Video e.V., Verein für

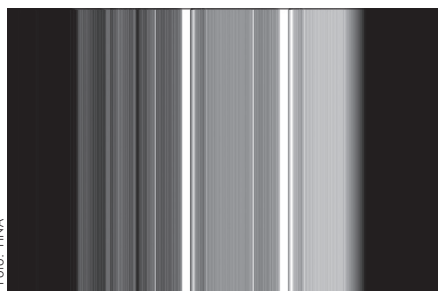


Foto: HNA

Medienkultur“ in Berlin entstehen das Video „Tod durch Erziehung?! – eine Klasse forscht zum Thema Jugend-KZ“, eine gleichnamige Broschüre und eine Ausstellung, die in Berlin gezeigt wird.

- 1996 Übergabe der Wanderausstellung „Wir hatten noch gar nicht angefangen zu leben“ zu den Jugendkonzentrationslagern Moringen und Uckermark an die Gedenkstätte. Zwischen 1993 und 1996 wurde die Ausstellung von der Hans Böckler Stiftung betreut. Künftig betreut Martin Guse die Ausstellung.

1997

- 1997 Gründung des Göttinger Veranstaltungsbündnisses „Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus – 27. Januar“. Es wird u.a. getragen von der Göttinger Geschichtswerkstatt, dem DGB, der jüdischen Gemeinde Göttingen, der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, der VVN, den Zeugen Jehovas sowie den KZ-Gedenkstätten Mittelbau-Dora und Moringen. Inzwischen hat das Bündnis mehr als hundert Veranstaltungen organisiert mit insgesamt mehreren tausend Besuchern.

- 27.2. Der wissenschaftliche Beirat für Gedenkstättenarbeit im Land Niedersachsen tagt in der Gedenkstätte.

- 1997 – 1999 Projekt „Jugendkonzentrationslager Moringen – Konzeption des Einsatzes neuer Medien (Multi-Media) in der Gedenkstättenarbeit mit Jugendlichen in der Gedenkstätte“. Auf verschiedenen Ebenen findet eine Auseinandersetzung über die zeitgemäße mediale Vermittlung von Wissen über die Zeit des Nationalsozialismus statt. Im Rahmen des Projekts werden ein Lagermodell erstellt sowie korrespondierend hierzu eine Touchscreen-Station zur Geschichte der Moringer Lager entwickelt und eingerichtet. Das Projekt wird finanziell von der Stiftung Jugendmarke und dem Land Niedersachsen gefördert. Projektmitarbeiter: Martin Guse, Hans Hesse M.A., Dr. Dietmar Sedlacek sowie die Filmemacherin Loretta Waltz. [Veröffentlichungen zum Thema neue Medien siehe Seite 53]

1998

- 1998 Projekt „Umgestaltung der Ausstellung zum Jugend-KZ Moringen in der KZ-Gedenkstätte“. Bearbeiter: Martin Guse. Förderung des Projekts durch das Land Niedersachsen und die Niedersächsische Lottostiftung

- 8.5. Eröffnung der neuen Ausstellung „Männer-KZ 1933 / Frauen-KZ 1933-38“ in der Gedenkstätte

Besuch ehemaliger Häftlinge bei der Firma Piller

- 1998–1999 ABM von Birgit Fricke

- 19.11. Besuch der niedersächsischen Kultusministerin Renate Jürgens-Pieper in der Gedenkstätte und Vorstellung einer neuen, von ihrem Ministerium herausgegebenen Broschüre über Gedenkstättenarbeit in Niedersachsen.

1999

13. – 14.3. Aufbau der neugestalteten Ausstellung zum Jugend-KZ

- April Ursula Gerech beendete ihre langjährige berufliche Tätigkeit in der Gedenkstätte.



Foto: Gerd Krauth



Foto: HNA



- 1. 6. Dr. Dietmar Sedlacek wird Leiter der Gedenkstätte.
- 8.10. Einweihung der Touchscreen-Station zur Geschichte der Moringener Konzentrationslager im Rahmen des Gedenktreffens
- 1999 Eröffnung einer Sonderausstellung mit Zeichnungen von Hedwig Regnart, ehemaliger Häftling des Frauen-KZ, über ihre Erfahrungen im Widerstand und in der Haft

2000

- 22.1. Gründung der „Interessengemeinschaft niedersächsischer Gedenkstätten und Initiativen zur Erinnerung an die NS-Verbrechen“ in Hannover.

Dr. Dietmar Sedlacek vertritt die Gedenkstätte im Sprecherrat der Interessengemeinschaft.

- Juni Erstmals erscheinen die „Dokumente“, Rundbrief der Lagergemeinschaft und Gedenkstätte KZ Moringen e.V., in neuem Gewand.

12./13.10. Die Gedenkstätte präsentiert ihre Ausstellung zum Jugend-KZ auf der Weltausstellung Expo 2000 in Hannover.

- 27.6. Besuch von Professor Dr. Ludwig Adamec (ehemaliger Häftling des Jugend-KZ) und seiner Ehefrau aus den USA

2000–2001 ABM von Claudia Edam

- 8.7. Besuch des niedersächsischen Innenministers Heiner Bartling in der Gedenkstätte

1.8. Die Lehrer Hans Helms und H. Werner Prang beginnen als Nachfolger von Dr. Gerhard Krauth mit jeweils 4,5 Wochenstunden ihre Arbeit als pädagogische Mitarbeiter.

- 1.8. Beginn des 8monatigen Gedenkdienstes des Österreicherers Martin Hausmaninger

Herbst Gründung des „Arbeitskreises zur Erforschung von NS-Zwangsarbeit im Gebiet des heutigen Landkreises Northeim“

2001

- 29.4. Tod von Fernando Molde, langjähriger Vertreter der ehemaligen Häftlinge im Vorstand der Lagergemeinschaft

25.7. Tod von Karl Roth, ehemaliger Häftling des Jugend-KZ. Er hat stets das Gespräch mit Jugendlichen gesucht, sei es im Göttinger autonomen Jugendzentrum oder in den Schulen vor Ort.

- 1.9. Beginn des 14monatigen Gedenkdienstes des Österreicherers Christian Kohlhofer an der Gedenkstätte

2002

Januar Die Ausstellung „Spuren suchen – Zeichen setzen. Gedenkstättenarbeit in Niedersachsen“ der Interessengemeinschaft niedersächsischer Gedenkstätten wird im Landtag in Hannover gezeigt.

- 25.1. Paul Spiegel, Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland, besucht die



Ausstellung anlässlich seiner Rede zum 27. Januar im Landtag.

2001 Projekt „Dokumentation von NS-Zwangsarbeit auf dem Gebiet des heutigen Landkreises Northeim“. Bearbeiter: Marc Czichy M.A. und Günther Siedbürger M.A. Förderung des Projekts durch das Land Niedersachsen und den Landschaftsverband Südniedersachsen.

28.2. Uraufführung des Dokumentarfilms „Anna, ich hab Angst um Dich“ im Augsburger CinemaxX vor über 500 Zuschauern. Anna Pröll war Häftling im Moringen Frauen-KZ

25.4. Tod von Paula Schwalbe, ehemaliger Häftling des Frauen-KZ und langjährige Mitstreiterin in der historischen Auseinandersetzung

Juni Projekt „Archivrecherche und Zeitzeugenbefragung in Österreich und Slowenien“. Bearbeiter: Dr. Dietmar Sedlaczek. Das Projekt wird vom Land Niedersachsen finanziert.

10.9. Anna Pröll erhält für ihre Tätigkeit im Widerstand gegen das NS-Regime das Bundesverdienstkreuz.

20.9. Die Landesbischöfin Margot Käßmann besucht die Gedenkstätte.

2002 Gründung des Northeimer Veranstaltungsbündnisses „Gegen das Vergessen. Zur Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus“ auf Initiative des DGB Ortsverbands Northeim – Moringen und der KZ-Gedenkstätte Moringen. Weitere Mitglieder: Kreisjugendpflege Northeim, Initiative Kunst und Kultur e.V., Oekumenischer Arbeitskreis Northeim und der Superintendent des Kirchenkreises Leine-Solling.

Gegenwärtiger Vorstand der Lagergemeinschaft:
Annegrit Berghoff (1. Vorsitzende)
Josef Tomczyk (Vertreter der ehemaligen Häftlinge)
Johannes Klett-Drechsel (Finanzvorstand)
Annika Mihr M.A. (Pressesprecherin)
Elizabeth Eck M.A. (Schriftführerin)



Foto: Josef Pröll

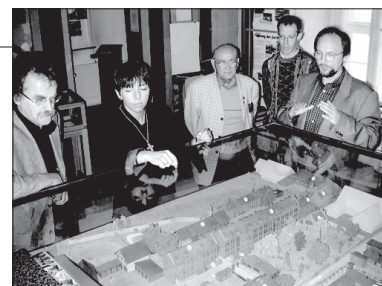


Foto: HNA

2003

April/Mai „Euthanasie im Nationalsozialismus. Kontinuitäten und Brüche“. Ausstellung und Veranstaltungsreihe der Göttinger Geschichtswerkstatt und der KZ-Gedenkstätte Moringen sowie weitere Partner.

25.4. Feierstunde zum zehnjährigen Bestehen der KZ-Gedenkstätte Moringen

PraktikantInnen

- 1998 Marc Czichy, Student der Mittleren und Neueren Geschichte, erarbeitet ein Konzept für Führungen mit Bundeswehrgruppen.
- 1999 Zwei sechswöchige Praktika von Heike Asmuth, Studentin der Volkskunde, für eine Auswertung der Moringener Zeitung von 1933 bis 1941 im Hinblick auf die Darstellung der Moringener Konzentrationslager
- 2000 6monatiges Praktikum von Annegrit Berghoff als Teil ihres Sozialpädagogikstudiums an der Universität Gesamthochschule Kassel
- 2000 Adwoa Abeney aus Moringen, Schülerin der KGS in Göttingen, absolviert ein Fachpraktikum.
- 2000 5monatiges Praktikum von Corinna Keunecke
- 2000 3monatiges Praktikum von Gunnar Zamzow zur Vorbereitung seines Zivildienstes an einem Holocaust Memorial Museum in den USA
- 2001 Semesterbegleitendes Praktikum von Denis Krämer, Student der Mittleren und Neueren Geschichte in Göttingen
- 2001 6monatiges Praktikum von Anja Germeyer als Teil ihres Sozialpädagogikstudiums an der Universität Gesamthochschule Kassel
- 2001 Praktikum von Jan Kiepe, Student der Mittleren und Neueren Geschichte, im Rahmen der Erstellung der Ausstellung „Spuren suchen – Zeichen setzen. Gedenkstättenarbeit in Niedersachsen“.
- 2002 Praktika im Rahmen des Projektes zur Dokumentation von NS-Zwangsarbeit auf dem Gebiet des heutigen Landkreises Northeim von: Johanna Gleber, Stefanie Heidrich, Sebastian Klopffleisch, David Reinicke, Christian Spieß, Daniel Teevs und Martin Woda (StudentenInnen der Mittleren und Neueren Geschichte in Göttingen). Uwe Reinecke erarbeitet im Rahmen seines Praktikums einen Stadtrundgang zum jüdischen Leben in Moringen.
- 2003 Praktikum von Susanne Kröning im Rahmen einer ABM in der Göttinger Geschichtswerkstatt zum gemeinsamen Projekt „Ausstellung und Vortragsreihe zum Thema Euthanasie“.

Filme

Nina Gladitz (Buch und Regie): Der Versuch einer Berührung. Bundesrepublik Deutschland 1988

Gisela Ellenberg: „Als wenn nie etwas gewesen wäre“. Dokumentarfilm. NDR 1991

Norbert Westenrieder: „Störenfriede nach Block S“. Dokumentarfilm. WDR (ARD) 1992

Swing-Kids. Regie. Thomas Carter. Spielfilm. USA 1993

WAIDAK Video e.V. Verein für Medienkultur: „Tod durch Erziehung?! – eine Klasse forscht zum Thema Jugend-KZ“. Deutschland 1996

Courage Gruppe Nürnberg: „Schwestern, vergeßt uns nicht. Aus dem Leben der Antifaschistinnen Hed Regnart und Hilde Faul. Dokumentarfilm. Deutschland 1998

Josef Pröll: „Anna ich hab Angst um dich“. Dokumentarfilm. Deutschland 2002

Jugend-KZ Moringen im Schulbuch

Durchblick GSW Geschichte/Politik/Erdkunde 9, Hauptschule Niedersachsen. Westermann Verlag. Braunschweig 1998

Durchblick 5/6. Welt- und Umweltkunde für die Orientierungsstufe. Westermann Verlag. Braunschweig 2001

Forum Geschichte, Band 4. Vom Ende des Ersten Weltkriegs bis zur Gegenwart. Cornelsen Verlag. Berlin 2003, darin S. 106-109

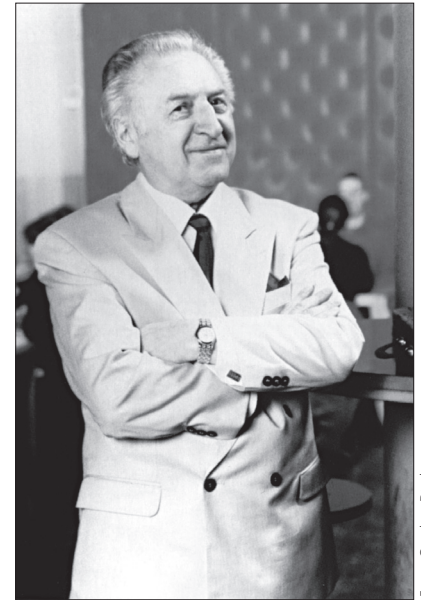


Foto: Günther Discher

Literatur zu den Moringer Konzentrationslagern

Überblicksdarstellung, Geschichte der historischen Aufarbeitung

Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit Göttingen e.V. / Evangelisch-lutherisches Pfarramt Moringen (Hg.): KZ Moringen. Männerlager. Frauenlager. Jugendschutzlager. Eine Dokumentation. Redaktion: Hannah Vogt. O.O. 1983. (2. Auflage: 1987).

Ursula Gerecht: KZ-Gedenkstätte Moringen: Selbsterfahrung einer Kleinstadt und überregionale Bedeutung. In: DIZ Nachrichten 20 (1998) S. 30-33.

Wolf Dieter Haardt: „Was denn, hier - in Moringen?!“ Die Suche nach einem vergessenen KZ. In: Detlef Garbe (Hg.): Die vergessenen KZs? Gedenkstätten für die Opfer des NS-Terrors in der Bundesrepublik. Bornheim-Merten 1983, S. 97-108.

Dietmar Sedlaczek: Was denn, hier in Moringen?! Aufarbeitung der NS-Geschichte in einer Kleinstadt. In: mitarbeiten 1 (2001) 30f.

Peter Thoel: Moringen, Moringen, Moringen. In: Gedenkstätten-Rundbrief Nr. 57 November 1993, S. 6-9.

Männer-KZ (1933)

Hans Hesse unter Mitarbeit von Jens-Christian Wagner: Das 'frühe' KZ Moringen (April - November 1933) - „...ein an sich interessanter psychologischer Versuch...“ [im Druck].

Wolfgang Schäfer: „Schutzhaft“ im Konzentrationslager Moringen. Otto Kreikemeier erinnert sich. In: Von der Werkbank zum Computer. Bilder, Berichte und Dokumente zur Sozialgeschichte der Sollinger Holzarbeiter. Hg. von Helmut Kassau und Wolfgang Schäfer. Göttingen 1993, S. 80-82.

Frauen-KZ (1933-1938)

Jutta von Freyberg / Ursula Krause-Schmitt: Moringen, Lichtenburg, Ravensbrück. Frauen im Konzentrationslager 1933-1945. Frankfurt (Main) 1997. [darin zum Konzentrationslager Moringen S. 15-47].

Jürgen Harder / Hans Hesse: Die Zeuginnen Jehovas im Frauen-KZ Moringen: ein Beitrag zum Widerstand von Frauen im Nationalsozialismus. In: Hans Hesse (Hg.): „Am mutigsten waren immer wieder die Zeugen Jehovas“. Verfolgung und Widerstand der Zeugen Jehovas im Nationalsozialismus. Bremen 1998, S. 35-62.

Jürgen Harder / Hans Hesse: Zeuginnen Jehovas aus Baden im Frauen-Konzentrationslager Moringen. In: Hubert Roser (Hg.): Widerstand als Bekenntnis. Die Zeugen Jehovas und das NS-Regime

in Baden und Württemberg. Konstanz 1999, S. 147-179.

Centa Herker-Beimler: Erinnerungen einer Münchner Antifaschistin. Herausgegeben von der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-regimes - Bund der Antifaschisten / Kreis München. München 1999.

Gabriele Herz: Im „Judensaal“ des Frauenkonzentrationslagers Moringen. Aus den 1938 in Lugano/Schweiz begonnenen und 1942 im US-amerikanischen Exil vollendeten Erinnerungen von Gabriele Herz [kommentiert vor Ursula Krause-Schmitt]. In: Informationen Nr. 51 (2000) S. 4-8. Zugleich: Dokumente. Rundbrief der Lagergemeinschaft und Gedenkstätte KZ-Moringen e.V. Nr. 19 (2000) S. 6-12.

Hans Hesse: Und am Anfang war Moringen...? Die neuesten Forschungsergebnisse und der Versuch einer Einordnung. In: Gedenkstätten-Rundbrief der Stiftung Topographie des Terrors, Nr. 75, 3/1997, S. 13-21.

Hans Hesse (Hg.): Hoffnung ist ein ewiges Begräbnis. Briefe aus dem KZ. Hannah Vogt - 1933. Bremen 1998.

Hans Hesse / Jürgen Harder: Und wenn ich lebenslang in einem KZ bleiben müßte... Die Zeuginnen Jehovas in den Frauenkonzentrationslagern Moringen, Lichtenburg und Ravensbrück. Essen 2001.

Hans Hesse: Das Frauen-KZ Moringen 1933 - 1938. „... und wir daher an diesen Frauen verhältnismäßig gut verdienen. Es wäre daher erwünscht, möglichst viel weibliche Polizeigefangene aufzunehmen“. Herausgegeben von der Lagergemeinschaft und Gedenkstätte KZ-Moringen e.V. Hürth 2002 (2. Auflage).

Matthias Kuse: Zwischen Kooperation und Konflikt. Hugo Krack als Werkhaus- und KZ-Direktor in Moringen. In: Entgrenzte Gewalt. Täterinnen und Täter im Nationalsozialismus. Hg. von der KZ-Gedenkstätte Neuengamme. Bremen 2002, S. 80-91 (= Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland, 7).

Renate Riebe: Frauen in Konzentrationslagern 1933-1939. In: Verfolgung als Gruppenschicksal. Dachauer Hefte, Jg. 14 (1998) H. 14, S. 125-140.

Jugend-KZ (1940-1945)

Berliner Institut für Lehrerfort- und -weiterbildung und Schulentwicklung (Hg.): „...die vielen Morde...“ Dem Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus. Berlin 1999, [darin zum Thema Ju-

gendliche S.179-198]: Gernot Jochheim: Die Jugend- konzentrationenlager Moringen und Uckermark (S.181-188), ders.: Das „Außen-kommando“ des „Jugendschutzlagers“ Moringen in Berlin-Weißensee (S.189f.), Detlev Peukert: Die „Swing-Jugend“ – ein störendes Element im Nazi-Staat (S. 195-198).

Manfred Flüge: Meine Sehnsucht ist das Leben. Eine Geschichte aus dem deutschen Widerstand. Dokumentar-Roman. Berlin 1996 (als Taschenbuch: Berlin 1998).

Martin Guse/Andreas Kohrs / Friedhelm Vahsen: Das Jugendschutzlager Moringen – Ein Jugendkonzentrationslager. In: Hans-Uwe Otto / Heinz Sünker (Hg.): Soziale Arbeit und Faschismus. Bielefeld 1986, S. 321-344.

Martin Guse/Andreas Kohrs: Zur Entpädagogisierung der Jugendfürsorge in den Jahren 1922 bis 1945. In: Hans-Uwe Otto / Heinz Sünker (Hg.): Soziale Arbeit und Faschismus. Frankfurt am Main 1989, S. 228-249.

Martin Guse: „Wir hatten noch gar nicht angefangen zu leben“. Zur Entstehung einer Wanderausstellung. In: Bernd Faulenbach / H.-J. Jelich (Hg.): Reaktionäre Modernität und Völkermord. Probleme des Umgangs mit der NS-Zeit in Museen, Ausstellungen und Gedenkstätten. Essen 1994, S.181-188.

[Martin Guse]: „Wir hatten noch gar nicht angefangen zu leben“. Eine Ausstellung zu den Jugend-Konzentrationslagern Moringen und Uckermark. Moringen/Liebenau 1997 (dritte, leicht veränderte und ergänzte Auflage).

Martin Guse: „Der Kleine, der hat sehr leiden müssen...“ Zeugen Jehovas im Jugend-KZ Moringen. In: Hans Hesse (Hg.): „Am mutigsten waren immer wieder die Zeugen Jehovas“. Verfolgung und Widerstand der Zeugen Jehovas im Nationalsozialismus. Bremen 1998, S.102-120.

Heinrich Hannover: Die Republik vor Gericht. 1975-1995. Erinnerungen eines unbequemen Rechtsanwalts. Berlin 1999. Darin: Ein verspäteter Antrag auf Wiedergutmachung. Der Fall Richard Gehrke (1984-1986), S. 241-253.

Heinrich Muth: Das „Jugendschutzlager“ Moringen. In: Dachauer Hefte Jg. 5 (1989) H. 5, S. 223-252.

„Non avevamo ancora cominciato a vivere“. Voci e immagini dai campi di concentramento per giovani di Moringen ed Uckermark. Reggio Emilia 1999. [Ausstellungskatalog in italienischer Sprache]

Manuela Neugebauer: Der Weg in das Jugendschutzlager Moringen.

Eine entwicklungsgeschichtliche Analyse nationalsozialistischer Jugendpolitik. Mönchengladbach 1997 (= Schriftenreihe der Deutschen Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V., Band 28).

Marie-Elisabeth Rehn: Heider gottsleider. Kleinstadtleben unter dem Hakenkreuz: Eine Biographie. Basel 1992.

Dietmar Sedlaczek: Herr D.: „Das war so 'ne gewisse Euphorie, ein Tanz auf dem Vulkan“ In: Dietmar Sedlaczek: „... das Lager läuft dir hinterher.“ Leben mit nationalsozialistischer Verfolgung. Berlin / Hamburg 1996, S. 297-321 (= Lebensformen, Band 8) .

Arnulf Zitelmann: Paule Pizolka oder Eine Flucht durch Deutschland. Roman. Hemsbach 1997.

Veröffentlichungen zum Thema Neue Medien und Nationalsozialismus / Gedenkstätten

Dietmar Sedlaczek: Der Einsatz neuer Medien in Gedenkstätten. Die Ergebnisse einer Fragebogenerhebung der Gedenkstätte KZ Moringen. In: GedenkstättenRundbrief der Stiftung Topographie des Terrors Nr. 82, 4/1998, S. 21-28.

Ders.: Besprechungen von CD-ROM zum Themenkomplex Nationalsozialismus. In: GedenkstättenRundbrief der Stiftung Topographie des Terrors Nr. 84, 8/1998, S. 30-36 [Teil I]; Nr. 85, 10/1998, S. 31-34 [Teil II]; Nr. 86, 12/1998, S. 29-32 [Teil III] und zugleich unter: www.gedenkstaette-moringen.de

Ders.: Geschichte virtuell: CD-ROMs zum Nationalsozialismus. In: Internationale Schulbuchforschung. Unterricht über den Holocaust. Teaching the Holocaust. 22,1 (2000) S. 141-146.

Ders.: CD-ROMs on National Socialism. In: Teaching the Holocaust and National Socialism. Approaches and Suggestions. Beiträge zur historischen Sozialkunde. Sondernummer/Special Issue, 31 (2001) S. 58f.

Ders.: Zum Einsatz von Neuen Medien in Gedenkstätten. In: Museale und mediale Präsentationen in KZ-Gedenkstätten. Hg. von der KZ-Gedenkstätte Neuengamme. Bremen 2001, S. 97-105 (= Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland, 6).

Ders.: CD-ROMs zum Nationalsozialismus. In: Eduard Fuchs / Falk Pingel / Verena Radkau (Hg.): Holocaust und Nationalsozialismus. Innsbruck / Wien / München / Bozen 2002, S. 114-117 (= Konzepte und Kontroversen. Materialien für Unterricht und Wissenschaft in Geschichte – Geographie – Politische Bildung, 1)

Rezension

Ders.: Gegen das Vergessen. Häftlingsalltag im KZ-Sachsenhausen 1936-1945. CD-ROM für Win 95/98, Mac OS. Hg. von der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten bei USM, München 2002. In: Gedenkstättenrundbrief der Stiftung Topographie des Terrors Nr. 110 Nr. 12/2002, S. 39f.

Examens- und Magisterarbeiten

Astrid Grün: „...hast noch nix gehabt vom Leben...“ Zwischen Anpassung und Widerstand im Nationalsozialismus – die Lebensgeschichte des Herrn R., ehemaliger Häftling des Jugend-KZ Moringen. Wissenschaftliche Hausarbeit zur Ersten Staatsprüfung für das Lehramt an Hauptschulen und Realschulen. Kassel 1998.

Martin Guse/Andreas Kohrs: Die „Bewahrung“ Jugendlicher im NS-Staat. Ausgrenzung und Internierung am Beispiel der Jugendkonzentrationslager Moringen und Uckermark. O.O. und o.J. [Diplomarbeit an der Fachhochschule Hildesheim].

Jürgen Harder: „Widerstand und Verfolgung von Bibelforscherinnen im Frauen-KZ Moringen“. Hausarbeit im Rahmen der Magisterprüfung an der Universität Göttingen. Göttingen 1997.

Matthias Kuse: Entlassungen von Häftlingen aus dem Frauenkonzentrationslager Moringen 1934-1938. Magisterarbeit im Fachbereich Geschichte. Bremen 1999.

Cornelia Meyer: „Abschreckung, Besserung, Unschädlichmachung“. Die Disziplinierung gesellschaftlicher Randgruppen im Werkhaus Moringen (1871-1944). Hausarbeit zur Erlangung des Magistergrades (M.A.) im Fach Mittlere und Neuere Geschichte. Göttingen 2000.

Arno Schelle: Spurensuche zu den Konzentrationslagern in Moringen: Produktorientierte Erarbeitung einer Themenmappe zu Biographien Gefangener. Eine Basis für politisch-soziale Lernprozesse in der Gegenwart. Moringen-Fredelsloh 1999.

Silke Scholz: Dr. Otto Wolter-Pecksen, praktischer Arzt in Moringen und seine Tätigkeit im Landeswerkhaus in der NS-Zeit. Hausarbeit im Rahmen der ersten Staatsprüfung für das Lehramt an Realschulen an der Universität Hannover. 1999.

Arne Schrader: Zur (sozial-) pädagogischen Arbeit in Gedenkstätten – am Beispiel des ehemaligen KZ Moringen. Diplomarbeit. Fulda 1998.

Die KZ-Gedenkstätte Moringen braucht Ihre Unterstützung

WERDEN SIE FÖRDERMITGLIED DER LAGERGEMEINSCHAFT
UND GEDENKSTÄTTE KZ MORINGEN E.V.!

Die KZ-Gedenkstätte Moringen braucht Ihre Unterstützung – Werden Sie Fördermitglied der Lagergemeinschaft und Gedenkstätte KZ Moringen e.V.!

Seit 1993 dokumentiert und vermittelt die KZ-Gedenkstätte Moringen die Geschichte der drei Moringer Konzentrationslager. Sie ist ein anerkannter Lernort der historisch-politischen Bildung.

In den vergangenen Jahren konnte die Zahl der durchgeführten Bildungsangebote der Gedenkstätte kontinuierlich gesteigert werden. Ihr Einzugsbereich hat sich stetig ausgedehnt und erstreckt sich heute über den Landkreis Northeim hinaus auf das südliche und östliche Niedersachsen und zunehmend auch auf die benachbarten Bundesländer Nordrhein-Westfalen und Hessen.

Zudem hat sich das Spektrum der Besuchergruppen erweitert. Neben Schulen besuchen Gruppen aus kirchlichen und gewerkschaftlichen Zusammenhängen wie aus Polizei und Bundeswehr die Gedenkstätte. Auch die Zahl internationaler Besuchergruppen wächst. Immer häufiger kommen auch Lehrende und Studierende aus unterschiedlichen Universitäten und Hochschulen in die Gedenkstätte. Gerade von diesen Gruppen geht der Wunsch nach einem veränderten und erweiterten Angebot aus: Zusätzlich zur traditionellen Führung wünschen sie sich eine Auseinan-

dersetzung mit Themenschwerpunkten in der Form ein- oder mehrtägiger Seminare. Aber auch Schulen haben zunehmend Bedarf an stärker projektorientierten Lernangeboten, was sich zum Beispiel in dem Wunsch nach Betreuung von Facharbeiten ausdrückt.

Da - nach den Schulen - Gruppen aus sozial unterstützenden Jugendprojekten den größten Besucheranteil bilden, werden für sie eigens entwickelte Programme angeboten. Durch diese Bildungsarbeit mit sozialbenachteiligten Jugendlichen leistet die Gedenkstätte auch einen wichtigen Beitrag im notwendigen Kampf gegen den Rechtsextremismus.

Die Finanzierung der KZ-Gedenkstätte Moringen durch das Land Niedersachsen, den Landkreis Northeim und die Stadt Moringen stellt lediglich die Absicherung einer Grundversorgung auf niedrigstem Niveau dar. Um das anspruchsvolle und vielseitige Angebot der Gedenkstätte nach wie vor zu gewährleisten und weiter auszubauen, reichen die öffentlichen Mittel nicht aus. Die KZ-Gedenkstätte Moringen ist daher auf private Unterstützung angewiesen.

Werden Sie Fördermitglied der Lagergemeinschaft und Gedenkstätte KZ Moringen e.V.! Mit Ihrer Fördermitgliedschaft tragen Sie dazu bei, daß die KZ-Gedenkstätte Moringen ein aktiver und zeitgemäßer Lernort der historisch-politischen Bildung bleibt.

Beitrittserklärung zum Verein Lagergemeinschaft und Gedenkstätte KZ Moringen e.V.

Mitgliedschaft (Jahresbeitrag: 30 Euro)
 Fördermitgliedschaft (Jahresbeitrag ab 50 Euro): Euro)
 Ich bin damit einverstanden, daß mein Name in der Liste der Fördermitglieder im Rundbrief der Gedenkstätte veröffentlicht wird)

Hiermit erkläre
ich (Name) (Vorname).....

wohnhaft in (Wohnort)
(Straße)

geboren am
zum 1.(Monat/Jahr bitte eintragen)

meinen Beitritt zur Lagergemeinschaft und Gedenkstätte KZ Moringen e.V.

Ort, Datum.....Unterschrift.....

KZ-Gedenkstätte Moringen,
Postfach 1131,
37182 Moringen
www.gedenkstaette-moringen.de
info@gedenkstaette-moringen.de
Telefon 05554-2520
Telefax 05554-8807

Bankverbindung:
Kreissparkasse Northeim
BLZ 262 500 01
Konto-Nr. 25 00 66 02

